

Sand im Getriebe 32

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac-austria.org/sig/sig.php email an die Redaktion: sig@attac.de

Krieg und Imperialismus

Am 20. März 2004, ein Jahr nach dem Angriff der USA auf den Irak, fanden am Internationalen Aktionstag gegen Krieg und Besetzung zahlreiche **Demonstrationen gegen die Besetzung des Irak, Palästinas und Tschetscheniens** statt. Viele Menschen, die sich mit Millionen anderen bereits am 15. Februar 2003, vor Beginn des Krieges, gegen diese militärische Aggression mobilisiert hatten, sind wiederum auf die Straße gegangen – im Bewusstsein, dass unser Widerstand gegen Krieg, Ausbeutung und Willkür einen langen Atem verlangt. Auch in 245 US-amerikanischen Städten haben Proteste stattgefunden, darunter New York, Los Angeles, San Francisco, Chicago. Im Mittleren und Nahen Osten wurde ebenfalls demonstriert. Die **Forderungen, die auf den Demonstrationen aufgenommen wurden**, sind richtungsweisend für die Weiterentwicklung einer Antikriegsbewegung, die auf die Fähigkeit der Menschen baut, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen: *Schluss mit der Besetzung des Irak und bedingungsloser Rückzug der Besatzungstruppen — Für das Selbstbestimmungsrecht der irakischen BürgerInnen und die rasche, freie Wahl einer verfassungsgebenden Volksversammlung durch die irakische Bevölkerung — Für die Durchsetzung der demokratischen, sozialen, kulturellen und religiösen Rechte der irakischen Frauen und Männer!*

Mit dieser Nummer von Sand im Getriebe gehen wir Fragen nach, die sich der **Antikriegsbewegung** stellen.

Wie sehen die Hegemonialstrategien der USA aus, welche Bedeutung hat das Erdöl für die kapitalistischen Ökonomien?
(Mohssen Massarat)

Fügt sich der neue Imperialismus in die Tradition kapitalistischer Globalisierung der letzten 25 Jahre ein? Gibt es unterschiedliche imperiale Projekte der EU und der USA, mit jeweils verschiedenen Strategien?
(Christoph Görg)

Befinden wir uns, wie **Francois Chesnais** meint, in einer Phase des Kapitalismus, in der sich hochgradig konzentriertes Finanzkapital herausbilden konnte. Das jetzt "als finanzdominiertes Akkumulationsregime" die Weltwirtschaft und -politik bestimmt?

Was sind die tief greifenden **Strukturprobleme** der Ökonomie der USA? Dazu zwei teils gegensätzliche Einschätzungen aus keynesianischer und marxistischer Sicht von **Josef Stiglitz** und **Giovanni Arrighi**.

Nach der Machtdemonstration der USA, die den Krieg im Irak gegen den Willen der Mehrheit der Weltbevölkerung geführt haben und nun ihre Truppenpräsenz langfristig festigen wollen, möchten wir mit dieser Nummer von Sand im Getriebe einen Beitrag zur **inhaltlichen Stärkung der Bewegung** gegen den imperialistischen Krieg leisten.



Foto auf der Vorderseite:

„Schändung der Freiheitsstatue“ Skulptur – getragen auf der Demonstration gegen Krieg und Besatzung im Irak, Berlin
20.3.2004

Inhalt

Mohssen Massarrat	Öl und Geostrategie Der Irak-Krieg war mehr als ein Währungskrieg	3
Christoph Görg	Ein neuer Imperialismus?	11
François Chesnais	Das finanzdominierte Akkumulationsregime: Theoretische Begründung und Reichweite	16
David Harvey	Redebeiträge an einer Podiumsdiskussion Bei „Das Andere Davos – Die Globalisierung der Gewalt: Imperialismus und globale Enteignung“, Zürich, 17.1.2004	21
Markus Pflüger	Redemanuskript, AG Frieden Trier Für die Kundgebung in Landstuhl beim Protestmarsch nach Ramstein Am 20.3.2004, Es gilt das gesprochene Wort	24
Interview mit J.E. Stiglitz	Der Problemlöser Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler über Wachstum, Witze, falsche Rezepte und seine Liebe zur Ökonomie	25
Gespräch mit Giovanni Arrighi	Niedergang der USA und neue Weltordnung Gespräch mit dem amerikanischen Soziologen Arrighi, Baltimore, 22.3.2003	29

*Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen, die die SiGs erst möglich machen.
Die Redaktion: Karin Vogt, Johannes Gruber, Gisela Burkhalter (Attac Schweiz) Marie-Dominique Vernhes, Peter Strotmann
(Attac Deutschland), Barbara Waschmann (Attac Österreich;)*

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis

Bezugsbedingungen:

- Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de
 - Rechnungsbetrag (inkl. Porto): 1 Heft: 3 € 2 Hefte: 5 € 3 Hefte: 7 € ab 4 Hefte: 2 € pro Heft, ab 10 Hefte: 1,80 € pro Heft, Abonnement: 14 € für 6 Ausgaben.
 - Das Verschicken erfolgt NACH dem Eingang des Betrags auf das Konto:
Kontoinhaber: Förderverein für Attac in Hamburg e.V., Kontonummer: 211 000 000, BLZ: 43 06 09 67
Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG
Auf dem Überweisungsschein unbedingt angeben: SIG und die bestellte(n) Nummer(n).
-

Öl und Geostrategie

Der Irak-Krieg war mehr als ein Währungskrieg

Von Mohssen Massarrat

Es bestehen inzwischen kaum Zweifel daran, die USA haben unter dem Vorwand von Massenvernichtungswaffen im Irak Krieg geführt, wollten jedoch letztlich den Irak besetzen, um ihren Einfluss auf die mittelöstlichen Ölquellen zu erweitern. Über die Rolle des Öls im US-Hegemonialsystem gibt es allerdings unterschiedliche Auffassungen. Zuweilen wird der Irak-Krieg als ein Währungskrieg charakterisiert. Tatsächlich hat dieser Krieg für die USA auch einen währungspolitischen Hintergrund, allerdings ist es einer unter mehreren hegemonialpolitischen Hintergründen. Das Interesse der USA an einer möglichst vollständigen Kontrolle der mittelöstlichen Ölquellen ergibt sich aus mehreren, sich ergänzenden Motiven: (a) Einflussnahme auf Öl-Angebotsmengen und -Preise, (b) Installation von Alternativen zu Saudi-Arabien und Verschärfung der Konkurrenz unter den Ölstaaten im Mittleren Osten, (c) Beibehaltung und Intensivierung bestehender Ölversorgungsabhängigkeiten der EU, Japans und anderer großer Verbraucherstaaten von der eigenen militärischen Schutzmacht und schließlich (d) Verhinderung einer weiteren Schwächung des Dollars als Leitwährung im globalen Währungswettbewerb mit dem Euro.

Öl im Überfluss zu Dumpingpreisen

Im Mittleren Osten kommen 65% der weltweiten Ölreserven vor, die dazu noch mit hoher natürlicher Produktivität ausgestattet sind und daher auch mit den geringsten Kosten aus der Erde herausgeholt werden können. Beide Eigenschaften machen den Mittleren Osten für die globale Energieversorgung - d.h. für die Bestimmung der Öl-Angebotsmenge einerseits, und für das Niveau der Ölpreise und der Preise aller anderen Energieträger andererseits - zu einer strategischen Region für die Weltwirtschaft (siehe Abb. 1). Wer den Mittleren Osten kontrolliert, verfügt über einen strategischen Hebel, das Eigeninteresse gegenüber allen anderen an der Weltwirtschaft beteiligten Nationen durchzusetzen und sich Vorteile zu verschaffen. Die USA können zum einen insbesondere durch niedrige Ölpreise unmittelbare ökonomische Vorteile erzielen, und zum anderen den Ölhebel gegenüber ihren ökonomischen und militärischen Rivalen hegemonialpolitisch instrumentalisieren. Die Voraussetzung für die ökonomische und hegemonialpolitische Doppelstrategie der USA ist jedoch die *Sicherstellung eines dauerhaften störungsfreien Ölangebots zu möglichst niedrigen Preisen, zu Dumpingpreisen*. In einem aktuellen energiepolitischen Strategiepapier der US-Regierung wird dieses Ziel der US-Energiepolitik klar formuliert. In diesem Papier, auf das im Folgenden des Öfteren Bezug genommen wird, heißt es u.-a.: "In der unmittelbaren Zukunft jedoch wird Öl und Naturgas wahrscheinlich weiterhin eine zentrale Rolle in der Weltwirtschaft und auf den internationalen Energiemärkten spielen. Daher müssen wir mehr Öl- und Gasvorräte finden und diese Vorräte müssen verläss-

lich sein und zu Bedingungen verfügbar gemacht werden, die ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum erlauben."¹

Abb. 1: siehe Seite 8

Dumpingpreise kommen zustande, wenn die Anbieter - mit welchen Mitteln auch immer - zu einer dauerhaften Überproduktion veranlasst werden, die dafür sorgt, dass Weltmarktpreise für Öl stets unterhalb der Knappheitspreise bleiben. Knappheitspreise entstünden, wenn *erstens* außerökonomischer Druck zur Erhöhung der Angebotsmenge unterbliebe, *zweitens* und folgerichtig die Anbieter entsprechend ihrer kurz- und langfristigen Nutzenmaximierungsinteressen handelten und *drittens* sie demzufolge in der Lage wären, das Ölangebot *marktsouverän* der Weltnachfrage anzupassen. Die Anbieter könnten sogar durch Angebotsverknappung und die sich dann bildenden Knappheitspreise ihr Ölrenteneinkommen optimieren. Diesen Fall hat es tatsächlich auch gegeben, bisher allerdings nur zwei Mal: 1973/74, als der Ölpreis von ca. 1,5 auf ca. 10 US-Dollar/Barrel hochsprang und 1979/80 als der Ölpreis abermals sprunghaft auf ca. 45 US-Dollar/Barrel gestiegen ist. Im übrigen bewegte sich der Ölpreis nahezu über das gesamte 20. Jahrhundert stets weit unterhalb von Knappheitspreisen, eben auf Dumpingpreisniveau.² Welche sind aber die ökonomischen Vorteile und welche die hegemonialpolitischen Optionen der Strategie *Öl im Überfluss und zu Dumpingpreisen*?

Ökonomisch sparen die USA durch Öl-Dumpingpreise beträchtliche Devisen- und Energiekosten ein, und dies unabhängig davon, woher die US-Ölimporte stammen, da der Ölpreis ein Weltmarktpreis ist. Insofern kann dieses Interesse mit dem Argument, die USA importierten lediglich ein Viertel ihres Bedarfs aus dem Mittleren Osten, weder widerlegt noch relativiert werden. Bei einer Preisdifferenz von 10 Dollar/Barrel zwischen dem Knappheitspreis und dem Dumpingpreis sparen die USA - bei einem Gesamtimport von gegenwärtig 3,6 Mrd. Barrel Öl - 38 Mrd. Dollar an Devisen und - bei einem Gesamtverbrauch aller fossilen Energien von 15 Mrd. Barrel Öläquivalent (Kohle, Öl, Erdgas) aus Eigenproduktion und Import - ca. 150 Mrd. Ener-

¹ Larson, Alan, 2003: U.S. must have access to energy on terms supporting economic growth. US Under Secretary for Economic, Business and Agricultural Affairs vom 08. April 2003.

² Zu theoretischen Grundlagen und empirischer Beweisführung der Öl-Dumpingpreise und außerökonomischer Hebel wie geheimdiplomatische und militärische Interventionen seitens der jeweils aktuellen Hegemonialmacht England bzw. USA, vgl. Massarrat, Mohssen, 1980: Weltenergieproduktion und Neuordnung der Weltwirtschaft, Frankfurt a.M./New York, und vor allem derselbe, 2000: Das Dilemma der ökologischen Steuerreform. Plädoyer für eine nachhaltige Klimapolitik durch Mengenregulierung und neue politische Allianzen, Marburg, insbesondere Kapitel 4, 8 und 9, sowie derselbe, 2003: Amerikas Weltordnung. Hegemonie und Kriege um Öl, Hamburg, Kapitel 2.

giekosten ein.³ Ist jedoch die Preisdifferenz zwischen dem vermuteten Knappheitspreis von ca. 50 US-Dollar/ Barrel⁴ höher und beträgt die Preisdifferenz bei dem gegenwärtigen Dumpingpreis von ca. 25 Dollar/Barrel demzufolge 25 Dollar/Barrel, so klettern die Deviseneinsparungen der USA auf 98 Mrd. Dollar und die Einsparungen an Energiekosten auf 375 Mrd. US-Dollar im Jahr. Das niedrige Energiepreisniveau war und ist ein wichtiges Ziel aller US-Regierungen, denn es ist nicht nur ein wichtiger Standortvorteil für die US-Wirtschaft auf dem Weltmarkt, sondern auch ein wichtiger Konsum-Stimulator auf dem US-Markt. Billigöl galt und gilt immer noch als Lebenselixier des *American way of life* und als Wachstumsmotor der US-Wirtschaft. US-Präsidenten, die das ändern wollen, müssen damit rechnen, Wahlen zu verlieren, während sie sicher sein können, mit einem Ölkrieg ihre Wahlchancen zu erhöhen.

Durch Öl-Dumpingpreise profitieren nicht die USA allein, sondern alle großen Ölimportierenden Regionen und Staaten, vor allem die EU, Japan und die asiatischen Schwellenländer. Billigöl ist auch hier die Voraussetzung für hohe ökonomische Wachstumsraten und im Falle der EU die Basis für beträchtliche Staatseinnahmen durch die Mineralölsteuern. Die EU-Mineralölsteuereinnahmen waren in den neunziger Jahren teilweise höher als die Ölrenteneinnahmen aller OPEC-Staaten zusammen.⁵ Einerseits profitieren die EU, Japan und die asiatischen Schwellenländer in beträchtlichem Umfang von den Ölimporten zu Dumpingpreisen, andererseits werden sie dadurch zum energiepolitischen Vasallen der USA, solange die USA in der Lage sind, eine Strategie *Öl im Überfluss zu Dumpingpreisen* hegemonialpolitisch durchzusetzen. Und umgekehrt können sich die USA gegenüber ihren großen ökonomischen Rivalen nur dann als Garant einer billigen Ölversorgung aufspielen, solange ihnen die Hegemonialrolle zugestanden wird. Und diese Rolle haben die EU, Japan und andere Länder angesichts ihrer doch beachtlichen ökonomischen Vorteile in der Tat bedingungslos den Vereinigten Staaten zugestanden. Dieses Zugeständnis bezahlen sie allerdings mit dem Preis ihrer sicherheits- und außenpolitischen sowie energiepolitischen Abhängigkeit und Erpressbarkeit auch in der Zukunft.

Ölabhängigkeiten bewahren und verstärken

Die USA haben so gesehen ein objektives Interesse daran, ihr militärstrategisch-nuklear und energie-politisch untermauertes Hegemonialsystem auch auf die nächsten Jahrzehnte im 21. Jahrhundert zu extrapolieren und es mit Hinblick auf die aufsteigenden neuen Weltmächte China und Indien "wetterfest" zu machen. In energie-politischer Hinsicht bedeutet dieses Ziel, (a) die eigene Abhängigkeit durch Diversifikation so gering wie möglich zu halten und die eigene Handlungsfreiheit durch weitere Energieimport-Optionen so umfassend wie möglich zu gestalten, (b) dagegen die Abhängigkeiten der ökonomischen Rivalen von Energieimporten aus dem unter ihrer Kontrolle stehenden Mittleren Osten so weit es geht zu intensivieren, (c) einer-

³ Die Mengenangaben beziehen sich auf 2002. Eigene Berechnung nach BP Statistical Review of World Energy, London.

⁴ Vgl. Massarrat 2000 (Anm. 2), Kapitel 10.

⁵ Vgl. Massarrat, 2000 (Anm. 2), 186f.

seits die persischen Golfstaaten gegen die zentralasiatischen Staaten (Kaspische Meer-Region), andererseits die wichtigsten Ölstaaten innerhalb der Persischen Golf-Region - insbesondere Saudi-Arabien - gegen den Irak auszuspielen und die OPEC insgesamt zu schwächen, und (d) auch Indien und China - als nukleare Mächte und mit rapide steigender Tendenz von Ölimporten abhängige Ökonomien - dem US-Hegemonialsystem unterzuordnen.

Wie in der Abb. 2 veranschaulicht, haben die USA ihre Abhängigkeit vom Mittleren Osten, der wichtigsten Ölregion, durch Diversifikation längst auf ein Minimum reduziert, während Japan und die asiatischen Schwellenländer mit 97% Importanteil nahezu ausschließlich von mittelöstlichem Öl, und damit letztlich auch hochgradig vom good will der Hegemonialmacht abhängig sind. Irgendwo dazwischen befindet sich die EU, der es bisher offensichtlich gelungen ist, die eigene Importabhängigkeit vom Mittleren Osten durch den systematischen Ausbau von Öl- und Gasimporten aus Russland in Grenzen zu halten. Ob nun die EU mit der eigenen Diversifikationsstrategie auch den Hegemonialanspruch der USA bewusst zu hintertreiben beabsichtigte oder nicht, bleibt vorerst offen. Klar ist auf jeden Fall, dass die USA getreu ihrer hegemonialpolitischen Maxime bestrebt sind, Russland als EU-Energielieferanten und wichtigsten potentiellen Partner auszumanövrieren, um eine Allianz EU/Russland als tragenden Pfeiler einer multilateralen Ordnung zu unterbinden und schließlich so die EU-Abhängigkeit von mittelöstlichen und kaspischen Öllieferungen zu erhöhen. Die gezielte Unterstützung zur Erschließung der Öl- und Gasquellen in den zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan und Aserbaidschan und zum Ausbau des Pipeline-Systems durch Aserbaidschan, Georgien und die Türkei zum Mittelmeer, einschließlich der hektischen geheimdiplomatischen und militärischen Aktivitäten in dieser Region, muss in der Tat im Zusammenhang mit der Loslösung der EU von der russischen Energieabhängigkeit und der verstärkten Abhängigkeit dieser Region vom eigenen Einflussbereich der Kaspischen Meer-Region gesehen werden.

Abb. 2: siehe Seite 9

Der bereits in Angriff genommene Bau der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline soll die Kaspische Meer-Region mit dem türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan zu diesem Zweck verbinden⁶ (s. Abb. 3). In ihrem bereits zitierten energiepolitischen Strategiepapier lässt die US-Regierung keinen Zweifel an den geopolitischen Interessen der USA an der Kontrolle der Ölquellen und der Transportrouten der Kaspischen Meer-Region:

"Das Kaspische Meer hat ein phantastisches Potential und bietet die Möglichkeit von Produktionssteigerungen von 1.6

⁶ Näheres zum Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline, vgl. Polak, Matthias, 2003: Wie die Geopolitik der USA abgesichert wird, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung Nr. 6/2003. Nach Polak geht es dabei um den "Betrieb einer ökonomisch unrentablen und ökologisch bedenklichen Pipeline", die einzig "den geostrategischen Plänen der amerikanischen Regierung entsprungen ist". Durch massive Intervention und Erpressung der Regierungen der beteiligten Staaten und unter Missachtung des wachsenden Widerstands zahlreicher Kommunen entlang der Pipeline-Trasse wurden dabei kostengünstige Bedingungen vertraglich zu Lasten der Umwelt und der betroffenen Bevölkerungen durchgesetzt, ebenda.

Mio. b/d (Barrel pro Tag) in 2001 auf 5.0 Mio. b/d in 2010. Das stellt den größten Nicht-OPEC Produktionszuwachs der Welt dar. Das Öl aus dieser landumschlossenen Region auf die Weltmärkte zu transportieren durch die Entwicklung von verschiedensten Pipelines, war seit Mitte der 1990er Jahre die Haupt-Priorität der US-Auslandspolitik. Über die Steigerung der Energiesicherheit hinaus wird diese Politik die Souveränität und ökonomische Lebensfähigkeit von neuen Nationalstaaten in der Region stärken.⁷ Mit der ehrenvollen Absicht "der Stärkung der Souveränität von neuen Nationalstaaten in der Region" wird in diplomatischer Sprache die gezielt forcierte Abkopplung dieser Länder von Russland umschrieben. Dies ist wiederum die Bedingung dafür, Russland als EU-Energielieferanten etwa durch günstigere Lieferbedingungen für Gas- und Ölexporte aus Staaten der Kaspischen Meer-Region hinaus zu manövrieren.

Doch damit die öl- und geostrategische Säule im Hegemonialsystem die dargestellte Bedeutung erlangen kann, muss der Hegemon den gesamten Raum *Greater Middle East* militärisch, logistisch und ökonomisch direkt oder indirekt, so umfassend und flächendeckend wie möglich beherrschen. Dazu gehören: (a) ein dichtes Netz militärischer Stützpunkte und Präsenz der US-Armee an strategisch wichtigen Standorten, (b) eine möglichst große Zahl von Verbündeten und US-abhängigen Regimen, (c) die totale Kontrolle der Versorgungsstrukturen und Transportrouten für Öl und der Gaspipeline sowie des Zugangs zu den Weltmeeren und (d) die Beteiligung einer möglichst großen Zahl von US-Konzernen im Energie- und Infrastrukturanlagen-Bereich. Im Hinblick auf diese hegemonialpolitische Geostrategie erscheint der Sturz der Taliban in Afghanistan - dies auch völlig unabhängig vom 11. September - und des Regimes von Saddam Hussein im Irak sowie die Installierung von US-freundlichen Regimen in diesen Ländern in einem neuen Licht. Beiden Ländern kommt für den räumlichen Ausbau und die zeitliche Verlängerung des US-Hegemonialsystems in die Zukunft eine Schlüsselfunktion zu: Afghanistan wegen des Pipeline-Projekts für den Transport von Erdgas und Öl vom Kaspischen Meer - um den USA-feindlich gesinnten Iran herum - zum Indischen Ozean (Abb. 3), und Irak, um Saudi-Arabien im Falle ernsthafter Krisen in diesem Land ersetzen zu können.⁸ Ein Regimewechsel im Iran wäre aus der Hegemonialperspektive zwar wünschenswert, jedoch nicht zwingend. Die ölpolitischen Handlungsspielräume für den Iran und für die OPEC als Ganzes würden unter den neu geschaffenen Bedingungen ohnehin drastisch sinken.⁹ Mit Irak und Afghanistan erhöhen die Vereinigten Staaten ihren Handlungsspielraum beträchtlich, um einerseits der OPEC eine ihnen genehme Ölmengen- und Ölpreis-Politik zu diktieren und

⁷ Larson, 2003 (Anm. 1).

⁸ Ausführlicher zum Afghanistan- und Irak-Krieg vgl. Massarat 2003: Amerikas Weltordnung. Hegemonie und Kriege um Öl, Hamburg, Kapitel 2 und Kapitel 4.

⁹ Wie schon aus diesen äußerst straff dargestellten Aspekten erkennbar ist, sind die Ölinteressen und Interventionsmöglichkeiten der USA vielschichtig und komplex. Übersieht man die Komplexität, so neigt man dazu, die Möglichkeiten der USA, den Ölpreis zu beeinflussen bzw. zu regulieren, in Zweifel zu ziehen. Vgl. dazu beispielsweise Hippler, Jochen, 2003: Zu viel Krieg und zu wenig Abrüstung, in: Massarat, Mohssen/ Rolf, Uwe/ Wenzel, Hans-Joachim (Hrsg.), 2003: Bilanz nach den Weltgipfeln, München.

andererseits ihre Kontrolle aller strategisch bedeutsamen Transportrouten - nördlich der Ölquellen über das Mittelmeer nach Europa und südlich der Ölquellen zum Indischen Ozean und zu den asiatischen Ölabnehmern - gegenüber ihren Rivalen glaubhaft vor Augen zu führen.

Abb. 3: siehe Seite 10

Vor dem Hintergrund der hegemonial-politischen Relevanz des Öls erscheint auch die energiepolitische Schwerpunktsetzung der Bush-Regierung, die sie wenige Monate nach ihrem Arbeitsbeginn als erste wichtige Amtshandlung im sogenannten *Cheney Report*¹⁰ der Öffentlichkeit präsentierte, in einem neuen Licht. Sie besteht darin, die eigenen fossilen Energieversorgungsstrukturen auszubauen und sich aus dem Kyoto-Protokoll zurückzuziehen. Denn durch Klimaschutz und Ausbau von regenerativen Energien würde für die hegemonialpolitische Instrumentalisierung der Ölabhängigkeiten anderer Staaten vollends die Grundlage entfallen. Umgekehrt stellen Ausbau und Intensivierung fossiler Versorgungsstrukturen, wie sie der *Cheney-Report* der US-Regierung eindringlich empfiehlt, die erforderlichen Rahmenbedingungen her, die es den USA ermöglichen, in den nächsten Jahrzehnten mittels Öl- und Geostrategie Hegemonialpolitik betreiben zu können. Gelingt den Vereinigten Staaten tatsächlich die umfassende Kontrolle der Ölquellen und Transportrouten des gesamten Raumes *Greater Middle East*, so geraten auch die Atomkräfte und aufsteigenden Großmächte Indien und China mit ihrem gigantischen Energiebedarf aus den mittelostzentralasiatischen Quellen unweigerlich in den Würgegriff des US-Hegemonialsystems. In dem mehrfach zitierten energiepolitischen Strategiepapier der US-Regierung vom April 2003 wird an mehreren Stellen verklausuliert, aber dennoch erkennbar, an den eigenen geostrategischen Zielen - wie oben herausgearbeitet - kein Zweifel gelassen:

"Die Golf-Produzenten werden weiterhin eine unentbehrliche Rolle auf dem Weltmarkt spielen. In der Tat werden wir sie dazu ermutigen, ausländische Investitionen zu erhöhen, um die Vorräte stetig zu steigern und ihr eigenes ökonomisches Potential zu vergrößern. Aber wie gerade die Vorgänge in Venezuela zeigen, benötigt die Welt einen höchst flexiblen und elastischen Ölmarkt, der es einigen Regionen erlaubt, Ebben und Fluten in anderen Regionen auszugleichen. Und je mehr wir nach Diversität und Wachstum der Weltölproduktion suchen, desto besser wird der Markt arbeiten können." An einer anderen Stelle des Papiers heißt es weiter: "Trotz der häufig geäußerten Bedenken wegen der 'Abhängigkeit' vom Mittleren Osten profitiert die Welt- und die US-Ökonomie klar vom Zugang zu diesen low cost-Anbietern. In der Tat ist diese Region der Hauptlieferant nicht nur der USA, sondern auch unserer wichtigsten ökonomischen Partner, vor allem in Asien. Ohne die im Überfluss vorhandenen low cost-Golf-Vorräte müssten wir knappe ökonomische Ressourcen einsetzen, um die Energie, die wir brauchen, zu höheren Kosten der Weltwirtschaft und unseren Bürgern sicherzustellen."¹¹

Nicht nur wir, die USA, heißt es im Klartext, sondern vor allem unsere "ökonomischen Partner", sprich "Rivalen",

¹⁰ Cheney, Dick/Powell, Colin L./O'Neill, Paul u. a., 2001: National Energy Policy. Report of the National Energy Policy Development Group, Washington.

¹¹ Larson, 2003 (Anm. 1).

sind von *low-cost-Ölvorräten* des Mittleren Ostens abhängig. Das ist gut und sollte auch so bleiben. Alle Welt profitiert vom Ölreichtum des Mittleren Ostens, solange der Vorrat reicht, und wir, die USA werden unsere Rivalen in Schach halten, indem wir unsere starke Hand auf diese Vorräte halten.

Anhebung der Ölpreise als Motiv des Irak-Krieges?

Folgt man der obigen Analyse, so stellt die Aufrechterhaltung der Öldumpingpreise durch umfassende Kontrolle einer Region mit den weltgrößten und ergiebigsten (*low-cost*) Öl- und Gasreserven den energiestrategischen Schlüssel des US-Hegemonialsystems dar, um die komplizierten Abhängigkeits- und Erpressungsmechanismen, die die Hegemonialmacht gegen die militärischen und ökonomischen Rivalen benötigt, aufrecht zu erhalten bzw. zu festigen. Diese hegemonial-politische Beherrschung der globalen Ölversorgung ist nur dadurch möglich, dass die Hegemonialmacht den Öllieferstaaten die ihr genehme Ölpolitik diktiert, sie notfalls durch Geheimdiplomatie und Aufstachelung innerer Unruhen - wie im Iran 1951-1953 bzw. jetzt in Venezuela - auf die Linie bringt oder, wenn das alles nicht hilft, die Regime wie in Afghanistan und Irak durch militärische Intervention austauscht. Vorwände dafür können immer gefunden werden. *Das Ziel, die mittellöstlichen (low cost-) Ölquellen im Überfluss und zu niedrigen Preisen sprudeln zu lassen, bildet den Dreh- und Angelpunkt der US-Geostrategie.* Nur niedrige Ölpreise und störungsfreie Lieferungen lenken die Begierde der Energie hungrigen Staaten auf den Mittleren Osten, und damit auch ihre Bereitschaft, sich im Gegenzug in die hegemoniale Abhängigkeit der USA zu begeben. Und gerade dieses geostrategische Ziel erfordert das hegemoniale Gewaltssystem einschließlich der kriegerischen Interventionen im Mittleren Osten, das sich zum einen gegen die kurz- und langfristigen, objektiven Interessen der Ölstaaten richtet und zum anderen dazu dient, Marktgesetze auszuhebeln.

Vor dem Hintergrund dieser Analyse macht die These, die Anhebung der Ölpreise sei das entscheidende Motiv des Irak-Krieges gewesen, wie sie Elmar Altvater bisher in mehreren Beiträgen formuliert hat¹², keinen Sinn, erst recht nicht um - wie Altvater meint - dadurch die Position des Dollars als Reservewährung zu stärken.

Das Ziel steigender Ölpreise bedarf keiner politischen oder militärischen Intervention. Ganz im Gegenteil würde dieses Ziel am effizientesten dadurch erreicht werden, dass sich die Vereinigten Staaten politisch wie militärisch aus dem Raum *Greater Middle East* zurückziehen. Marktkräfte ohne politische Intervention würden - angesichts objektiver Knappheit der Ölvorräte - zu steigenden (Knappheits-)Preisen führen. Durch steigende Ölpreise erhielten regenerative Energien einen kräftigen Schub, Amerikas Rivalen könnten sich so endlich von der energipolitischen Abhän-

gigkeit lösen und ihren Handlungsspielraum zu eigenständiger Außenpolitik drastisch erweitern. Dadurch würde dem US-Unilateralismus eine wichtige Grundlage entzogen werden und die Voraussetzungen für eine multilaterale Weltordnung würden sich deutlich verbessern. Schließlich würden die USA alle ihre seit 50 Jahren mit großem Aufwand im Mittleren Osten installierten hegemonialpolitischen Trümpfe gegen ihre Rivalen verschiedenster Couleur aus der Hand geben und ihr Hegemonialsystem selbst aushebeln. Obendrein würde das Wachstum der Weltwirtschaft durch steigende Ölpreise gebremst und nicht nur den US-Rivalen, sondern auch der eigenen Ökonomie großer Schaden zugefügt. Hauptgewinner einer Ölpreisssteigerung wären unmittelbar die OPEC-Staaten, die ihre Öleinnahmen steigern könnten. Hohe Ölpreise würden unweigerlich den Marktanteil des Öls an der globalen Energieversorgung - wie bereits nach dem letzten Ölpreissprung 1980 geschehen - zu Gunsten anderer Energieträger (z.B. Kohle und inzwischen auch der regenerativen Energien) drastisch senken, und damit auch den einzigen Vorteil für die Stärkung des Dollars als Ölhandelswährung - wie Altvater hervorhebt - wieder zunichte machen.

So gesehen besteht für eine Ölpreisssteigerung seitens der USA kein einziges ernsthaftes Motiv, das überzeugen könnte. Im Übrigen verfügen die USA trotz der Besetzung des Iraks und des wachsenden Einflusses auf die großen Ölstaaten auch nicht über ein praktikables Instrument, um die Ölpreise gegen den Willen der übrigen OPEC- und Nicht-OPEC-Staaten dauerhaft anzuheben. Dagegen haben sie jedoch sehr wohl die Möglichkeit, die Ölstaaten zur Überproduktion und Preissenkung zu treiben. Insofern ist abzusehen, dass die USA die Region mit den größten Ölreserven und kostspieligsten Konflikten und Kriegen in den letzten Dekaden niemals freiwillig räumen werden, um weiterhin ihr Konzept *Öl im Überfluss zu Dumpingpreisen* entgegen der Marktgesetze auch in Zukunft durchsetzen zu können. Das durchaus begründete Motiv der Stärkung des Dollars als Reservewährung im globalen Wettkampf mit dem Euro, auf das Altvater seine Argumentation stützt, setzt keineswegs zwangsläufig steigende Ölpreise voraus. Dieses Ziel, das nicht einmal das wichtigste hegemonialpolitische Ziel der USA ist, lässt sich - wie unten dargestellt wird - auch anders verwirklichen. Die Reduktion des Irak-Krieges auf den *Währungskrieg* ist insofern auch politisch nicht unproblematisch, als dadurch der Blick auf andere gewichtige, hegemonial-politisch bedingte Konflikt- und Abhängigkeitsstrukturen blockiert wird. Diese hervortreten zu lassen ist jedoch für den Aufbau von diversen antihegemonialen - z.B. eurasischen - Allianzen und für die Entwicklung von Zwischenschritten hin zu einer multilateralen Weltordnung unverzichtbar. Bis zur vollständigen Umstellung der europäischen Energieversorgung auf Solarenergie, die Altvater - und übrigens auch mir - als Alternative für Europa vorschwebt, ist es noch ein langer Weg.¹³

¹² Vgl. dazu Altvater, Elmar, 2003: Die Währung des schwarzen Goldes. Der Ölkrieg wird auch um die Vorherrschaft von Dollar und Euro geführt; sowie Massarrat, Mohssen, 2003a: Anmerkungen zu Elmar Altvaters Beitrag. Beide Beiträge in: attac (Hrsg.), 2003: Kritik der Globalisierungskrieger. Arbeitspapier Nr. 1 aus dem Wissenschaftlichen Beirat von attac Deutschland. Des Weiteren vgl.: Altvater, Elmar, 2003: Vor einem neuen Währungskrieg? In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Nr. 7-8/2003.

¹³ Näheres dazu siehe "Europas Beitrag für eine multilaterale Weltordnung", in: Massarrat, Mohssen, 2004: Amerikas Hegemonialsystem und seine Grenzen, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2/2004.

Dollar und Hegemonialsystem

Als Leitwährungsland verfügen die USA über die Option, die inländischen Investitionen über Auslandsverschuldung zu finanzieren und diese über den Hebel der Notenpresse zu bedienen. Seit dem Zusammenbruch des Bretton-Wood-Systems entschieden sich die US-Regierungen verstärkt für den bequemen Weg eines durch den Rest der Welt mitfinanzierten Wachstumsmodells. Charles A. Kupchan, der Berater von Präsident Clinton, bringt das Wundermodell auf den Punkt: "Das Land muss seinen Way of life finanzieren, sein Handelsbilanzdefizit ausgleichen, es liebt den Konsum und hasst es zu sparen. Deshalb haben sich Investoren Amerika als Investitionsort ausgesucht, sie lieben den Dollar und seine Stabilität."¹⁴ "Hass auf Sparen und Lust auf Konsum", somit ein Leben über die eigenen Verhältnisse und auf Kosten aller anderen Nationen. Diesen Luxus können sich dank des Dollars als Leitwährung nur die Vereinigten Staaten leisten. Die Netto-Auslandsverschuldung der USA stieg als Folge der fremdfinanzierten Investitionspolitik von 250 Mrd. in 1982 auf 2.000 Mrd. US-Dollar in 2000, dies macht 22,6% des US-Bruttoinlandsproduktes aus.¹⁵ Dieser bequeme Weg der Wohlstandsvermehrung ist allerdings nur so lange möglich, wie der Dollar seine Leitwährungsfunktion beibehält. Verliert jedoch der Dollar diesen Status an den Euro, so könnte das "Staaten und Privatanleger veranlassen", konstatiert Kupchan, "bei Rücklagen und Investitionen dem Euro den Vorzug vor dem Dollar einzuräumen. ... Das hätte schwerwiegende Folgen für das Land, das extrem abhängig von ausländischem Kapital ist."¹⁶ Anstatt dieser Perspektive durch umfassende sozialökologische Reformen vorzubeugen, zieht es die politische Führung der USA vor, die Leitwährungsfunktion des Dollars und den privilegierten Status der asymmetrischen Handels- und Kapitalflüsse trotz offensichtlicher Risiken hegemonial-politisch aufrecht zu erhalten.

Dem Erdöl kommt in diesem Zusammenhang in zweifacher Hinsicht eine Schlüsselrolle zu: zum einen, weil der Ölmarkt der größte Einzelprodukt-Markt ist und der weltweite Ölhandel auf Dollar-Basis daher einen wichtigen Stabilitätsfaktor der US-Währung darstellt: Zum anderen, weil die größten Ölexporture Saudi-Arabien, Kuwait und Arabische Emirate bisher ihre Devisenüberschüsse in erster Linie in den USA investierten. Bis 1990 investierten diese Staaten rund eine Billion Dollar in den USA.¹⁷ Das saudi-arabische Vermögen in den USA beträgt gegenwärtig ca. 400 Mrd. Dollar. Saudi-Arabien steht unter massivem Druck, nicht nur sein Öl weiterhin in US-Dollar abzuwickeln, sondern auch das eigene Kapitalvermögen - selbst wenn die Eurozone sich als die attraktivere Anlageregion erweist - nicht aus den USA abzuziehen.¹⁸ So gesehen wer-

den Öl und Geostrategie auch währungs-politisch zu einem hegemonial-politischen Faktor, Ölkriege werden gleichzeitig auch Währungskriege. Dies gilt auf besondere Weise gerade auch für den Irak-Krieg. Der Irak hatte schon Ende 2000 damit begonnen, die tägliche Ölförderung von 2,4 Mio. Barrel in Euro abzuwickeln. Auch der "Schurkenstaat" Iran verkauft sein Öl zum Großteil in Euro, damit drängt sich der Euro zum ersten Mal in eine klassische Dollar-Domäne.¹⁹ Wie die Rüstungseskalationen der siebziger Jahre und die Kriege in den achtziger und neunziger Jahren im Mittleren Osten ist auch der Irak-Krieg ein Petro-Dollar-Recyclingkrieg.²⁰ Als Besatzungs- und Hegemonialmacht mitten in der Persischen Golf-Region hoffen die USA, den für die eigene Volkswirtschaft lukrativen Kreislauf von Rüstungsgütern gegen Petro-Dollars nicht nur für die Zukunft am Leben zu erhalten, sondern zusätzlich auch die Position des Dollars in der Region durch umfangreiche Wiederaufbau-Aufträge an die US-Konzerne zu stärken. Der Irak-Krieg und das Beharren der USA, trotz aller Rückschläge den Irak besetzt zu halten und im Mittleren Osten direkt präsent zu sein, hätte auch dann einen währungspolitischen Hintergrund, wenn dadurch das Abbröckeln der Dollar-Front im OPEC-Raum nur gebremst werden sollte.

Prof. Dr. Mohssen Massarrat
UNIVERSITÄT OSNABRÜCK
FB Sozialwissenschaften

¹⁴ Kupchan, Charles A., 2003: "Die USA brauchen Europa". Konturen einer künftigen Partnerschaft, Interview, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6/2003, S. 686.

¹⁵ Le Monde diplomatique (Hrsg.), 2003: Atlas der Globalisierung, Berlin, S. 98.

¹⁶ Kupchan, 2003 (Anm. 13), S. 686.

¹⁷ Vgl. dazu auch Abdolvand, Behrooz/Adolf, Mathias, 2003: Verteidigung des Dollars mit anderen Mitteln, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/2003, S. 181 f.

¹⁸ Und da ein Abzug saudi-arabischen Kapitals vom Dollar eine Lawine in Richtung Euro bzw. Yen auslösen dürfte, steht Saudi-Arabien schon jetzt in den US-Medien prophylaktisch

unter Generalverdacht, in den Terroranschlag vom 11. September verwickelt gewesen zu sein. Saudi-arabischen Anlegern wird durch das Damoklesschwert des Terrorismusverdachts und der Möglichkeit der Konfiszierung ihrer Vermögen die Lust auf einen Währungswechsel wirkungsvoll ausgetrieben.

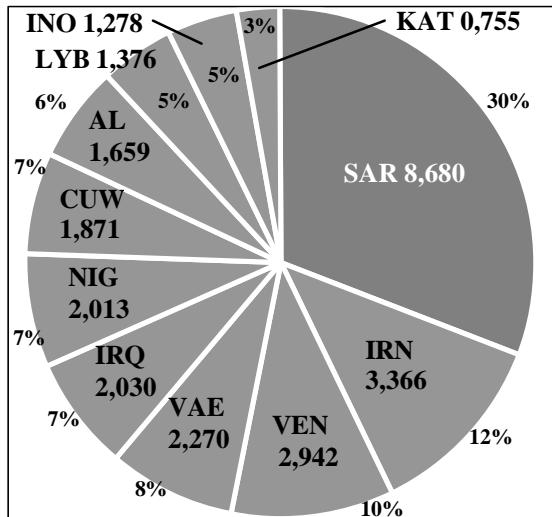
¹⁹ Abdolvand, Behrooz/ Adolf, Mathias, 2003 (Anm. 16), S. 182.

²⁰ Näheres über diesen Aspekt vgl. Massarrat, 2003 (Anm. 7), S. 167ff.

Abb. 1

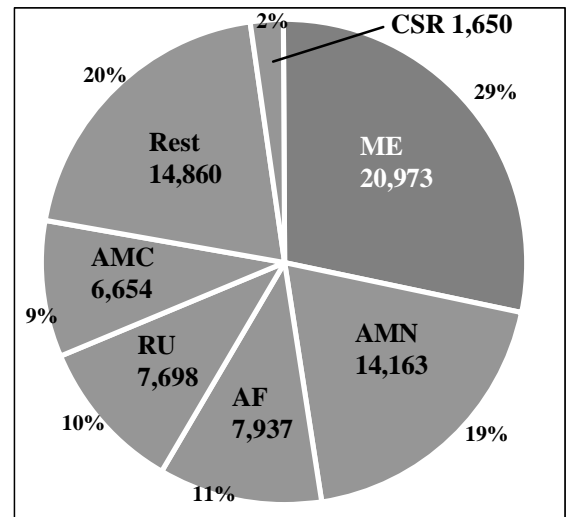
Verteilung von Öl-Marktanteilen und -Vorräten (2002)

Marktanteile OPEC in Millionen Barrel/Tag



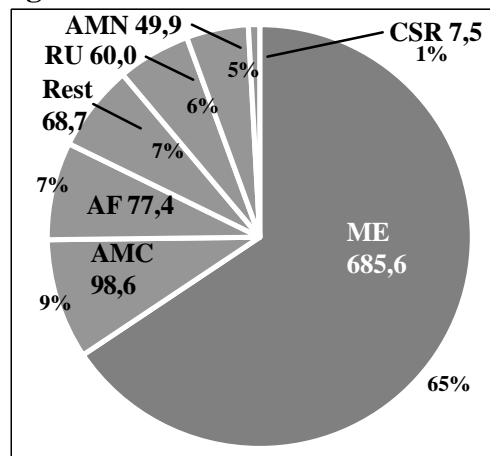
Tägliche Gesamtproduktion 2002: 28,240

Marktanteile Welt in Millionen Barrel/Tag



Tägliche Gesamtproduktion 2002: 73,953

Nachgewiesene Ölvorräte in Milliarden Barrel



Welt-Ölvorräte gesamt, 2002: 1017,6

- SAR – Saudi-Arabien
- IRN – Iran
- VEN – Venezuela
- VAE – Vereinigte Arabische Emirate
- IRQ – Irak
- NIG – Nigeria
- CUW – Kuwait
- AL – Algerien
- LYB – Libyen
- INO – Indonesien
- KAT – Katar

- ME – Mittlerer Osten
- CSR – Kaspisches Meer – Region
- AMN – Nordamerika
- AMC – Zentralamerika
- RU – Russland
- AF – Afrika

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von: BP Statistical Review of World Energy, 2003, London

Abb. 2

Ölabhängigkeiten vom Mittleren Osten (2002)

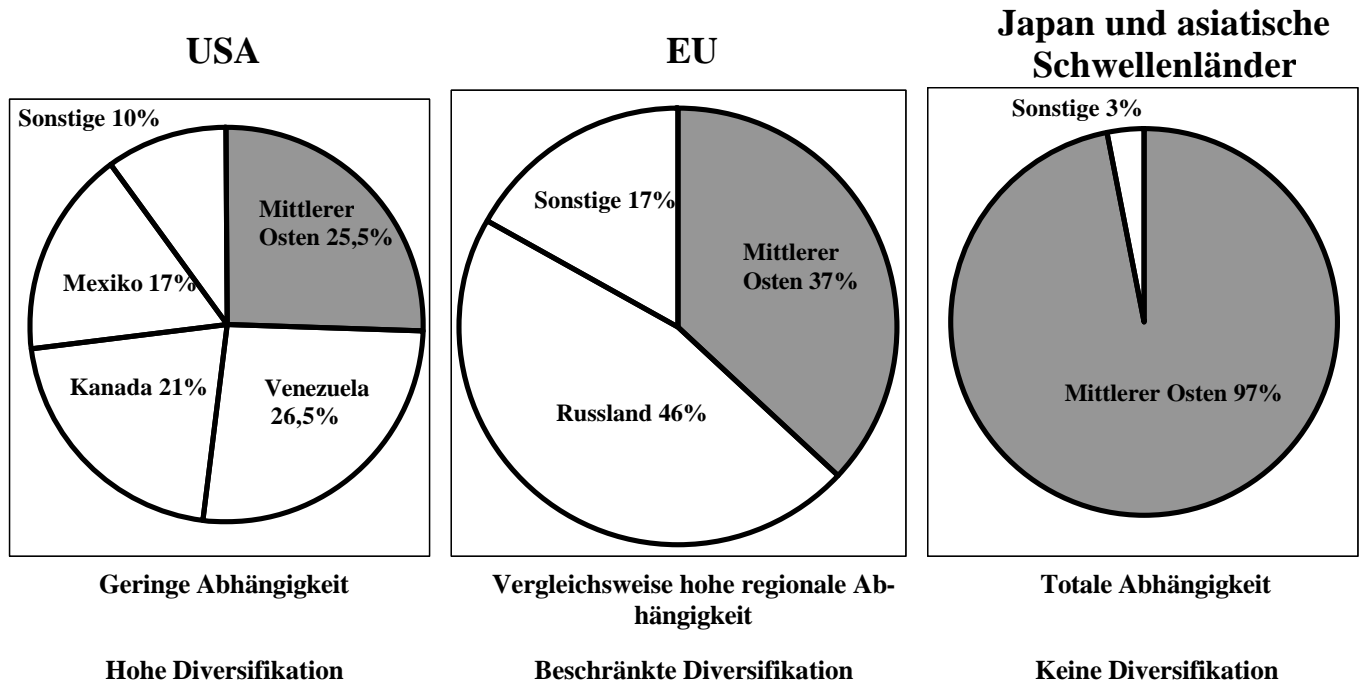
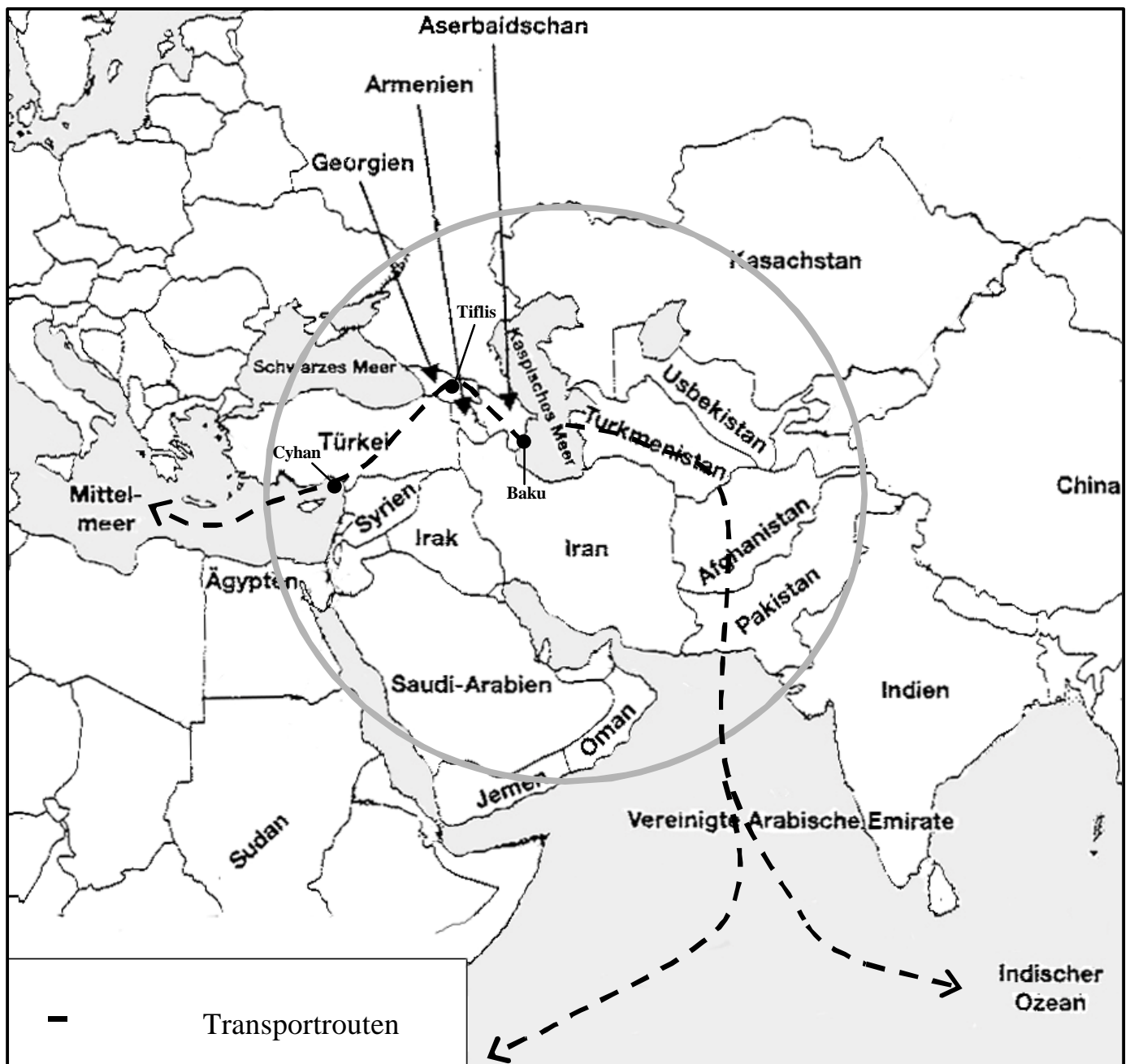


Abb. 3

von: BP Statistical Review of World Energy, 2003, London



Ein neuer Imperialismus

Von Christoph Görg

Noch vor wenigen Jahren schien fast undenkbar, was heute die Spatzen von den Dächern pfeifen – der verstärkte Einsatz militärischer Macht als Mittel ökonomischer Expansion. Inzwischen wird besonders der derzeitigen US-Administration von fast allen Seiten der Drang nach weltweiter Hegemonie, nach militärischer Dominanz oder schlicht der Aufbau eines US-Empires vorgehalten. Und die Evidenzen, die auf einen erneuerten oder wieder stärker sichtbaren Imperialismus der USA hindeuten, sind in der Tat enorm. Doch worum geht es genau? Sind die verschiedenen Begriffe – Hegemonie, Dominanz, Empire oder Imperialismus – mehr oder weniger austauschbar? Geht es um eine USA-geführte Weltherrschaft oder um eine imperialistische Globalisierung im weiteren Sinne? Zudem steht die Frage im Raum, **was nun tatsächlich neu** ist, nicht nur im Hinblick auf andere Phasen des Imperialismus, sondern auch mit Blick auf die unter neoliberalen Vorzeichen betriebene Phase kapitalistischer Globalisierung der 1980er und 1990er Jahre. Die Verwendung des Imperialismusbegriffs wirft also, bei aller offenkundigen Evidenz, einige Fragen auf, die keineswegs rein akademischer Natur sind, sondern weitreichende politische Implikationen beinhalten, besonders im Hinblick darauf, **wie denn der Krieg im Irak im Kontext einer neuen Weltordnung einzuordnen** und mit welchen Begriffen sowohl die Strategie der US-Regierung als auch die Reaktion des **“alten Europas“** zu begreifen sind.

Wenigstens drei Gründe stehen einer **allzu leichtfertigen** Anklage des US-Imperialismus entgegen: *Erstens* sind imperialistische Tendenzen in der heutigen Weltlage gerade **keine neue Entwicklung**, die erst nach dem 11. September 2001 oder dem Krieg im Irak hervorgetreten wären, sondern schon in der neuen Phase kapitalistischer Globalisierung der letzten 25 Jahre systematisch angelegt. *Zweitens* wird die neue US-Strategie mit der These der Herausbildung eines US-Imperialismus oder einer US-Hegemonie nicht richtig beschrieben. Während die Tendenz zur Ausbildung eines neuen Imperialismus tatsächlich eher **strukturell** angelegt ist, ist der Wandel in der Strategie der US-Regierung in erster Linie Ausdruck einer Krise neoliberaler Hegemonie bzw. des Aufbrechens der Widersprüche dieses imperialen Modells. Last, but not least, geht mit der einseitigen Anklage der USA *drittens* eine Entlastung **Europas** einher, die wiederum politisch im Rahmen **eigener Hegemonialprojekte** ausgenutzt wird. Anstatt aber den US-Imperialismus anzuklagen und für alle Übel dieser Welt verantwortlich zu machen, sollte man die **gemeinsamen Interessen von USA und Europa** nicht außer Acht lassen – und damit verbundene imperiale Projekte, die sowohl Gemeinsamkeiten wie Unterschiede aufweisen.

Was ist neu?

Auffällig ist zunächst in der Tat die Konjunktur des Imperialismusbegriffs. Während beim 2. Golfkrieg vor 13 Jahren noch (fast) niemand von Imperialismus reden wollte, reden heute alle davon. Dies **“alle“** ist wiederum fast wörtlich zu nehmen: der Imperialismusbegriff wird heute keineswegs nur – oder auch nur überwiegend – von links verwendet, sondern ebenso von rechts zu nationalistischen Zwecken instrumentalisiert. Mehr noch. Er wird in den USA selbst, wo die Beiträge

mit Imperialismus oder Empire im Namen kaum noch überschaubar sind, durchaus auch affirmativ gebraucht: als Bezeichnung der vermeintlichen Aufgabe bzw. der Verantwortung der USA in und für die Welt. Eine **“freundliche Form des Imperialismus“** habe die **“Bürde des postmodernen Mannes“** zu tragen, meint ein früherer Berater Toni Blairs.²¹ Das Bild, das dabei über alle sonstigen politischen Differenzen hinweg immer wieder gezeichnet wird, ist ebenso einfach wie falsch. Danach sei mit dem 11.09.01 und der damit verbundenen Durchsetzung der Bush-Doktrin als neuer sicherheitspolitischer Strategie der USA eine völlig neue Konstellation in die Welt gekommen, eine Konstellation, die mit einem höchst selektiven Unilateralismus – oder drastischer: einem **“america first“** auf allen Ebenen, von der globalen Umweltpolitik über internationale (Ab-)Rüstungsverträge, dem internationalen Strafgerichtshof bis zur Bündnispolitik in UNO und NATO – sowie dem verstärkten Einsatz militärischer Macht (als Drohung und als Kriegseinsatz) verbunden sei. Dass dieses Jahrhundert mit einem Wandel der Koordinaten internationaler Politik begonnen hat, soll nun keineswegs bezweifelt werden. **Aber das Neue in der heutigen Situation liegt gerade nicht im Imperialismus der USA.** Denn der Imperialismusbegriff ist nicht so recht geeignet, um den Wandel in der US-Außenpolitik zu begreifen.

Wir befinden uns also zwar in einer neuen Situation, aber die Neuheit hat mehr damit zu tun, dass **die Widersprüche neoliberaler Globalisierung aufbrechen und sich zu Krisen und Konflikten verdichten**, und zwar auf verschiedenen Ebenen: Zwischen den kapitalistischen Zentren, zwischen Nord und Süd, innerhalb wichtiger Staaten in Nord und Süd, etc. Zudem ist die Infragestellung der neoliberalen Hegemonie durch die neuen globalen Bewegungen und der damit verbundene Legitimationsverlust der wichtigsten Institutionen neoliberaler Globalisierung (Welthandelsorganisation WTO, Weltwirtschaftsforum u.a.) im Auge zu behalten. Auf diese Krisen wird nicht nur mit militärischer Gewalt nach Außen reagiert, sondern der **“disziplinierende Neoliberalismus“** (Gill 2003) geht **auch innerhalb der Nationalstaaten** zunehmend **repressiv** vor, sei es in der Sicherheits- und Migrationspolitik, sei es gegenüber Arbeitslosen oder in der Sozialpolitik. Gerade der Krieg im Irak steht für eine **Krise der Hegemonie**, wenn man den Begriff der Hegemonie sorgfältig verwendet. **Hegemonie** ist nämlich gerade nicht mit **Dominanz** oder Vormacht zu verwechseln, insofern Hegemonie eben auch die Fähigkeit zur politischen Führung, zur Organisation eines Konsenses sowie zum Eingehen von Kompromissen mit schwächeren Akteuren beinhaltet, wobei die Kompromisse die Interessen dieser Akteure wenigstens selektiv berücksichtigen müssen. Von all dem kann heute keine Rede sein. Weder waren die USA (bislang) im Gegensatz zum zweiten Golfkrieg 1991 in der Lage, einen globalen Konsens zu organisieren. Vielmehr haben sie Dissens selbst mit ihren engsten Verbündeten geradezu heraufbeschworen. Noch ist die derzeitige US-Administration bereit, tiefgehende Kompromisse mit Konkurrenten oder subalternen Akteuren einzugehen. Am ehesten werden sie vielleicht noch im Hinblick auf die Ausbeutung

²¹ Vgl. Hugo Young in Foreign Policy, 08/2002; vgl. auch Ignatieff 2003.

des Iraks dazu gezwungen werden, weil hier ein Alleingang allzu sehr die Legitimität des Vorgehens beschädigt. Besser fürs Geschäft ist es, hier das Bild eines "gemeinsamen Wiederaufbaus" zu verbreiten. Zumindest deutet sich hier schon ein Kompromiss zwischen der "Koalition der Willigen" und dem "alten Europa" an, frei nach der Devise: **'Pack schlägt sich, Pack verträgt sich'**. Und die vermeintlichen "Bewahrer des Völkerrechts" in Berlin und Paris werden diese Gelegenheit nicht verstreichen lassen. Während man sich in der Kriegsfrage in die Wolle geraten war, will man wenigstens das **Geschäft mit dem Wiederaufbau nicht verpassen** – selbst um den Preis, den Krieg dabei nachträglich völkerrechtlich zu legitimieren. Soviel zum Verhältnis von Recht, Moral, Macht und Geschäft in der neuen Weltordnung.

Aufgrund der strukturellen Schwäche der US-Ökonomie sind jedoch größere Zugeständnisse zur Reorganisierung der Weltökonomie im Augenblick kaum zu erwarten – und diese Schwäche wird durch die Rüstungspolitik der derzeitigen US-Regierung wie deren prestigeträchtiges Weltraumabenteuer noch verstärkt. **Strukturelle Dominanz in militärischer und ökonomischer Hinsicht geht also mit einer Krise der Führungsfähigkeit der USA einher.** Wegen dieser Verwechslung von Dominanz und Hegemonie geht eine Einschätzung fehl, für die exemplarisch der prominente Globalisierungskritiker **Walden Bello** vom Third World Network steht. In einem Interview mit der *Tageszeitung* (vom 28./29. Juni 2003) sprach er von einem Übergang von der *multilateralen Globalisierung* zu einem unilateral betriebenen *Imperialismus der USA* und forderte von den globalen sozialen Bewegungen eine Theorie und Kritik des Imperialismus. Während ihm in diesem letzten Punkt uneingeschränkt Recht zu geben ist (schon um die Gefahren eines platten Antiimperialismus der 1970er Jahre zu vermeiden), ist ihm gerade deshalb im ersten Punkt zu **widersprechen**. Bello hebt hervor, dass nicht länger die gemeinsame, multilaterale Gestaltung der Globalisierung im Interesse der globalen kapitalistischen Klasse der Motor der Gestaltung ist. Vielmehr habe sich die Regierung der USA daraus zurückgezogen und verfolge nun einseitig die Interessen des US-Kapitals, teilweise offen protektionistisch, teilweise durch Obstruktion der multilateralen Institutionen bis hin zur Blockade der WTO oder des Internationalen Währungsfonds (IMF). Der Fehler liegt nun einmal im Verständnis dieser multilateralen Institutionen, die weit weniger auf eine Gestaltung gemeinsamer Problemlagen ausgerichtet waren, als man gemeinhin denkt und die **schon immer** die divergierenden Interessenlagen unterschiedlicher **Machtblöcke** – von USA, Japan und EU bzw. von Südländern – höchst selektiv repräsentierten. Haben sich in ihnen globale Kräfteverhältnisse verdichtet, dann war die tatsächliche Regulierungswirkung dieser Institutionen gekennzeichnet von recht einseitigen nationalen Interessen wie auch Klasseninteressen.²²

Darüber hinaus war die Phase neoliberaler Globalisierung selbst schon viel stärker imperialistisch geprägt, als man gemeinhin annimmt. Und diese Phase ist auch keineswegs vorbei. Vielmehr wird in der Krise neoliberaler Globalisierung der Kampf um die Gestaltung der "neuen Weltordnung" erst richtig **offen ausgetragen**, gerade **weil** die Regierung der **USA die Führungsfähigkeit weitgehend verloren** hat. Man kommt dieser Entwicklung auf die Spur, wenn man sich die

²² Vgl. zum TRIPS-Abkommens der WTO: Görg/Wissen 2003; zur Inwertsetzung genetischer Ressourcen: Brand/Görg 2003.

Wandlungen des Imperialismus im 20. Jahrhundert genauer anschaut. Die aktuelle Entwicklung nach dem 11. September wird von Leo **Panitch** und Sam **Gindin** (2003, 1) folgendermaßen auf den Punkt gebracht: "The American Empire is no longer concealed." **Neu ist nicht der Imperialismus, neu ist sein offenkundiges Hervortreten.** Entscheidend für das genauere Verständnis ist dabei das Verhältnis ökonomisch-technischer, politisch-staatlicher und militärischer Dimensionen. Panitch und Gindin gehen davon aus, dass Imperialismus nicht allein von einem Phasenmodell ökonomischer Entwicklung her bestimmt werden kann, wie dies viele klassische Imperialismustheorien versucht haben, sondern dass die Rolle des **Staates entscheidend** ist. Der neue Imperialismus weist zudem noch weitere Differenzen zum klassischen Zeitalter des Imperialismus auf, die in der Analyse berücksichtigt werden müssen. Im Gegensatz zur historischen Phase vor dem 1. Weltkrieg ist die heutige Situation nicht durch eine Konkurrenz der imperialen Großmächte geprägt, zumindest nicht auf militärischem Gebiet. Dafür ist heute die Vormachtstellung der einzigen Supermacht zu eindeutig. Wenn gegen die USA selbst die anderen Industrienationen zusammengekommen keinen Krieg gewinnen könnten, dann heißt dies aber nicht, dass nicht **Konkurrenzen im ökonomischen wie im politischen** Bereich existieren – nur werden sie in das Mit- und Gegeneinander internationaler Institutionen und Organisationen übersetzt. Zudem zielt der neue Imperialismus, im Gegensatz zur Festigung und Ausbau der Kolonialreiche in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, **nicht** auf die **direkte Einverleibung** anderer Territorien. Zwar geht es durchaus um die Kontrolle über Territorien, aber die effizientere Methode ist die des nation-buildings und der **Einsetzung genehmer Regierungen**. Mehr noch: Auch ein Imperium unter amerikanischer Vormacht, wie es Panitch und Gindin analysieren, stützt sich in seiner Herrschaft auf **formal unabhängige** und souveräne **Nationalstaaten**, die aber gleichwohl zur Absicherung kapitalistischer Verhältnisse allgemein wie der US-Interessen dienen. Darin kann man übrigens eine **Spezifität des US-Imperialismus** und auch eine **Kontinuität** von der Monroe-Doktrin des frühen 19. zur Bush-Doktrin des frühen 21. Jahrhunderts erkennen: notfalls militärisch und präventiv einzugreifen, wenn die eigenen Interessen dies als notwendig erscheinen lassen, aber danach "befreundete" Regierungen einzusetzen, die für Stabilität sorgen sollen (Paech 2003).

Eine weitere Differenz betrifft die klassischen Imperialismustheorien von Lenin, Hilferding und Bucharin: nämlich die Annahme, der Imperialismus stelle ein letztes **Stadium** des Kapitalismus dar und weise aufgrund seiner inneren Organisation schon Züge auf, die den Übergang zum Sozialismus vorbereiten. Dahinter steckt eine politisch gefährliche Geschichtsphilosophie, ein **linearer Evolutionismus**, der die komplexen und z.T. widersprüchlichen Prozesse an der kapitalistischen Peripherie nicht richtig zu Kenntnis nimmt und im Kern auf den Fortschritt der Produktivkräfte vertraut (zur Kritik: Kößler 2003). Bei allen Differenzen hat selbst die Diagnose des *Empires* und der Entstehung einer Multitude bei Michael Hardt und Antonio Negri (2002), die in der wachsenden Bedeutung immaterieller Arbeit verankert ist, von diesem geschichtsphilosophischen Optimismus einiges geerbt.

Gleichwohl gibt es nicht "die" klassische Imperialismustheorie, die gleichermaßen über den Haufen zu werfen wäre. Denn gerade **Rosa Luxemburg** hat in ihrer Akkumulationstheorie ein anderes Modell entworfen, das auch heute noch eine wichtige Basis einer Imperialismustheorie dienen kann (Köß-

ler 2003). Danach entwickelt sich der Kapitalismus in einer nichtkapitalistischen Umwelt, die er zu seiner eigenen Reproduktion ebenso sehr bedarf wie er sie immer wieder seinen eigenen Gesetzen subsumiert. Dies bedeutet die **Permanentstellung der "sogenannten ursprünglichen Akkumulation"** (Marx), die dann eben nicht nur der Vorgeschichte der Entstehung des Kapitalismus angehört, sondern ihn in verschiedenen Erscheinungsformen in seiner Entwicklung auch weiterhin begleitet (Harvey 2003; Alnasser 2004). Und diese Unterwerfung nichtkapitalistischer Produktions- und Lebensweisen wie auch die Inwertsetzung neuartiger Ressourcen, wie z.B. der genetischen Ressourcen (Brand/Görg 2003), ist kein rein ökonomischer Prozess, sondern wird von politisch-rechtlichen Faktoren bis hin zu offener Gewalt begleitet. **Gewalt** war nicht nur der Geburtshelfer dieser neuen Gesellschaftsformation (Marx 1976), sie begleitet die kapitalistische Entwicklung auch weiterhin.

Umriss eines neuen Imperialismus

Der Hauptfehler in der Einschätzung der heutigen Situation liegt also darin begründet, dass die Bedeutung von **staatlicher** Herrschaft und militärischer Gewalt in der neuen Runde kapitalistischer Globalisierung seit den 1970er Jahren nicht angemessen berücksichtigt wurde. Entgegen der Ideologie des Neoliberalismus bedurfte es ihrer, um die vermeintlich ehernen Gesetze des Marktes global durchzusetzen und zu stabilisieren. Als Minimalbedingungen für einen Imperialismusbegriff sind damit **drei** Faktoren zu berücksichtigen: Einmal eine ökonomisch **expansive** Tendenz, die zunehmend wissenschaftlich-technisch vorangetrieben wird (Stichwort: neuere Bio- und Gentechnologien, I&K-Technologien), aber in Ihrem Kern auf dem Zwang zur erweiterten Reproduktion des Kapitals zurückgeht. **Auch die neoliberale Globalisierung ist im Grunde nur eine Variante kapitalistischer Expansion**, die, nach der Phase der fordistischen "inneren Landnahme" (Lutz 1984), d.h. der Durchkapitalisierung der entwickelten Industriegesellschaften, nun wieder verstärkt auf periphere Regionen setzt. Was aber nach Außen als eine Tendenz des Kapitals erscheint, "eine Welt nach dem Bilde des Kapitals zu schaffen" (Marx/Engels 1844), das erscheint nach Innen als "introvertierter Imperialismus" (Narr 2003), als Tendenz zur Durchdringung auch der letzten noch traditional geprägten nicht-warenförmigen Lebensformen durch die Imperative der Kapitalakkumulation und die direktere Unterordnung aller Lebensbereiche (incl. der Gesundheits- und Sozialpolitik) unter Wertungsaspekte. Dies alles geschah in der Phase fordistischer Durchkapitalisierung der Reproduktionssphäre mit Hilfe von Massenkonsumgütern, die aber durch staatliche Maßnahmen, eine Durchstaatlichung der Gesellschaft, aufgefangen und abgesichert werden musste (Hirsch 1980). Genauso wird auch der introvertierte Imperialismus des disziplinierenden Neoliberalismus von einem immer massiveren Ausbau repressiver wie ideologischer Staatsapparate begleitet.

Wenn insofern der Kapitalismus in seiner Genese wie in seiner weiteren Entwicklung immer von einer Tendenz zur ökonomischen Expansion notwendig begleitet wird, unterbrochen von periodischen Krisen zur Bereinigung überschüssigen Kapitals, dann bedarf es eines weiteren Faktors, um von Imperialismus sprechen zu können: der **Absicherung** widersprüchlicher gesellschaftlicher Verhältnisse durch **staatliche Herrschaft**. Es war fatal für das Verständnis neoliberaler Globalisierung, dass diese Funktion des (National-)Staates ignoriert

wurde und lange Zeit von einem Absterben oder einer Erosion des Nationalstaates gesprochen wurde. Dadurch entging der Analyse nicht nur, inwieweit der sich durchsetzende Weltmarkt tatsächlich politisch-staatlich abgesichert wurde. Auch die Bedeutung internationaler Institutionen wurde letztlich verfehlt, weil ihr Verhältnis zur nationalen Ebene in Form eines Nullsummenspiels analysiert wurde: was jene gewinnt, schien demnach zu Lasten des Nationalstaats zu gehen. Doch das Zusammenspiel ist ungleich komplexer. So haben wir es einmal mit einer Ebene globaler, vor allem diskursiver Hegemonie zu tun, die **nicht** von einem Nationalstaat wie den **USA** ausgeübt wird. Vielmehr verdichtet sie sich in einer neoliberalen Denkweise, die von einer **globalen Elite** aus Vertretern transnationaler Konzerne, internationaler Organisationen und nationalen Regierungen durchgesetzt und in internationalen Organisationen unterschiedlicher Art (von Weltbank und IMF bis zum World Economic Forum in Davos) verankert ist.

Insofern wird globale Herrschaft nicht nur im Nationalstaat (auch nicht den USA allein) verkörpert. Andererseits bedarf sie aber immer auch des Nationalstaats, gerade deshalb, weil sie zwar hinter der diskursiven Hegemonie als eine globale Elite verbirgt, gleichwohl die Interessenlagen und Klassenverhältnisse ungleich komplexer und immer noch national gebrochen sind. Selbst eine transnationale Managerklasse ist nicht völlig von der nationalen Ebene abgelöst, weil sie sich immer wieder in nationalen Kompromissen mit anderen Akteure niederschlagen, d.h. in konkreten Kräfteverhältnissen "verdichten" muss²³. Welche Bedeutung **nationale Herrschaft auch in Zeiten neoliberaler Globalisierung** hat, kann man gerade ex negativo erkennen, d.h. an Beispielen, wo die Herrschaft nicht mehr richtig funktioniert, an den in der letzten Zeit immer mehr ins Gerede gekommenen "failed states". Eines der zentralen Mechanismen, die durch imperiale Herrschaft heute ausgeübt wird, ist die Methode des nation-buildings, oder, wo dies misslingt, wenigstens des state-buildings. Dabei sind diese Einsatzstellen imperialer Macht aufs engste mit der expansiven Tendenz des Kapitals und seinen Folgen verbunden, wenn auch nicht unbedingt kausal im Sinne eines Widerstands der benachteiligten Opfer der Globalisierung. Den wirklichen Zusammenhang zeigt eine Denkfiktion und eine darauf aufbauende Weltkarte, die ein Berater von US-Verteidigungsminister Rumsfeld entworfen hat (Barnett 2003). Danach wird die Welt in einen **funktionierenden Kern und eine nichtintegrierte Lücke** unterteilt: in Gebiete, in denen die Globalisierung funktioniert und in solche, in denen sie nicht funktioniert – was nebenbei gesagt falsch ist, denn die Herstellung einer räumlich ungleichen Entwicklung ist gerade das Kennzeichen kapitalistischer Globalisierung; auch dort funktioniert sie, nur produziert sie Verlierer (Harvey 1997). Und diese nichtintegrierten Lücken sind der Einsatzpunkt militärischer Maßnahmen, wenn eben die nationalstaatliche Herrschaft zur Stabilisierung kapitalistischer Expansion versagt, oder wenn, wie im Fall des Irak, bestehende

²³ Nach Poulantzas 2002, aber in Differenz zur Analyse von Poulantzas 2001: Nationalstaaten sichern nicht einfach die Interessen "des" amerikanischen Kapitals oder auch nicht "der" transnationalen Managerklasse ab, sondern sie verdichten je spezifische Kräftekonstellationen. Wenn es aber auch weiterhin Konflikte und Widersprüche innerhalb der Nationalstaaten gibt (Panitch/Gindin 2003b, 123), dann übersetzen sich diese mit einer gewissen Notwendigkeit auch in Konflikte und Widersprüche zwischen den Staaten und sie verdichten sich auch in internationalen Institutionen.

Staaten nicht mehr als funktional und berechenbar angesehen werden. Dabei ist es keine Frage, dass in vielen Teilen der Welt selbst ein minimales Interesse an Ausbeutung und Kontrolle nicht vorhanden ist, dass diese **“globalen Favelas“** (Buckel 2004) sich selbst überlassen werden oder durch Privatbanden kontrolliert werden. Die Strategie der Befriedigung durch State-building setzt erst dann ein, wenn eine Ausweitung des Konflikts droht (durch Migration oder den Export von Terror) oder er in die globale Medienöffentlichkeit Eingang findet.

So oder so: **Militärische Gewalt gehört zum Imperialismus notwendig hinzu – und sie hat auch die neoliberale Globalisierung von Beginn an begleitet.** Schon die ersten Experimente der Chicago Boys, der neoliberalen Vordenker um Milton Friedmann, wurden durch den Militärputsch in **Chile** ermöglicht; für die **“Reaganomics“** der frühen 1980er Jahre war der Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion zentral; zahlreiche Kriege vor und nach dem Ende der Blockkonfrontation wurden um die Kontrolle von Einflussphären geführt – von Guatemala und Nicaragua über den zweiten Golfkrieg bis nach Jugoslawien und in den Kongo. Allerdings war man bis in die späten 1990er Jahre hinein noch der **Ideologie** des Neoliberalismus wie dem Glauben an die kooperativen Kräfte des Multilateralismus erlegen: wenn die Interdependenz, die gegenseitigen Abhängigkeiten, und die Verregelung bzw. Verrechtlichung der internationalen Beziehungen steigen, dann haben Krieg und Gewalt als Mittel der Politik bald ausgespielt – glaubte man. Dabei waren diese Beziehungen tatsächlich von extrem einseitigen Abhängigkeiten geprägt, wobei gar nicht unbedingt Militär und Gewalt im Vordergrund stehen müssen. Vielmehr ließen sich bei genauerer Betrachtung **unterschiedliche Formen** des Imperialismus auseinander halten: von einem **“informellen Imperium“**, das **Frankreich** mit Hilfe der Währung (Franc bzw. Euro) über das frankophone Afrika ausübt,²⁴ bei dem notfalls aber auch das französische Militär zum Einsatz kommt, bis zur unverhüllten militärischen Dominanz der **USA** in **“ihrem Hinterhof“**, in Panama und Grenada.

Militärische Mittel sind also immer, wenn auch in unterschiedlichem Maße im Spiel. Das besondere an der heutigen Situation scheint keineswegs ihr Einsatz an sich zu sein, auch wenn die Rüstungsausgaben wieder enorm steigen. Verändert hat sich dagegen die öffentliche Rahmung von **Krieg** und **Gewalt**, die **nicht mehr** als vorübergehende **Relikte** einer Zeit des Kalten Krieges, sondern als konstitutives und unverzichtbares Element der neuen Weltordnung akzeptiert werden. Dabei werden auch mehr oder weniger verdeckte Abhängigkeiten wieder stärker sichtbar und in Kompromissen gebändigte Konkurrenzen brechen auf. Verschiedene Ebenen lassen sich dabei unterscheiden. Einmal die Blockade wichtiger Institutionen neoliberaler Globalisierung wie vor allem die WTO, die die **divergierenden Interessen** von **USA** und **EU**, von Industrie- und Entwicklungsländern immer weniger integrieren kann und die daher in eine Dauerkrise geraten sind. Zudem eine Krise neoliberaler Hegemonie, zwar nicht in allen Ländern (z.B. nicht in der BRD), wohl aber in einigen Regionen der Welt, u.a. auch aufgrund der **Gegenwehr** der globalisierungskritischen Bewegungen, die ihre Folgen sichtbar gemacht haben. Und nicht zuletzt die fehlenden Führungsqualitäten der **USA**, die zwar immer noch als militärische und auch als ökonomische Vormacht auftreten, deren **Hegemoniefähigkeit** aber **strukturell erschüttert** ist. Aufgrund dieser relativen

²⁴ Vgl. den Artikel von Sanou Mbaye in der FR vom 13.01.04.

Schwäche wird militärische Gewalt als Mittel zur Interessendurchsetzung wie der Konfliktaustragung aufgewertet. In welche Richtung dabei die Überlegungen der US-Regierung gehen zeigt das neue Buch des Pentagon-Beraters Richard **Perle**: auch Saudi-Arabien und Frankreich (!) müssten als Rivalen und mögliche Feinde angesehen werden.²⁵ Wenn und weil die Sicherung US-amerikanischer Interessen auf politischem Wege verbaut oder erschwert erscheinen, werden **präventive** Militärschläge und andere militärische Mittel aufgewertet – und sie geraten selbst in den **Horizont der Austragung innerkapitalistischer Konkurrenzen**. Und trotzdem haben wir **nicht** die Situation von vor **1914** vor uns, sondern bislang **nur** ein strategisches Modell der **hardliner** unter den US-Republikanern. Entscheidend ist vielmehr, wie sich das Verhältnis zwischen gemeinsamen Interessen der dominierenden kapitalistischen Staaten und ihrer Konkurrenz entwickelt.

Wie wir am Beispiel des **EU-Erweiterungsprozesses** sehen konnten, hat die USA noch genügend politischen Einfluss, um ein stärker Werden des Konkurrenten hintertreiben zu können. Andererseits könnte die Tendenz zu einem **“Kerneuropa“** unter Führung Deutschlands und Frankreichs die außenpolitische Bedeutung Europas eher erhöhen wie seine militärische Integration vorantreiben. In diesem Kontext ist der Umbau der Bundeswehr zu einer **Interventionsarmee** zu verorten, die in jedem Winkel der Welt zum Einsatz kommen kann. Im Ausspruch von Verteidigungsministers Struck, die deutsche Sicherheit werde **“auch am Hindukusch verteidigt“**, wird der imperiale Anspruch auch ganz offen ausgesprochen – und kaum jemand hat sich darüber noch aufgeregt. Zwar ist die militärische Überlegenheit der USA auf Jahre hinaus noch gegeben. Deswegen ist die Bezeichnung von Panitch und Gindin als **“american empire“** nicht ganz falsch – wenn berücksichtigt wird, dass die **USA** nicht allein ihre **“nationalen Interessen“** oder auch nur die ihres nationalen Kapitals verteidigen, sondern die expansive Tendenz kapitalistischer Globalisierung und ihre destruktiven Folgen im **Ganzen absichern**. Genau gegen diese Dominanz richtet sich aber das Aufbegehren Europas – und deswegen ist es politisch **fatal**, einseitig den **“US-Imperialismus“** anzuklagen und die Rolle **Europas** affirmativ als **Gegengewicht**, gar als Gegenmodell zum Neoliberalismus, zu beschreiben.

In welche Richtung diese Diskussion geht, konnte sehr deutlich an einem Beitrag von Herfried **Münkler** zur **“Botschaft der Athene“** beobachtet werden.²⁶ Athene wird hier als Verkörperung des Prinzips der Sicherung und Kontrolle der Rahmenbedingungen der eigenen Entwicklung eingeführt. Genau in dieser Funktion sei sie ein Modell, das es Europa ermöglichen soll, aus seiner abhängigen und untergeordneten Rolle im Verhältnis zu den USA herauszukommen. Seien diese der **“globale ideelle Gesamtkapitalist“**, dann müsse sich Europa von einer Abhängigkeit befreien, die darin besteht, dass die Versorgung mit strategischen Ressourcen nur durch die USA gesichert werden können. Und dazu bedürfe es eben auch militärischer Anstrengungen. Raus aus der Rolle des Tellerwäschers, der fürs Saubermachen zuständig ist, und hin zur Rolle des (männlichen, kriegerischen) Ernährers, der für die Zufuhr von lebenswichtigen Ressourcen selbst sorgen kann, so die Botschaft von Münkler.

²⁵ Nach einem Artikel des Sydney Morning Herald vom 1. Januar 2004.

²⁶ In der *Frankfurter Rundschau* vom 27.12.2003; www.fr-aktuell.de.

Deutlicher kann man das Bild nicht zeichnen. Gemeinsam haben **Europa** und **USA** die Abhängigkeit von strategischen Ressourcen ebenso wie die Sicherung von Einflussphären zur Kapitalverwertung – die Absicherung der kapitalistischen Expansion. Beide nehmen jedoch bislang in dieser imperialistischen Globalisierung **unterschiedliche Rollen** ein, die gerade im Kontext des Irak-Krieges aufzubrechen scheinen. Wenn Europa dabei immer noch militärisch zu schwach ist, dann liegt es nahe, ein etwas anderes Modell, ein etwas anderes imperiales Projekt zu verfolgen, das mehr auf ökonomische und finanzielle Mittel setzt. Und es erscheint auch rational, den stärkeren Konkurrenten in ein multilaterales Regelsystem einzubinden, weil dadurch seine Handlungsmöglichkeiten beschränkt sind. Genau dies gelingt aber immer weniger – und deshalb muss man andere, verstärkt eigene militärische Wege gehen, um die Abhängigkeiten von den USA zu verringern. Dabei ist aber noch lange nicht gesagt, dass Europa und sein derzeitiges politisches Personal tatsächlich die Kontrolle über die Rahmenbedingungen erreichen kann oder will, wie dies Münkler vorgibt. Nicht nur die wirtschaftlichen, auch die politischen und kulturellen **Verflechtungen** machen dies zunehmend unwahrscheinlich. Aber was tatsächlich intendiert ist – und was durch die euro-nationalistische Rhetorik vieler Intellektueller, die Europa als Gegenprinzip wie Gegengewicht zum bösen Amerika anpreisen, verdeckt wird – ist zumindest zunächst **nur** eine **graduelle** Verschiebung in den Kräfteverhältnissen, oder um es in der Sprache der Diplomatie zu formulieren: mehr außenpolitischer Spielraum zur Verfolgung eigener imperialer Projekte. Deshalb ist eine plakative Anklage der USA oder der Bush-Regierung politisch so fatal; und deshalb sollte die Beliebtheit von Michael Moore in Deutschland und Europa zu denken geben. Man müsste also sehr viel genauer **verschiedene imperiale Projekte auseinander** halten und **auch** die **Möglichkeit imperialer Konkurrenz nicht vorschnell ausschließen**, trotz der wieder mehr devoten Haltung der Bundesregierung gegenüber der US-Regierung. Und man darf nicht aus den Augen verlieren, dass eine imperialistische Strategie **nach Außen** durch eine imperialistische Strategie **nach Innen** ergänzt wird. Insofern ist die Unterwerfung sozialer Verhältnisse unter die Imperative der Kapitalakkumulation, wie sie im derzeitigen “Umbau des Sozialstaats“ erfolgt, tatsächlich nur die Kehrseite einer Inwertsetzung externer Ressourcen.

Literatur:

- Alnasser, Sabah (2004): Periphere Regulation, Münster: Westfälisches Dampfboot
- Barnett, Thomas P.M. (2003), Die neue Weltkarte des Pentagon, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/03, 554-564
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse, mit Beiträgen von Karin Blank, Joachim-Hirsch und Markus Wissen, Münster: Westfälisches Dampfboot
- Buckel, Sonja (2004): Die Kontrolle der globalen Favelas: vom Zustand der “Weltinnenpolitik”, in: Sabine Jaberg/Peter Schlotter (Hg.), Imperiale Weltordnung? - Trends des 21. Jahrhunderts, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (AFK-Friedensschriften Bd. 32) (i.E.)
- Gill, Stephen (2003), Power and Resistance in the New World Order, New York: Palgrave Macmillan
- Görg, Christoph/Wissen Markus (2003): National dominierte globale Herrschaft. Zum Verhältnis von Uni- und Multilateralismus in der “Neuen Weltordnung“, in: Prokla 133, 33. Jg., Heft 4/2003, S. 625-644
- Hardt, Michael und Antonio Negri (2002), Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt/New York: Campus.
- Harvey, David (1997): Betreff Globalisierung, in: S.Becker u.a. (Hg): Jenseits der Nationalökonomie?, Berlin/Hamburg: Argument, S. 28-49
- Harvey, David (2003): The ‘New’ Imperialism: Accumulation by Dispossession, in: Leo Panitch and Colin Leys (Eds), The New Imperial Challenge. Socialist Register 2004, London: Merlin Press, pp 63-87
- Hirsch, Joachim (1980): Der Sicherheitsstaat. Das “Modell Deutschland“, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen. Frankfurt/M.
- Ignatieff, Michael (2003), Empire Lite, Toronto: Penguin
- Kößler, Reinhard (2003): Imperialismus und Globalisierung, in: Prokla 133, 33. Jg., Heft 4/2003, S. 521-544
- Lutz, Burkhardt (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt/New York
- Marx, Karl (1976): Das Kapital, Marx-Engels-Werke Bd. 23, Berlin/DDR
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1844): Das Manifest der kommunistischen Partei, in Marx-Engels-Werke Bd. 4, Berlin/DDR
- Narr, Wolf-Dieter (2003): Introvertierte Imperialismus und ein angstgeplagter Hegemon, in: Prokla 133, 33. Jg., Heft 4/2003, S. 575-598
- Paech, Norman (2003): Imperialismus und Völkerrecht. Von der Monroe- zur Bush-Doktrin, in: S.Albrecht u.a. (Hg): Die Welt zwischen Recht und Gewalt, Hamburg: VSA
- Panitch, Leo und Sam Gindin (2003), Global Capitalism and American Empire, in: Leo Panitch and Colin Leys (Eds), The New Imperial Challenge. Socialist Register 2004, London: Merlin Press, pp 1-42
- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2003b): Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus, in: M.Beckmann u.a. (Hg): Euro-Kapitalismus und globale politische Ökonomie, Hamburg: VSA
- Poulantzas, Nicos (2001): Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat, in: J.Hirsch u.a.: Die Zukunft des Staates, Hamburg: VSA
- Poulantzas, Nicos (2002), Staatstheorie, Hamburg: VSA.

Das finanzdominierte Akkumulationsregime: Theoretische Begründung und Reichweite

Von François Chesnais

Den folgenden Beitrag entnehmen wir dem kürzlich erschienenen Buch "Die globale Enteignungsökonomie", herausgegeben von Christian Zeller, Attac Schweiz (Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2004, <http://www.dampfbootverlag.de>, ISBN: 3-89691-549-5.) Der Band enthält aktuelle Analysen vor allem aus dem französischen Sprachraum zum Thema "Globalisierung und Krieg". Der (hier gekürzte) Aufsatz von François Chesnais behandelt die Lage auf den amerikanischen Finanzmärkten und die Reproduktion des US-amerikanischen Kapitals. "Interne und externe Defizite als Bedingung des US-amerikanischen Wachstums" lautet ein Zwischentitel dieses Textes, der einen Beitrag zur Analyse der Bedingungen darstellt, unter denen die Bush Administration ihr imperialistisches Projekt durchsetzt. (Red.)

Wie den Begriff "Akkumulation" mit der Bezeichnung "finanzgetrieben" verbinden?

Meine Verwendung des Begriffs des "Akkumulationsregimes" hat einen Teil meiner Leserschaft, die mir theoretisch und/oder politisch nahesteht, erstaunt oder gar schockiert. Denn dieser Ausdruck besitzt, zumindest in Frankreich, eine starke regulationstheoretische Konnotation. Zudem scheint es einigen LeserInnen schwierig, von Akkumulation zu reden, wenn das Finanzkapital die Zügel in der Hand hält. Bevor ich erläutere, inwiefern sich mein Gebrauch des Begriffs von einer orthodoxen regulationstheoretischen Position unterscheidet, mache ich jedoch einige Präzisierungen zum Begriff der "Kapitalakkumulation" und ihrem Verhältnis zum Geldkapital.

Die Vorstellung, dass das Geldkapital zumindest zeitweise eine dominante Position einnehmen kann, stammt von Marx, insbesondere seinen Bemerkungen am Anfang im 2. Band des Kapitals, welche die unvollendeten Kapitel über das Finanzkapital im 3. Band vorbereiten. Marx schreibt: "Das industrielle Kapital ist die einzige Daseinsweise des Kapitals, worin nicht nur Aneignung von Mehrwert, resp. Mehrprodukt, sondern zugleich dessen Schöpfung Funktion des Kapitals ist". Weiter: Und die anderen Arten von Kapital – Warenkapital und Geldkapital – "bewegen sich nur noch auf (der) Grundlage (des industriellen Kapitals)". Jedoch: "**Alle Nationen kapitalistischer Produktionsweise werden daher periodisch von einem Schwindel ergriffen, worin sie ohne Vermittlung des Produktionsprozesses das Geldmachen vollziehen wollen.**" Warum? "Eben weil die Geldgestalt des Werts seine selbständige, handgreifliche Erscheinungsform ist, drückt die Zirkulationsform $G \dots G'$, deren Ausgangspunkt und Schlusspunkt wirkliches Geld, das Geldmachen, das treibende Motiv der kapitalistischen Produktion, am handgreiflichsten aus." Marx hält fest: "Der Produktionsprozess erscheint nur als unvermeidliches Mittelglied, als notwendiges Übel zum Behuf des Geldmachens." (Marx 1885: 61) Als er diese Zeilen schrieb, dauerte der "Schwindel" nur so lange wie das Ende einer Boomphase des "klassischen" zehnjährigen industriellen Zyklus. Kann aber dieser "Schwindel" unter bestimmten his-

torischen Bedingungen nicht größere Ausmaße und zeitweise einen strukturellen Charakter annehmen? Warum sollte die folgende Hypothese nicht geprüft werden: Die Entstehung von politischen und sozialen Verhältnissen und machtvollen Institutionen, die für das konzentrierte finanzielle Anlagekapital günstig sind, hat zum Versuch geführt, den 'Schwindel' für eine längere Dauer als bis zum Ende einer Boomphase zur Existenzweise des Kapitals zu machen?

Schließt die Dominanz des Finanzkapitals die Akkumulation aus? Sind die beiden Begriffe unvereinbar? Ist die von Lenin (1917) entwickelte Theorie des Imperialismus nicht bereits eine Theorie, in der die Akkumulation dem von Hilferding (1910) analysierten Finanzkapital unterstellt ist und sich in einem globalisierten Rahmen vollzieht?²⁷ Bei aufmerksamer Lektüre von Marx und den wichtigsten TheoretikerInnen des Imperialismus wird klar, dass der Begriff Akkumulation mindestens drei verschiedene Mechanismen bezeichnet. Diese können sich überschneiden und daher in einander übergehen (wie es oft der Fall war), sie sind jedoch klar von einander zu unterscheiden, sowohl auf konzeptueller Ebene wie auch bezüglich ihrer sozialen Auswirkungen. Der Begriff der Akkumulation meint gleichzeitig das **Anwachsen** von Mitteln und **Produktionskapazitäten** durch Investitionen und die **Ausweitung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse** auf Länder oder Sektoren und soziale Aktivitäten, die diesen Verhältnissen noch nicht unterworfen waren.²⁸

Akkumulation in diesem zweiten Sinn, d.h. die räumliche und/oder soziale Ausweitung der Warenbeziehungen und der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, zeigt sich in Prozessen wie der Enteignung der Produzenten, die noch einen unmittelbaren Bezug zu ihren Produktionsmitteln haben, Integration (oder im Fall der bürokratisierten Staaten die Wiederintegration) von Ländern in die Sphäre des Marktes oder die Eingliederung von nicht-warenförmigen Aktivitäten in die Sphäre der kapitalistischen Verwertung (beispielsweise Hausarbeit oder Aktivitäten, die vom Staat als öffentliche Dienstleistungen organisiert werden). In dieser Definition ist die Akkumulation von entscheidender Bedeutung, sowohl für das finanzdominierte Akkumulationsregime wie auch für die Formen von Globalisierung, die durch Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung ermöglicht werden. Seit zwanzig Jahren ist die Tendenz zur "Verwandlung der Welt in eine

²⁷ Siehe meinen Beitrag über die Beziehungen zwischen der Theorie der Globalisierung des Kapitals und der Arbeit Lenins (Chesnais 1999). In diesem Text habe ich auch die Idee vertreten, dass Herausbildung, Funktionsweise und Krise der verschiedenen Akkumulationsregime eine Hilfe bei der analytischen Gliederung des Stadiums des Imperialismus in Phasen oder Perioden darstellen. Auf Grund der Dauer dieses Stadiums sind die MarxistInnen gezwungen, das gemeinsame Element der aufeinander folgenden Phasen dieses Stadiums zu analysieren, aber auch Unterschiede herauszuarbeiten.

²⁸ Die am besten verständliche Einführung in diese Dimension ist vielleicht in den letzten Kapiteln von *Die Akkumulation des Kapitals* von Rosa Luxemburg enthalten (Luxemburg 1913).

Ware“ sehr viel stärker als die Ausweitung der Produktionskapazitäten.

Eine dritte Dimension der Akkumulation kann ohne neue Investitionen, oder durch eine entmaterialisierte “neue Investitionsformen“²⁹ geschehen: **Aneignung, Abschöpfung** und **Zentralisierung** von Teilen des in anderen sozialen Organisationsformen erzeugten Werts und Mehrwerts durch neue, finanziell, organisatorisch oder institutionell kräftigere Akkumulationszentren. Dabei kann es sich um die historisch gut erforschte bäuerliche Form handeln, die aus vor- oder frühkapitalistischen Verhältnissen entstand. Heute geht es auch um den innerhalb der modernen Wirtschaftssphäre zu Lasten anderer kapitalistischer Unternehmen abgeschöpften Wert, wie z.B. im Fall der Zuliefererbetriebe, die für Großkonzerne arbeiten. Die **Zentralisierung** durch Unterwerfung und Aneignung ist eine **Modalität der Akkumulation**. Daher existiert Akkumulation auch ohne Investitionen im Sinn der Schaffung von neuen Kapazitäten. Akkumulation kann in gewissen Teilen des Systems zu Lasten anderer Teile geschehen, und zwar über bestimmte Arten von Monopolen oder Monopsonen, kombiniert mit “organisatorischer Innovation“. Dies sind Konfigurationen, die heute den Kern der finanzgetriebenen Akkumulation bilden.

Das Finanzkapital und der Aufstieg des zinstragenden Kapitals (der Gläubiger im Sinn von Orléan) zu einer vorherrschenden Stellung im Unternehmenskapital als Ausgangspunkt für die Analyse zu nehmen, bedeutet keineswegs, dass die theoretische Aussage über die grundlegende Rolle der Abschöpfung von Mehrwert und der Ausbeutung der Arbeitenden im Akkumulationsprozess fallengelassen wird. Im Gegenteil, denn das Verständnis der Bedeutung der “*corporate governance*“ ist (neben der internationalen Konkurrenz, in der die Lohnabhängigen durch die Liberalisierung von Handel und Investitionen gebracht werden) ein wichtiges Element zur Analyse der **neuen Konfigurationen der Abschöpfung des Mehrwerts** durch Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeit. Der Manager eines Pensionsfonds oder einer Investmentgesellschaft, der eine neue *corporate governance* durchsetzt, gehört zu einer neuen ökonomischen Kategorie: die Kategorie des Finanzkapitalisten oder des “aktiven“ Rentiers, der dafür sorgt, dass die Konzernführungen gemäß den Interessen des zu verwertenden Kapitals handeln.³⁰ Dieser Ansatz ist eng mit einer grundlegenden methodischen Entscheidung verbunden: Die Entscheidung, die Nutzung neuer Technologien nicht unter dem Aspekt eines neutralen “technischen Fortschritts“ zu analysieren, der angeblich zu durchwegs positiv beurteilten Veränderungen führen würde, die an Hand des abstrakten Faktors (oder Indikators) der “Produktivitätswachstumsrate“ gekennzeichnet werden. Im Unterschied zu einer solchen Haltung stützt sich der hier verfolgte Ansatz auf die Erhöhung der **Ausbeutungsrate**, welche die Befriedigung der Ansprüche des zinstragenden Kapitals in der Form von Zinsen und Dividenden vorübergehend ermöglicht. Diesbezüglich hat die neue *governance* der institutionellen Aktionäre sicherlich die Um-

²⁹ Siehe dazu meine Darlegung dieses von C. Oman am OECD-Entwicklungszentrum popularisierten Begriffs (Chesnais 1997a: 99ff).

³⁰ Im 3. Band des Kapitals in den Kapiteln 21, 23 und 24 stellt Marx mehrmals den “aktiven Kapitalisten“ dem “Geldkapitalisten“ gegenüber, der zu einem “passiven Kapitalisten“ wird (Marx 1894). Dies trifft auf die derzeitigen Manager von Pensionsfonds nicht zu, denn diese stellen eine Verbindung zwischen Finanzsektor und Industrie her, in der die alltägliche Präsenz der Financiers weit drückender ist als im Fall des nach Hilferding (1910) analysierten Bankkapitals.

setzung eines neuen Lohnverhältnisses durch die Unternehmensleitungen beschleunigt. Dadurch wurden auch organisatorische Veränderungen erleichtert, die unabdingbar sind für eine höhere Ausbeutungsrate.

Die Theorien der “Autonomie der Finanzkapitals“ und des “fiktiven Kapitals“

Die Theorie der “Autonomie des Finanzkapitals“, das heißt des Finanzkapitals als “selbständiger“ Kraft gegenüber den anderen Akteuren des Wirtschaftsprozesses, also gegenüber der Gesellschaft als solcher, sollte zwischen MarxistInnen und AnhängerInnen der Regulationstheorie diskutiert werden. Vor dem Erscheinen von *Pouvoir de la finance* von André Orléan (1999) war die einzige Präsentation dieser Frage bei Marx zu finden. Im 2. und vor allem im 3. Band des Kapitals untersuchte Marx an bisher wenig beachteten Stellen³¹ die Art, wie sich das Finanzkapital nach einer Übergangsphase, in der sie dem produktiven industriellen Kapital und seinen Bedürfnissen vollkommen untergeordnet ist, wieder als “selbständige“ Kraft aufbaut. Dies geschieht wenn “ein Teil des Bruttoprofits sich allgemein als Zins verknöchert und verselbständigt“. Ab diesem Zeitpunkt gilt: “Ob der industrielle Kapitalist mit eigenem oder geborgtem Kapital arbeitet, ändert nichts an dem Umstand, dass ihm die Klasse der Geldkapitalisten als eine besondere Sorte Kapitalisten, das Geldkapital als eine selbständige Sorte des Kapitals und der Zins als die diesem spezifischen Kapital entsprechende selbständige Form des Mehrwerts gegenübersteht.

Qualitativ betrachtet ist der Zins Mehrwert, den das bloße Eigentum des Kapitals liefert, den das Kapital an sich abwirft, obgleich sein Eigentümer außerhalb des Reproduktionsprozesses stehbleibt, den also Kapital abgesondert von seinem Prozess abwirft.“ (Hervorhebung im Original) (Marx 1894: 389f).³²

Das “vom Prozess abgesonderte Kapital“ ist das Kapital, für das der Wertpapiermarkt die operationelle Grundlage bildet. André Orléan (1999) hat, nach Keynes, begonnen, eine zeitgenössische Theorie dieses Kapitals zu formulieren. Marx hatte Ansätze einer solchen Theorie in einer Phase der beginnenden Akkumulation von Finanzkapital entworfen, in der die Geldkapitalisten ihre “Selbständigkeit“ erlangten.³³ Orléan

³¹ Diese Unkenntnis liegt an einer “produktivistischen“ Lesart des Kapitals, bei der die “Entwicklung der Produktivkräfte“ im Zentrum steht, welche mit der Akkumulation von “realem“ Kapital und der Expansion der Lohnarbeit in Verbindung gebracht wird und dem Kapitalismus als ewig währende Eigenschaft zugesprochen wird. Diese Sicht ist mit einer Vernachlässigung (oder gar Verneinung) der finanziellen Akkumulation verbunden, die als parasitäre Erscheinung keinerlei “Fortschrittsperspektive“ eröffnet. Diese Haltung führte die grosse Mehrheit der MarxistInnen dazu, die Stelle im 3. Band des Kapitals, an der die Theorie des “Selbständigkeit der Finanz“ dargelegt wird, praktisch außer Acht zu lassen. Diese Theorie wird dort in den zwei erwähnten Dimensionen erörtert; die eine Dimension wird in vollendender Form dargelegt, die zweite in Form von Notizen zum Begriff des “fiktiven Kapitals“.

³² Meine Kritiker unter den Marxisten mache ich darauf aufmerksam, dass Marx das Wort “selbständig“ nicht einmal in Anführungszeichen setzte, wie wir es heute in der Regel tun.

³³ Die Herausbildung einer “Finanzkapitals“ im Sinne Hilferdings, das aus verschiedenen Fusionsmodalitäten zwischen dem industriellen Kapital und dem Geldkapital und insbesondere dem Kapital der Banken entsteht, bedeutet nicht, dass die Dualität des Kapitals, seine Gliederung in “Kapitaleigen-

setzt diese Arbeit in einer Zeit fort, in der sich dieser Prozess massiv verstärkt. Als Marx seine Überlegungen zu Papier brachte, waren die Sekundärmärkte einschließlich des Börsenmarktes noch nicht sehr weit entwickelt, selbst in London nicht. Die Macht des Finanzsektors drückte sich vor allem in Form von Darlehen und Zinsen (deren Satz jedoch bereits unabhängig von der Profitrate festgelegt wurde) aus. Heute liegt der Sitz dieser Macht hingegen hauptsächlich in den Sekundärmärkten, insbesondere in den Aktienmärkten.

Die Autonomie des Finanzsektors ist gleichzeitig ein **gewichtiges** institutionelles Konstrukt, das von sämtlichen materiellen und symbolischen Kräften der zeitgenössischen kapitalistischen Gesellschaft gestützt wird,³⁴ und ein **Trugbild**. Marx sagt dazu: "In G - G' haben wir [...] die Verkehrung und Versachlichung der Produktionsverhältnisse in der höchsten Potenz: [die] Fähigkeit des Geldes, resp. der Ware, ihren eignen Wert zu verwerten, unabhängig von der Reproduktion – die Kapitalmystifikation in der grellsten Form." (Marx 1894: 405). Ungeachtet der Höhe der Mittel, die für die Erhaltung der Vorherrschaft der Finanzmärkte eingesetzt werden, kann diese Vorherrschaft die Zwänge und Widersprüche der "realen", unmittelbaren Sphäre nicht transzendieren. Die Autonomie ermöglicht dem finanziellen Anlagekapital oder der "konzentrierten Ersparnis", sich gegenüber dem in der Produktion engagierten Kapital und also auch gegen die Arbeit zu behaupten und eine Beteiligung an der Gewinnverteilung zu fordern und durchzusetzen, die ausschließlich durch das Eigentum an Vermögen legitimiert ist und deren Empfänger die Bedingungen selbst festlegen. Die unmittelbare Form dieses Vorgangs ist die Aneignung eines Teils des Profits und sein eigentlicher Ursprung eine höhere Mehrwerttrate. Wenn man sich jedoch Wert und Mehrwert aneignen will, so müssen diese **vorgängig in genügender Menge produziert werden**. Dies bedeutet, dass der Zyklus des Kapitals vollendet und die Produktion kommerzialisiert werden müssen. Hier liegt eine wichtige Einschränkung der Autonomie des Finanzsektors.

Eine weitere Einschränkung der Autonomie hängt mit den fiktiven Dimensionen des konzentrierten Geldkapitals zusammen, das auf den Finanzmärkten verwertet wird. Der fiktive Charakter der finanziellen Vermögenswerte zeigt sich an den Formulierungen der Wirtschaftsmagazine, die etwa lauten: "Seit März 2000 sind bereits zweitausend Milliarden Dollar aus dem Vermögen der amerikanischen Haushalte verschwunden" (*The Economist* 2000a: 79).³⁵ Nur ein Vermögen, das ausschließlich virtuell auf Grund der spezifischen Institution des Sekundärmarktes existierte, kann auf diese Weise "verschwinden". Marx ist der einzige "großen Ökonom" (einer der im Sinne von Schumpeter eine umfassende Interpretation des Kapitalismus lieferte), in dessen Analyse diese Art von "Kapital" berücksichtigt wurde. Marx identifiziert zu sei-

tum, **abgesehen** vom Produktionsprozeß [...] und prozessierende[s], im Produktionsprozeß **wirkende[s]** Kapital" ausser acht gelassen werden darf (Marx 1894: 387).

³⁴ Diese Kräfte umfassen die Liquidität, die sich die institutionellen Investoren so lange wie möglich auf den Wertpapiermärkten erhalten wollen, da sie diese als ihre wichtigste operationelle Basis anerkennen (vor allem Wall Street), aber **auch** die bedingungslose Unterstützung der Zentralbank der Vereinigten Staaten, der Fed, wie auch, auf einer anderen Ebene, die Unterstützung des amerikanischen Staats und des Pentagons. Siehe dazu die Arbeiten von Claude Serfati (u.a. in diesem Band sowie 2001; 2003).

³⁵ Siehe dazu ein Artikel in *Business Week*, 26. März 2001, in dem von einem "Akt des Verschwindens" (*disappearing act*) gesprochen wird.

ner Zeit **drei** Arten von fiktivem Kapital: Aktien, Staatsanleihen, aber auch der Kredit, insbesondere der von Suzanne de Brunhoff so benannte "Bankkredit" (Brunhoff 1967).³⁶ Bezüglich der Aktien, die uns besonders interessieren, schreibt Marx: "Die Eigentumstitel [...] geben nur Rechtsansprüche auf einen Teil des von demselben zu erwerbenden Mehrwerts. Aber diese Titel werden ebenfalls papierne Duplikate des wirklichen Kapitals, wie wenn der Ladungsschein einen Wert erhielte neben der Ladung und gleichzeitig mit ihr. Sie werden zu nominellen Repräsentanten nicht existierender Kapitale. [...] Aber als Duplikate, die selbst als Waren verhandelbar sind und daher selbst als Kapitalwerte zirkulieren, sind sie illusorisch, und ihr Wertbetrag kann fallen und steigen ganz unabhängig von der Wertbewegung des wirklichen Kapitals, auf das sie Titel sind." (Marx 1894: 494, vgl. auch Kapitel 31).

Diese Vorstellung sollte vervollständigt werden. "Vermögen" oder "Kapital", das aus Wertpapieren besteht, ist weitgehend **fiktiv**. Es besteht aus Forderungen, d.h. aus Versprechen bezüglich zukünftiger produktiver Aktivität, die auf einem besonderen Markt gehandelt werden, der den "Preis" dieser Forderungen nach spezifischen Mechanismen und Konventionen festlegt. Die Bildung eines "Vermögens" oder "Kapitals" dieser Art kann auch – in unterschiedlichem Grad – mit der vorgängigen Schaffung von fiktivem Kapital in Kreditform verbunden sein. Im Hinblick auf den Erwerb von Wertpapieren werden Darlehen gewährt und Schuldenketten gebildet. Fällt der formelle Wert dieser Titel in sich zusammen, so tritt der fiktive Charakter der Forderungen auf den Konten der Banken klar zutage. Das Wesen des fiktiven Kapitals macht seine Evaluation schwierig und fluktuierend. Eine Hilfe bieten Indikatoren, die eine Vorstellung der Größenordnung der Finanzmärkte und der Finanzaktiva in der Wirtschaft liefern. Die Liste dieser Indikatoren ist lang und ihre Aussagekraft begrenzt. Diese Indikatoren³⁷ sind einerseits Ausdruck der te-

³⁶ In diesem Werk ist eine Präsentation der Theorie des fiktiven Kapitals enthalten, deren Aktualisierung durch die Autorin wünschenswert wäre. Die Aktualität der Theorie des fiktiven Kapitals von Marx wird auch von Robert Guttman (1994) anerkannt.

³⁷ Dazu können verschiedene Beispiele genannt werden. Ein häufig benutzter Indikator ist der Nominalwert der Aktiven, über welche die institutionellen Investoren verfügen. Bei den amerikanischen Pensionsfonds ist dieser Wert von 2533 Milliarden Dollar im Jahr 1990 auf 7162 Milliarden Dollar für das Jahr 1998 gestiegen. Bei den Mutual Funds erfolgte ein Anstieg von 1155 Milliarden Dollar im Jahr 1990 auf 5088 Milliarden Dollar im Jahr 1998 (OECD 2001: tables S3 und S4). Die Höhe der Aktiven wird auf Grund ihres Marktpreises berechnet und ist daher nicht unabhängig vom Wachstum der Börsenkapitalisierung. Im Fall des wichtigsten Marktes (NYSE – New York Stock Exchange) hat die Börsenkapitalisierung ein exponentielles, aber regelmässiges Wachstum erfahren. Die Börsenkapitalisierung ist von 4,500 Milliarden Dollar im Jahr 1994 auf mehr als 12 000 Milliarden Anfang 2000 gestiegen. Hingegen war bei der NASDAQ ab Ende 1998, nach der verflochtenen Angst vor den Auswirkungen der russischen Krise auf Wall Street und den Befürchtungen einer gravierenden Krise in Brasilien, ein zügelloses Ansteigen der Spekulation zu verzeichnen, das zu einer starken Zunahme der nominalen Kapitalisierung führte. Diese betrug im Jahr 1994 1000 Milliarden Dollar, Ende 1998 2,500 Milliarden Dollar und Anfang 2000, vor Beginn des Niedergangs, mehr als 5 000 Milliarden. Das Volumen des täglichen Handels ist ein weiterer Indikator des angehäuften fiktiven Kapitals. An der NYSE entwickelte sich das Handelsvolumen von 250 Millionen Dollar im Jahr 1994 auf mehr als 1 Milliarde im Jahr 2000. Bei der NASDAQ ist ein

sonderen wirtschaftlichen Macht über die produktive Aktivität, die aus dem Wertpapierbesitz der Finanzmärkte erfolgt, und andererseits spiegeln sie eine einfache "Blase", d.h. eine rein fiktive Kapitalakkumulation. Wenn Börsenkrachs oder finanzielle Zusammenbrüche größeren Ausmaßes eintreten, wird dieser fiktive Charakter offensichtlich. Die Auswirkungen dieser Wertzerstörung auf die reale Wirtschaft können katastrophal sein, insbesondere wenn sie die andere wichtige Form von fiktivem Kapital destabilisieren, nämlich die Forderungen aus älteren, mittel- und langfristigen Bankkrediten an Industrie und Immobilien. Dies ist in Japan nach dem Krach von 1990-91 und bis heute der Fall

Akkumulationsregime und Bedingungen der erweiterten Reproduktion

Die Autoren, die auf dem Gebiet des finanziarisierten Akkumulationsregimes forschen, sind sich in der Feststellung einig, dass die Vereinigten Staaten von Amerika das wichtigste oder gar das einzige Objekt ihrer Beobachtung und Analyse darstellen. Die USA sind die einzige Ökonomie, in der sich das neue Regime genügend verankern konnte, um Aussagen über seine interne Lebensfähigkeit – d.h. über die Auswirkungen des offenen Zusammenbruchs der Nasdaq und des schleichen den Krachs der NYSE (New York Stock Exchange) – zu ermöglichen. Zusätzlich kann die Untersuchung der Wirtschaftsbeziehungen der USA mit der restlichen Welt zur Klärung der entscheidenden Frage nach dem Grad der "Übertragbarkeit" des neuen Regimes auf andere Ökonomien, und sei es nur auf die anderen beiden Pole der Triade, beitragen.

Die Bezeichnung "*Regime des Vermögensbesitzes*", die Michel Aglietta mit dem "Wachstumsregime" verbindet (dieser Begriff ist für ihn gleichbedeutend mit "Akkumulationsregime") ist nicht unzutreffend. Damit wird die Tatsache betont, dass eine rein finanzielle Akkumulation gigantischen Ausmaßes entsteht. Bei dieser Akkumulation behält das Kapital die Geldform (Marx) oder zeigt eine sehr starke oder gar ausschließliche Neigung zur Liquidität (Keynes). Die Verwertung von Finanzvermögen durch Vermögensverwalter steht im Zentrum des finanzdominierten Akkumulationsregimes. "Vermögensverwaltung" und "Unternehmergeist" sind kaum vereinbare Vorstellungen, selbst in ihrer vorherrschenden Konzeption (siehe u.a. Maarek 1997). Sofern man sich auf die Theorie des "zinstragenden Kapitals" und der Geldrente stützt, so dass der Begriff der Vermögensverwaltung seinen vollen Sinn entfaltet, und das Wort "Unternehmen" sich auf die produktive Akkumulation bezieht, werden die beiden Begriffe unvereinbar.

Die "Autonomie" (siehe weiter oben), die das finanzielle Anlagekapital errungen hat, ermöglicht diesem Kapital, sich gegenüber dem in der Produktion engagierten Kapital und also auch gegen die Arbeit zu behaupten und eine Beteiligung an der Gewinnverteilung zu fordern und durchzusetzen, die ausschließlich durch das Eigentum an Vermögen legitimiert ist. Dabei handelt es sich um ein "rententragendes Kapital", insofern es sich durch Abschöpfung primärer Erträge verwertet und vergrößert, welche entweder durch steuerliche Mechanismen und den öffentlichen Schuldendienst, oder aber durch Zins- und Dividendenzahlungen aufgrund einer Teilung des Profits zustande kommen. Im letzteren Fall ist die Rente die

Anstieg von ebenfalls 250 Millionen Dollar im Jahr 1994 auf 1,7 Milliarden im Jahr 2000 zu verzeichnen (*The Economist 2000b*).

Abschöpfung eines Teils des Profits, welche die Steigerung der Mehrwerttrate, aber auch eine genügende Akkumulation von produktivem Kapital erfordert, dessen sektorielle Zusammensetzung die erweiterte Reproduktion des Kapitals wirklich stützen kann.³⁸ Die Aneignung des Mehrwertes setzt seine Produktion durch die Ausbeutung der lohnabhängigen Arbeit voraus. Dafür müssen zwei Bedingungen erfüllt sein. Erstens muss der Kapitalzyklus für die zahlreichen, dem Rentabilitätswang ausgesetzten Kapitalien vollendet sein. Die geschaffenen Waren müssen also kommerzialisiert und der Profit realisiert werden, und zwar nicht auf einer virtuellen, sondern auf der realen Ebene. Der rentengestützte Konsum der Empfänger von Dividenden und Zinsen wird den Anteil der effektiven Nachfrage niemals kompensieren, der durch die verursachte Erwerbslosigkeit unter den Lohnabhängigen in den Städten oder durch die den Gemeinschaften der ländlichen Bevölkerung aufgezwungene absolute Verarmung wegfällt, die zuvor ihre eigene Reproduktion sichern und eine gewisse kaufkräftige Nachfrage auf dem Markt darstellten.³⁹

Die zweite Bedingung, die für eine gewisse Dauerhaftigkeit der parasitären Abschöpfung des Finanzbereichs zu Lasten der Industrie erfüllt werden muss, betrifft die Qualität der Investitionen. Seit den 1990er Jahren haben Liberalisierung und Deregulierung, insbesondere zur Flexibilisierung der Arbeit, die teilweise beträchtliche Wiederherstellung der Profitraten der kapitalistischen Konzerne ermöglicht. Was die erweiterte Reproduktion des Kapitals angeht, so verharrete die Akkumulationsrate jedoch auf niedrigem oder sehr niedrigem Niveau.⁴⁰ Diesen zentralen Komponenten der aktuellen Wirtschaftslage kommt eine große Bedeutung zu. Das Gesamtvolumen des geschaffenen Werts stützt sich nicht nur auf das Niveau der Ausbeutung der Arbeitskraft (Mehrwerttrate). Gleich wichtig oder noch wichtiger ist die Gesamtmenge an Kapital, das in die Produktion von Wert und Mehrwert einfließt. Diese Menge ist jedoch tendenziell gesunken. Die permanente, latente Überproduktion, die bei jedem Systemversagen in eine offene Überproduktion ausartet, ist nur eine der Spielarten eines sehr langsamen Akkumulationsregime, in dem das kapitalistische System als Ganzes zu wenig Wert und daher auch zu wenig Mehrwert produziert – selbst angesichts der breiten Wiedereinführung von Kinderausbeutung und der weltweiten Intensivierung der Ausbeutungsrate.

Das langsame oder in manchen Fällen extrem langsame weltweite Wachstums (zwischen 1991 und 2000 betrug das Wachstum weltweit jährlich nur 2,6%, in den drei folgenden Jahren fiel es gar auf 1,7% (World Bank 2003: Tab. A8) bildet den Hintergrund für die verbissene Anstrengung der wichtigs-

³⁸ *Anm. CZ.:* Die Industrie kann in zwei Abteilungen unterschieden werden. Abteilung I umfasst die Produktionsgüterindustrie und Abteilung II bezeichnet die Konsumgüterindustrie. Siehe hierzu auch die erläuternde Fußnote 3 im Beitrag von Husson in diesem Band.

³⁹ Wenn, wie in Europa, der Staat und die Institutionen eine soziale Absicherung – und sei diese noch so geschwächt – bieten, um die entstehende Kluft teilweise zu überbrücken, besteht die Konjunktur aus verschiedenen "Gleichgewichten der Unterbeschäftigung" im Sinne von Keynes. In Ländern wie den Staaten Zentralamerikas, in den Karibischen Inseln oder in den Andenländern geht dieser Prozess mit der Verarmung der Bauern und ihrem faktischen Ausschluss aus dem formellen Markt einher.

Anm. CZ.: Zu den sehr widersprüchlichen Konsequenzen dieser Entwicklung für die Frauen siehe den Artikel von Stéphanie Treillet in diesem Buch.

⁴⁰ *Anm. C.Z.:* Vergleiche hierzu die Berechnungen und Feststellungen von Husson in diesem Band.

ten kapitalistischen Länder, ein generelles Regime der Handelsliberalisierung samt Abbau der Stützung der Industrie und – außerhalb der zentralen kapitalistischen Länder – der Beihilfen an die Landwirtschaft zu verwirklichen, um Privatisierungen und den Ausverkauf der öffentlichen Dienste auch in diesen Ländern durchzusetzen. Wenn Erträge, Nachfrage und folglich auch der Markt stagnieren oder nur noch schwach wachsen, wird die internationale Ausweitung des Wettbewerbs zwischen Unternehmen unterschiedlicher Dimension und Produktivität im Zuge der Handelsliberalisierung praktisch das einzige Mittel für die stärksten Unternehmen, ihre Marktanteile zu Lasten der in den Konkurs getriebenen Konkurrenten zu vergrößern.

(...)

Interne und externe Defizite als Bedingung des US-amerikanischen Wachstums

Die Börsenhausse hat zudem von weiteren wichtigen, gegenüber dem Markt im engeren Sinn exogenen Faktoren profitiert, welche die Entstehung und Aufrechterhaltung der Blase ermöglicht haben. Es ist zunächst zu bezweifeln, dass die USA ohne die Intervention der *Fed* (*Federal Reserve* – Notenbank der USA) und die massive Bereitstellung von Krediten, welche die *Fed* zu gewissen Zeitpunkten angeregt und während des ganzen Jahrzehnts stillschweigend geduldet hat, eine “permanente” Börsenhausse erlebt hätten. Die den Aufwärtstrend stimulierenden Konventionen haben sich immer deutlicher auf solche Elemente gestützt. Die schärfsten KritikerInnen der US-amerikanischen Währungspolitik, die im Übrigen gegenüber dem Realitätsgehalt der *new economy* skeptisch geblieben waren, haben in den letzten Jahren betont, wie sehr seit 1992 der Aufschwung und später die zyklische Expansion durch eine sehr schnelle Kreditexpansion und der vorhandenen Geldmenge im weitesten Sinn (M3)⁴¹ begünstigt oder gar verursacht wurden (siehe insbesondere Blanqué 1999; *The Economist* 1999b: 30). Die Geldmenge ist zwischen 1995 und 1997 durchschnittlich um mehr als 5% pro Jahr angewachsen. In den Jahren 1998 und 1999 hat sie um 9% zugenommen. Zum Zeitpunkt des drohenden Krachs von Wall Street im Oktober 1998 erreichte die M3-Expansionsrate 12%.

Hinzu kam die vielleicht entscheidende Rolle der Außenwirtschaftsbeziehungen. Es ist unmöglich, die makroökonomischen Leistungen und die Ergebnisse der Börsen der USA von den drei Defiziten oder Ungleichgewichten zu trennen, die eng zusammenhängen. Nur die USA können sich diese leisten, ohne die “Sanktion der Märkte” auf sich zu ziehen und im Gegenteil von diesen sogar Beifall entgegennehmen zu dürfen (für eine Zusammenfassung siehe *The Economist* 2000a). Diese Defizite sind: eine **negative Sparquote**, eine sehr hohe **private Verschuldung** nicht nur der Haushalte, sondern auch der Unternehmen, und schließlich ein **Defizit der Außenhandelsbilanz**, das Jahr für Jahr gestiegen ist und nun Werte erreicht, die kein Industrieland je über eine so lange Zeitdauer gekannt hat. Diese Elemente verweisen auf Faktoren **außer-**

halb der geschlossenen Sphäre des Wertpapiermarktes und erklären teilweise, worauf der Börsenmehrwert gründet, das heißt: von welcher ökonomischen Substanz er sich nährt.

Die negative Sparquote und die sehr hohe private Verschuldung sind Ausdruck der Rolle der künstlichen Ausweitung der Binnennachfrage. Sie sind untrennbar mit dem Außenhandelsdefizit verbunden, an dem der Beitrag des “Auslands”, d.h. der restlichen Welt, zur Bildung der “permanenten” Börsenblase ablesbar ist. Das geographische, politische und wirtschaftliche Gebiet, das als Grundlage für die Finanzergebnisse der börsennotierten Konzerne und für den Übergang der Fondsmanager zum *Total Return* dient, erstreckt sich auf die **ganze Welt**. Die Bildung und Konsolidierung der Börsenblase geschah zur gleichen Zeit wie eine sprunghafte Zunahme des Außenhandelsdefizits, das von 1,7% des BIP im Jahr 1997 auf 4,5% im Jahr 2000 anstieg (*The Economist* 2000a). Die Handelsbilanz wurde folglich durch einen Vorgang finanziert, der als eine sehr spezifische Form der Außenverschuldung betrachtet werden muss.

Ab 1997-1998 betraf die Verschuldung nicht mehr vor allem die US-Bundesregierung. Diese konnte ihr eigenes Defizit dank der Umsetzung von Sparprogrammen und vor allem dank einer länger andauernden Hochkonjunktur reduzieren. Die Außenverschuldung nimmt weniger die Form der Direktinvestitionen aus dem Ausland als vielmehr die Form des Zuflusses von finanziellem Anlagekapital an, das zur Wall Street fließt, um von der Börsenblase zu profitieren. Dieses Kapital wird von nicht-amerikanischen institutionellen Anlegern und Finanz- und Industriekonzernen bereitgestellt, aber auch von Oligarchen und Geldmagnaten aus der ganzen Welt, deren “Ersparnisse” von den amerikanischen Finanzmärkten angezogen wird. Die USA sind seit zehn Jahren der bevorzugte Ort zur Verwertung von “Vermögen”, ob dieses nun von der legalen Ausbeutung von ArbeiterInnen und BäuerInnen oder von Geldwäscherei auf Offshore-Finanzplätzen und anderen Steuerparadiesen an der Peripherie der großen Finanzmärkten stammt. Diese Kapitalien fließen in den Börsenmarkt, stützen aber nicht nur die Konventionen für einen Aufwärtstrend. Sie verschaffen dem Markt eine **“reale” Substanz**, deren Ursprung der durch Ausbeutung von Lohnabhängigen und armen BäuerInnen in den Quellenländern geschaffene Mehrwert ist. Dies erklärt einen Vorgang, der ansonsten in den Bereich der **Magie** verwiesen werden müsste, nämlich die Möglichkeit der Fondsmanager, ihren Verpflichtungen mit Hilfe des Börsenmehrerts – das heißt mit Hilfe der internen Profite des Börsenmarktes – nachzukommen. Die Dimensionen der Ströme von Anlagekapital zur Wall Street nahmen anlässlich der großen Finanzkrisen und der Rezessionen in Asien und Lateinamerika sprunghaft zu. Damit wurde Wall Street mehr denn je zum Fluchtpunkt des Anlagekapitals der Besitzenden aus aller Welt.

Es gibt einen weiteren zentralen Aspekt der **privilegierten Beziehungen, von denen die USA profitieren**. In vielen Studien zum US-amerikanischen Wachstum wird die Inflationsrate breit abgehandelt, die nach einer so langen Boomphase sehr niedrig geblieben ist. Diese niedrige **Inflationsrate**, die auch zur Konsolidierung der Hausse-Konventionen beigetragen hat, hängt nicht nur mit der Produktivitätssteigerung zusammen, wie es die Lobreden auf das “amerikanische Wunder” behaupten. Zum Verständnis dieser tiefen Inflationsrate muss die einzigartige Stellung der USA im System der zwischenstaatlichen Beziehungen herangezogen werden. Einerseits gibt es das Phänomen, das die amerikanischen Gewerkschaften den *maquilladora effect* nennen, nämlich die permanente Drohung der Konzerne, ihre Produktion in freie Wirt-

⁴¹ *Anm. C.Z.:* Die Geldmengen M1, M2 und M3 umfassen folgende Größen: M1: Bargeldumlauf + Sichteinlagen von Inländern in der heimischen Währung bei Banken und bei der Post inkl. Transaktionskonti. M2: M1 + Spareinlagen von Inländern in heimischer Währung bei Banken ohne Vorsorge- und Freizügigkeitskonti. M3: M2 + Termineinlagen von Inländern in heimischer Währung bei Banken.

schaftszonen in Mexiko auszulagern, oder in vielen Fällen die effektive Auslagerung derselben. Die amerikanischen Lohnabhängigen wurden **direkt mit den Lohnabhängigen von Niedriglohnländern in Konkurrenz gesetzt**, und dies in viel stärkerem Maß als bisher in Europa (Bronfenbrenner 2000). Andererseits spielt auch die Deflation der Basispreise eine Rolle, die durch einen Wechselkurs verstärkt wird, der die Präferenz der Operateure für den Dollar ausdrückt. Als die ansatzweise Ausbreitung der Asienkrise auf die ganze Welt gebrochen und die Rezession auf Asien und die "Schwellenmärkte" beschränkt wurden, profitierten die westlichen Ökonomien (die Ökonomien der transatlantischen Sphäre) von Preissenkungen bei den meisten Rohstoffen, aber auch bei vielen standardisierten Industrieprodukten.

Die USA waren nicht das einzige Land, das aus dem Unglück der asiatischen, lateinamerikanischen und afrikanischen Länder Nutzen gezogen hat. Auch die Länder der Europäischen Union profitierten davon. Jedoch waren die USA in der Lage, **zusätzlich** Mittel einzusetzen, die ihnen zur deutlichen Verstärkung der Mechanismen zur externen Eindämmung der Inflation vorbehalten sind. Die Aufwertung des Dollars wirkte sicherlich in diese Richtung, jedoch hat die Höhe der Binnenachfrage nach ausländischen Produkten und das **Fehlen von "Zwängen der Handelsbilanz"** den amerikanischen Importeuren ermöglicht, die Vorteile jener spielen zu lassen, die den Zugang zum Endmarkt kontrollieren. Zwischen 1995 und 1999 sind die Preise für Importe in Frankreich durchschnittlich um 0,4% pro Jahr gestiegen (was einen sehr tiefen historischen Wert darstellt), in den USA sind sie jedoch um 2,6% gesunken (Davanne 2000: 62).

(...)

Allgemeine Schlussfolgerung

In der "klassischen", von Robert Boyer formulierten Regulationstheorie umfassen die Elemente zur Beurteilung des Akkumulationsregimes folgende Aspekte: "Die Entwicklung der Produktionsorganisation und des Verhältnisses der Lohnabhängigen zu den Produktionsmitteln; der zeitliche Horizont der Kapitalverwertung, auf dem die Managementprinzipien gründen; eine Verteilung der geschaffenen Werte, welche die dynamische Reproduktion der verschiedenen Klassen oder sozialen Gruppen ermöglicht; und eine Zusammensetzung der sozialen Nachfrage, welche der tendenziellen Entwicklung der Produktionskapazitäten entspricht." (Boyer 1987: 46). Am Schluss meiner Untersuchung über das finanziarisierte Akkumulationsregimes lassen sich die Grundtendenzen, die sich aus den Analysen kritischer Regulationstheoretiker wie auch aus meinen eigenen Studien ergeben, in den nachfolgend dargelegten Schlussfolgerungen zusammenfassen.

1. Die Organisation der Produktion und der genaue Zustand des Verhältnisses des Lohnabhängigen zu den Produktionsmitteln haben sich in eine für die Lohnabhängigen äußerst negative Richtung verändert (zahlreiche Elemente finden sich hierzu bei Veltz 2000). Diese Veränderungen wurden von der neuen *corporate governance*, aber auch von Liberalisierung, Deregulierung und Globalisierung bewirkt. Eine der wichtigsten Folgen ist die Einführung einer immer stärkeren internationalen Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen. Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeit haben zu einem noch stärkeren Verlust jeglichen Zugriffs der Lohnabhängigen auf die Produktionsmittel geführt.

2. Die Finanzmärkte und das neue institutionelle Aktionariat bestimmen nicht nur den Zeithorizont der Kapitalverwertung, sondern auch die aktuellen Verwertungsfelder des Kapitals,

und folglich auch die Ausrichtung der Investitionen und deren Konzentration auf eine sehr kleine Anzahl Sektoren, die meist mit der Funktionsweise des Finanzsektors selbst oder mit der politischen (Medien) oder militärischen Verteidigung (Rüstungsindustrie) der Nutznießer des finanziarisierten Regimes verbunden sind. Die Managementprinzipien des neuen Regimes bilden sich auf der Grundlage der Maximierung des *shareholder value*.

3. Die neue Konfiguration der Wertverteilung zu Gunsten der Gläubiger (in dem von Orléan vorgeschlagenen, erweiterten Sinn, das heißt unter Einschluss der Aktionäre) erlaubt keine tragbare soziale Reproduktion der **Gesamtheit** der Klassen oder sozialen Gruppen. Im Gegenteil, sie hat zu "Marginalisierung" und "Ausgrenzung" geführt, zwei Übeln des finanziarisierten Akkumulationsregimes.

4. Zusammen mit der Entstehung und Verstärkung der Theorie und Praxis des "liberalen Staats", der die Funktion der Festlegung der Zusammensetzung der sozialen Nachfrage, die er vormals ausübte, auf den Markt überträgt, treffen die erwähnten Phänomene die Gestaltung und Verteilung des Volkseinkommens – und daher auch Niveau und Inhalt der effektiven Nachfrage bezüglich Waren und Dienstleistungen – im Kern. Die Entsprechung der Nachfrage mit der tendenziellen Entwicklung der Produktionskapazitäten wird je nach Land mehr oder weniger hart in Frage gestellt. Die Befriedigung sozialer Bedürfnisse geht zurück, selbst in den alten Ländern mit "sozialdemokratischem Kompromiss".

5. Auf Grund der Stellung der Finanzmärkte in der Architektur des finanziarisierten Regimes und in dessen makroökonomischen Ausgleichen ist ein auf Börsenhäuser angelegter Finanzmarkt eine "strukturelle Bedingung" des Wachstums innerhalb des finanziarisierten Regimes. In den USA wurde die lange Hausse durch eine Geldpolitik des günstigen Kredits und ab Ende 1998 durch den Zufluss von Kapitalien gestützt, die sichere Anlagemöglichkeiten auf den amerikanischen Finanzmärkten suchten und sich auf Wall Street und die Nasdaq konzentrierten. Dieser permanente Zufluss von frischem Kapital hat den Börsenboom genährt, parallel zur Entstehung kombinierter Defizite (Handelsbilanz, Budgetdefizit, private Verschuldung), welche die USA als einziges Land ertragen können.

6. Aber selbst in den USA erlaubt die Stellung der Finanzmärkte in der Architektur des finanziarisierten Regimes die Voraussage, dass – so lange dieses Regime bestehen wird – sein Reproduktionsprozess stets von Finanz- und Börsenkrisen geprägt sein wird. Diese **chronische Instabilität** hat ihren Ursprung in der Bildung von immensen Kapitalmassen, die auf der Suche nach finanziellen Verwertungsmöglichkeiten sind, und stellt ein **endogenes** Merkmal der Funktionsweise der Wertpapiermärkte dar. Sie kann nicht nur auf die systembedingte, finanzielle Fragilität zurückgeführt werden, die aus der Unterwerfung der Länder mit nicht-liberalisierten Finanzmärkten (Länder der "aufstrebenden Märkte") unter die finanzielle Globalisierung entstanden ist, selbst wenn diese Unterwerfung die globale systemische Fragilität durch Erschütterung in der Art von Rückkoppelungen verschlimmert (Chesnais 2000).

Seit Ende 2000 sind neue Konsequenzen der sehr starken Hierarchisierung des Finanzbereichs und der Börse zu beobachten. Die Nachahmung der jeweiligen Haltung der US-amerikanischen Akteure durch Akteure auf anderen Börsen (gemäß den "Interpretationskonventionen" von André Orléan) hat zur Folge, dass ein Kurssturz an der Wall Street sofort zum Kurzsturz auf anderen Finanzmärkten führt. Die Auswirkungen dieses Kurssturzes auf die Antizipationen und damit

auf die Entscheide über Investitionen und Konsum in den betroffenen Ländern belasten die weltweite, düstere Konjunktur noch zusätzlich. Die Rückwirkungen dieser Vorgänge auf die USA führen zu kumulativen Prozessen, so dass alle von der Globalisierung ausgelösten Spannungen sich schließlich auf die USA und in erster Linie die Wall Street konzentrieren.

7. Der schleichende Börsenkrach in New York und auf anderen Börsenplätzen der zentralen kapitalistischen Länder bildete den unmittelbaren Kontext der Vorbereitung des Krieges gegen Irak und der Invasion dieses Landes. So wichtig dieser Hintergrund auch sein mag, muss er doch erweitert werden.

Die Politik, welche die Administration Bush in verschärfter Form betreibt, wird von einem Land umgesetzt, das **mehr und mehr von der restlichen Welt abhängig ist** – von einer Ökonomie, die auf Grund ihrer Entscheide im Bereich der Altersvorsorge sowie zu Gunsten einer “Machtübernahme” durch das finanzielle Verwertungskapital ein Verhältnis der Abschöpfung und/oder der **parasitären Beraubung mit praktisch der ganzen Welt** aufgebaut hat. Dies ist der Kern der Diskussion über das finanzdominierte Akkumulationsregime.

Die Globalisierung der Gewalt: Imperialismus und globale Enteignung”

Redebeiträge an einer Podiumsdiskussion bei “Das andere Davos – , Zürich, 17.1.2004

David Harvey

Imperialismus als Wort existiert erst seit ungefähr 150 Jahren. Die Frage, **was es genau bedeutet**, ist ziemlich kompliziert. Ich bin der Meinung, dass wir die Antwort auf diese Frage nicht finden können, indem wir gelehrte Diskussionen und Debatten darüber führen, was Lenin gesagt hat im Gegensatz zu Bukarin oder Kautsky oder irgendjemand anderem. Ich denke, es ist wirklich wichtig zu lesen, was diese Leute über ihre Zeit zu sagen hatten; was wir tun müssen ist jedoch, jetzt ein eigenes Verständnis auszubilden für diesen Begriff und wir müssen das sehr stark **in unseren eigenen Worten** versuchen.

Der zweite Punkt, über den ich sprechen möchte, ist, dass genau so, wie es viele verschiedene Formen von Weltreichen gegeben hat - das Russische Reich, das Osmanische Reich, das Französische Reich, das Chinesische Reich – müssen wir, meine ich, erkennen, dass es **viele Formen von Imperialismus** gegeben hat und die verschiedenen Länder auch sehr verschiedene imperialistische Strategien verfolgt haben. So ist es auch heute. Und ich denke, was wir während des letzten Jahres, der letzten zwei oder drei Jahre erlebt haben, ist eine Veränderung der **US -Politik** hinsichtlich des Imperialismus, eine ziemlich **dramatische Veränderung**, auch wenn die Substanz des US-Imperialismus sich nicht verändert hat. Was das also bedeutet, ist, dass wir unser Augenmerk auf eine ganze Reihe gegenwärtiger imperialistischer Aktivitäten richten müssen. Da gibt es in der Tat ein ganzes Set von dem, was ich als Variationen des Imperialismus bezeichnen würde. Zum Beispiel sahen sich **Südkorea** und **Taiwan** in den achtziger Jahren mit **Kapitalüberschüssen** konfrontiert und sie mussten sie irgendwohin schaffen. Was machten sie also? Sie brachten das Kapital ins Ausland und begannen es weiterzugeben an viele der multinationalen Konzerne und sie exportierten von Südkorea und Taiwan einige der schlimmsten Arbeitspraktiken, die man sich nur vorstellen kann. So sind es koreanische und taiwanische Firmen, die in Zentralamerika und sogar Südafrika am Werke waren und sich bei extremen Ausbeutungsverfahren engagiert haben, die für ihre heimischen Volkswirtschaften genau so von Vorteil waren wie für die multinationalen Konzerne mit Sitz in Europa und den Vereinigten Staaten.

Gegenwärtig scheint es mir, dass wir die besondere Beschaffenheit des US-Imperialismus betrachten müssen. Dies ist e-

was, was zentral war bei den Dingen, über die ich in den letzten paar Jahren gearbeitet habe. Die US-imperialistischen Strategien sind **geopolitisch** in dem Sinn, dass sie eine Kontrolle über bestimmte Zonen in der Welt erlangen wollen. Historisch gesehen war Lateinamerika dabei immer an der Spitze. Aber jetzt sehen wir natürlich die Ergebnisse von ungefähr fünfzig Jahren geopolitischem Interesse im Mittleren Osten. Und dieses Interesse im Mittleren Osten zielt darauf ab, das Öl zu kontrollieren, **nicht einfach nur das Öl für die USA**, nein, es geht darum, in einer Position zu sein, wenn nötig, die ökonomischen und militärischen Aktivitäten von **potentiellen Konkurrenten der USA auf der Weltbühne**, besonders Europa und Japan, kontrollieren zu können; und mehr als jemals zuvor China. **China** hat kein Öl oder zumindest sehr wenig. Es braucht unbedingt einen Zugang zum Mittleren Osten. China ist eine Bedrohung für die USA, durch sein **aussergewöhnliches Wachstum**, seines riesigen Marktes und seinem unglaublichen Sprung in der kapitalistischen Entwicklung. **Die USA wollen in der Lage sein, die Ölhähne zuzudrehen, sobald China ihnen aus den Händen gleitet**. So ist dort die geopolitische Strategie. Das Zweite ist: beim Versuch Kontrolle über ein Gebiet der Welt zu erlangen geht man **nicht** hin und richtet **Kolonien** ein. Man etabliert einen Staat, der einem nützt und befreundet ist und man kann das auf ganz verschiedene Art und Weise tun.

Die Schwierigkeit für die USA seit 1979, der Iranischen Revolution, und der Instabilität Saudi-Arabiens ist die Frage, wer der **Satellitenstaat der USA im Mittleren Osten** ist. Keiner dort erfüllt dies besonders zufrieden stellend. Und ich denke wir müssen die Invasion im **Irak** genau so als einen Versuch verstehen, einen Satellitenstaat im Mittleren Osten zu installieren, der das tut, was die USA von ihm verlangt. Und alles was gerade geschieht bei dem Versuch eine neue Regierung im Irak zu bilden, zielt darauf ab eine Regierung zu bilden, die **beständig** und deshalb vereinbar mit den geopolitischen Interessen der USA ist.

Diese Strategie ist äusserst verschieden von der der Europäer. **Europa** ist genau so ein Imperialist wie die USA. Warum scheiterte Cancun? Es hatte natürlich eine Menge zu tun mit dem Konflikt zwischen dem Süden und Europa über landwirtschaftliche Subventionen. Die Europäer sagen: “Öffnet eure

Kapitalmärkte, das ist zu unserem Vorteil, aber unsere Agrarmärkte werden euch weiterhin verschlossen bleiben.”

So hat man hier etwas, was ein sehr spezifisch europäisches Thema ist. Und dazu würde ich auch gerne etwas vorschlagen.

Die USA sind nicht besonders besorgt wegen der WTO. Da gibt es einen Mythos, glaube ich, in der Anti-Globalisierungsbewegung, dass auf die eine oder andere Weise die WTO eine US-Konstruktion ist. Ich denke, wenn man es vergleicht, sind die USA genau so interessiert an der WTO wie sie interessiert sind an Kyoto oder diesen anderen internationalen Vereinbarungen: sie werden sie benutzen, wenn es zu ihrem Vorteil ist, andernfalls werden sie diese fallen lassen. Es wird in der WTO drei Entscheidungen mehr gegen die USA brauchen und die USA werden sich davon **zurückziehen**. Die USA bevorzugen **bilaterale** Verhandlungen. Sie können alle Versuche unterbrechen, Amerika zu einen, als Strategie, dadurch, dass sie bilaterale Vereinbarungen mit Chile haben. In Südostasien ist es dasselbe: es gibt Vereinbarungen mit Taiwan und Singapur. Ich kann wirklich sagen, dass man es bevorzugt, bilateral zu arbeiten; nicht mittels internationaler Organisationen wie der WTO.

Die **Europäer**, denke ich, sind sehr viel mehr auf internationale Strukturen hin festgelegt, als Wege ihre eigene imperiale Präsenz in der Welt zu erschaffen; durch Organisationen wie dem internationalen Gerichtshof, durch andere Angelegenheiten dieser Art. So gibt es einige Hauptunterschiede und auf diese müssen wir unseren Blick richten.

Und wenn ich mir diese Struktur gerade jetzt anschau, würde ich sagen, dass wir uns in einer extrem **unbeständigen Periode** von geopolitischen Allianzen befinden. **Indien** und **China** sprechen zum ersten Mal ernsthaft miteinander. Dies macht einen **grossen Unterschied** in der Art wie die Welt funktioniert. Diese Allianz, sie mag nur taktischer Art sein, zwischen Ländern wie Brasilien, China, Indien und Südafrika, ist wiederum etwas, was sehr verschieden ist. Dort gab es vor zwei Jahren eine erstaunliche Bewegung, als der französische, deutsche und russische Aussenminister eine gemeinsame Pressekonferenz gaben und den USA vorschlugen und sie baten, nicht in den Irak einzufallen. Diese Art von Allianz ist etwas, was in den sechziger Jahren undenkbar war. Was wir beobachten ist eine **unglaubliche Unbeständigkeit des Welt-systems**. Und die USA versuchen diese Unsicherheit auszunutzen, um ihre eigene Machtbasis zu zementieren. Und der Schwerpunkt, zu dem ich in meinem Buch gearbeitet habe, ist das Argument, dass die **USA militärisch** in diese Richtung gehen, **weil sie ökonomisch schwach sind**. Sie haben eine unglaubliche Dominanz im Produktionssektor auf der Welt, aber finanziell sind sie beim Rest der Welt **verschuldet**, so dass 1.5 Billionen US-Dollar in die USA fließen müssten, um deren Schulden zu decken. So sind sie finanziell und in der aktuellen Produktionsflaute äusserst schwach. Was ihnen den Haupthebel der Kontrolle durch Militäraktionen lässt und natürlich können sie Militäraktionen garantieren und für legitime Interventionen sorgen, da gibt es eine Menge von Unsicherheit in der Welt. So ist eine der grossen Fragen, die wir stellen müssen: bis zu welchem Grad sorgen die USA für eine Behebung der Unsicherheit in der Welt und bis zu welchem Grad sind sie gerade **das Problem**, das die **Unsicherheit** in der Welt **erzeugt**?

Auf genau die gleiche Weise, in der die USA die achtziger und neunziger Jahre hindurch von der finanziellen Unbeständigkeit, den weltweiten Finanzkrisen, profitiert haben, so stehen sie bereit, denke ich, von den geopolitischen und Sicherheitskrisen zu profitieren. Ich denke, dass **diese Regierung in den USA besonders daran interessiert ist, Unsicherheit zu**

erhalten, Angst zu erzeugen, sodass alles unter Kontrolle bleiben kann. Eines von diesen Dingen, die wir, denke ich, zu tun haben, ist uns **mit diesen Ängsten auseinanderzusetzen**. Einige von diesen sind auf irgendeine Art real, aber anders betrachtet müssen sie als produziert und manipuliert angesehen werden...

.....

Teil meines Arguments ist, dass der Kapitalismus sich immer in innerhalb geographischer Anordnungen vollzieht, deshalb ist der **Kapitalismus immer mit ungleichen** geographischen Entwicklungen und **Asymmetrien** der Machtstrukturen zwischen bestimmten Teilen der Welt und den anderen verbunden. Dies kann sowohl innerhalb von Staaten auftreten und als auch zwischen Staaten; so müssen wir verstehen, dass ökonomischer Reichtum nicht immer in politische Macht umgesetzt werden kann, wir müssen verstehen, was politische Macht eigentlich ist. Denn es ist nicht immer so, dass politische Vorlieben und ökonomischer Reichtum gut zusammenpassen. Persönlich bin ich der Meinung, dass **Bush** dabei ist, **finanziellen Selbstmord** zu begehen, wenn man bedenkt, was der US-Ökonomie in den nächsten 15-20 Jahren geschehen wird. Und ich denke, dass der politische Einfluss sich manchmal in diesen geopolitischen Spielen **verheddert**. Und es gibt ein geopolitisches Spiel zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, in dem Chirac, denke ich, besonders wichtig ist.

Und ich finde es in der Tat sehr interessant, dass **Chirac** und **Bush** wie Spiegelbilder voneinander sind. Beide wurden auf eine solche Weise gewählt, dass sie gewissermassen als Präsidenten ihrer Länder keine Legitimität haben. Beide benutzten ihre Haltung zum Irak-Krieg, um Legitimität zu beanspruchen. Beide benutzen diese Legitimität, um im Innern ein autoritäres neokonservatives Programm durchzusetzen. Es ist kein Wunder, dass sie sich gegenseitig hassen, sie müssen nur am Morgen in den Spiegel blicken und sie sehen das Gespenst ihrer selbst. Ich denke also, dass wir die geopolitischen Spiele, die im Moment gespielt werden, zwar verstehen müssen, jedoch stimmen diese, vereinfacht gesagt, **nicht** notwendigerweise mit dem überein, was vielleicht vom Standpunkt der **Ökonomie** notwendig wäre.

Und es gibt ein weiteres Argument im Falle Chinas: Ist **China** ein Opfer der imperialistischen Kapitalisten des Westens oder tritt es gerade ein in den globalen Kapitalismus durch Prozesse primitiver gewalttätiger Akkumulation. Es tritt auf solche Weise ein, dass es gut sein kann, dass es die Weltwirtschaft innerhalb 15-20 Jahren bestimmt. Wenn wir den wirtschaftlichen Wiederaufschwung betrachten, der sich in der Welt gerade vollzieht, so ist er hauptsächlich auf das Wachstum in China zurückzuführen. Die Chinesische Ökonomie wächst, weil es eine grosse Nachfrage nach Autos aus China gibt. Die Japanische Ökonomie hat wieder einen Aufschwung, weil jetzt mehr nach China als in die USA exportiert wird. Taiwan exportiert mehr nach China als in die USA. Brasilien schiebt gerade auf den Chinesischen Markt, um Flugzeuge und dergartiges zu verkaufen. China ist im Moment das dynamische Zentrum der Weltwirtschaft. Ist das lediglich eine Imperialismustheorie oder greift China tatsächlich die Gelegenheiten innerhalb der ungleichen geographischen Bedingungen beim Schopf und schwingt sich auf zu einer **neuen imperialistischen Macht** und falls es so ist: wie wird diese Macht aussehen? Ich kann nicht voraussagen, was geschehen wird: zur Zeit ist die Lage in China sehr unbeständig und gefährlich. Niemand weiss, ob es finanziell ausreichen wird, seine Prob-

leme mit Arbeitsplätzen sind gross. Die meisten Menschen verstehen nicht, dass China in den letzten zehn Jahren Stellen im Produktionsbereich verloren hat, die meisten Menschen denken, dass alle Arbeitsplätze nach China verlagert werden, tatsächlich wurden sie dort abgebaut...

Die letzten Worte zur Bedeutung von **Demonstrationen** auf der Strasse, von Massendemonstrationen, zu der Art wie *diejenigen, die ein bisschen Macht haben*, darauf reagieren, mit Schulterzucken und dem Kommentar: "Ah, die sind unbedeutend, irrelevant, sie machen nichts." Und falls sie es erreichen, dich davon zu überzeugen, dann gehst du nicht mehr demonstrieren.

Etwas was wir bemerkten während den Anti-Kriegs-Demonstrationen in der **Vietnam** Ära, war, dass wir langsam

die Hoffnung verloren, weil die Administration in Washington nur sagte: "Ah, nur eine Ansammlung Spinner." Als die Audiokassetten von Nixon dann veröffentlicht wurden, hat es sich gezeigt, dass **sie** eigentlich wahnsinnige **Angst** hatten vor dem, was im Gang war. Ich glaube, dass Tony Blair auch wahnsinnige Angst hat vor dieser Art von Demonstrationen, zu denen im Moment mobilisiert wird. Er spielt uns etwas vor, um solche Sachen als unbedeutend abzutun, aber gerade deshalb ist es sehr wichtig, dass wir uns nicht entmutigen lassen von ihrem Spiel, dem "was-ihr-macht- ist-irrelevant-Spiel". Was ihr macht ist doch wichtig, es ist **extrem wichtig**, und ich glaube, dass es im Moment so wichtig ist wie seit langem nicht mehr. Ich glaube, dass, je mehr Leute am 20 März und diesen anderen Anlässe erscheinen, desto grösser die Wirkung der Demonstrationen sein wird, global und lokal. Also, bitte, einfach weiter demonstrieren!

Kundgebung vom 20.3.2004 in Landstuhl beim Protestmarsch nach Ramstein

von Markus Pflüger, AG Frieden Trier

Redemanuskript - Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

Ich spreche für die AG Frieden Trier als Vertreter der regionalen Friedensorganisation um Trier und damit auch für die Gruppen, die gegen den Kriegsflughafen Spangdahlem in der Eifel kämpfen –die Schwester-Airbase von Ramstein.

Rheinland-Pfalz ist bekannt als US-Flugzeugträger, die Region mit der dichtesten Militärpräsenz in Europa und der größten US-Militär-community außerhalb den USA. Mit dem Ausbau dieser zwei Flughäfen soll das trotz der Schließung anderer Standorte auch so bleiben. Ohne Rücksicht auf die Anliegergemeinden werden diese Kriegsflughäfen jetzt ausgebaut. Der Bund hat mit der US-Air-Force einen Umzugsvertrag für die Airbase Frankfurt-Main unterschrieben - Ramstein und Spangdahlem nehmen die Kriegsmaschinerie von Frankfurt auf, damit der zivile Fughafenwahnsinn weiter expandieren kann. (In Spangdahlem kommen zu den 70 Munitionsbunkern und 72 Flugzeugbunkern noch vergrößerte Landebahnen, Tankanlagen, Lade-Rampen sowie 2 neue Riesentanks hinzu, Tanks die 20 000 m³ JP-8 fassen, Tanklager, die die Kapazität der bisherigen Tankkapazität der Airbase Frankfurt-Main besitzen. Hier können dann gut 10 riesige Transport-Flugzeuge wie die Galaxy gleichzeitig betankt werden und von hier aus direkt in den Krieg starten.)

Die Belastung für die Anwohner ist enorm wie folgendes Beispiel verdeutlicht: Allein beim Start eines Kampfflugzeuges werden zirka 500 l Treibstoff verbraucht - das entspricht dem Dieserverbrauch von etwa 30 000 Bussen, die für jeden Flugzeugstart durch die keine 2km lange Anwohnergemeinde Binsfeld fahren würden. Es geht aber nicht um Diesel, es geht um das vielfach giftigere und besonders kriegstaugliche NATO-Treibstoffgemisch JP-8 - ungewöhnlich viele Menschen sterben um die Kriegsflughäfen an Krebs - es müssen verrückte Kriegsgegner sein, die dabei Zusammenhänge sehen. Jedes Jahr gibt es in Spangdahlem jetzt schon offiziell 46 000 Flugbewegungen - wer bei solch einem Lärm noch Treib-

stoffverbrauch und Schadstoffmengen ausrechnen kann und will, engagiert sich gegen die Airbase - Bürgerinitiativen wie die Erweiterungsgegner Airbase Spangdahlem tun dies und brauchen unsere Unterstützung in ihrem schwierigen Kampf gegen Ausbau und Airbase. Diese Demonstration heute dient auch der Stärkung dieses regionalen Widerstandes!

Die Krönung des ganzen nennt sich in Spangdahlem "Host Nation Council Spangdahlem": Politiker von CDU und SPD sowie Wirtschaftsvertreter - meist sind sie kaum noch zu unterscheiden - haben sich um Spangdahlem zu einem Pro-Airbase-Lobby-Verein zusammen geschlossen. Mit Steuergeldern wird für diese Kriegsmaschinerie, die einer völkerrechtswidrigen Angriffsdoktrin folgt, geworben. Ziel ist es, die einseitige Abhängigkeit der Region vom Kriegsflughafen weiter zu stärken und zu fördern. Bei einem möglichen Ende der Airbase werden dann keinerlei Alternativen bereitstehen. Wenn es für die Kriegsstrategie der USA passt, sind neue Kriegsflughäfen in Osteuropa, z.B. in Polen schnell geeigneter. Insgesamt investiert die Bundesrepublik 360 Millionen Euro in den Ausbau der Kriegsflughäfen, angesichts des Sozialabbaus ein Skandal!

Wir fordern keine Subventionen für Kriegsflughäfen und Ausbau!

Welche direkte Gefahr diese Kriegsflughäfen mit Munitions-tanks, Waffendepots und Atomwaffenlager nicht nur für unwillige Schurkenstaaten darstellen, sondern besonders für die Region hier, wird vorstellbarer, wenn wir uns z.B. an den 28. August 1988 erinnern: am damaligen Flugtag stürzte bei einem Unfall die italienische Kunststafel nach einer Kollision in der Luft in die Menschenmenge, über 300 Menschen wurden verletzt, 70 starben. Entschädigungen? Fehlanzeige!

Ramstein ist keine beliebige US-Militärbasis, sondern DAS Zentrum des US-Nachschubs und der Vorbereitung des Irakkriegs in Europa. Ramstein war und ist zusammen mit Spangdahlem Nadelöhr und Nabel der US-Kriege der letzten Jahre. Sie gehören als die zwei größten Kriegsflughäfen Europas

zum Eckpfeiler der aggressiven Politik, wie sie im Nationalen Sicherheitskonzept der Bush-Regierung formuliert ist. Ramstein ist logistische Drehscheibe für die Besetzung im Irak - für deren Ende wir heute demonstrieren. Sie sind dabei Symbol und konkreter Standort der US-amerikanischen, aber auch der von Deutschland und der NATO unterstützten Kriegsmaschinerie. Diese Kriegsflughäfen dienen nämlich nicht nur den US-Streitkräften, sondern auch den NATO-Militärs - hier in Ramstein ist das Hauptquartier der Alliierten Luftstreitkräfte in Nordeuropa, hier trainieren Soldaten aus über 14 Nationen den Krieg, von hier aus führen sie Krieg.

Die Arbeitsplätze bei den Kriegsflughäfen dienen dem Tod und der Zerstörung. Das Militär verschlingt Unsummen, die unseren Sozialsystemen fehlen. Die Region braucht stattdessen nachhaltige Arbeitsplätze und lebenswerte Wirtschaftskonzepte zum Beispiel im Bereich erneuerbare Energien und Fremdenverkehr. Solche Alternativen gilt es zu entwickeln und zu fördern, statt die Kriegstrommel zu rühren, Anwohner zu enteignen und Steuergelder zu missbrauchen. Damit die Region eines Tages befreit von Lärm, Abgasen und der an vielen Kriegen beteiligten Airbase aufatmen kann, müssen für die Menschen echte Alternativen entwickelt werden. Genau das planen wir, die Gruppen um Spangdahlem, indem wir mit einer Konversionskonferenz zu Spangdahlem diesen Sommer einen ersten Impuls setzen werden.

Wir fordern Rüstungskonversion statt Ausbau von Ramstein & Spangdahlem! Viele zeigen auf die USA und prangern zu recht deren Kriegspolitik und deren Präventivkriegsstrategie inklusive Atombomben an. Doch diese Hand, die in Richtung USA zeigt hat noch drei weitere Finger und die zeigen in die andere - in unsere Richtung.

Der erste Finger zeigt auf unsere rheinland-pfälzische Landesregierung, die den rücksichtslosen Ausbau der Kriegsflughäfen auf Kosten von Mensch und Umwelt fördert. Die Landesregierungen von Hessen und Rheinland-Pfalz mit Kommunalpolitikern von SPD, FDP und CDU müssen klar als Mitverantwortliche an dieser direkten Umweltzerstörung und dieser indirekten Kriegsunterstützung durch diese Flughäfen benannt werden.

Der zweite Finger zeigt auf Deutschland & die Politik der rot-grünen Regierung, die die qualitative Aufrüstung zu weltweiten Kriegseinsätzen von CDU und FDP konsequent weiterentwickelt. Rot-Grün eifert der Präventivkriegsstrategie der USA nach und will mit den neuen verteidigungspolitischen Richtlinien die Bundeswehr endgültig zu einer weltweit agierenden Interventionsarmee ausbauen, die - ich zitiere - "weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch" begrenzt sein soll. Strucks sogenannte "verteidigungspolitische Richtlinien" sind ein orwellscher Verschleierungsbegriff. In Wirklichkeit handelt es sich um kriegspolitische Richtlinien zur Wahrung von Wirtschafts- und Machtinteressen - die eh unsinnige mili-

tärische Landesverteidigung ist damit endgültig passé. Hinzu kommt, dass hier und in Büchel US-Atomsprengeköpfe lagern - die Bundeswehr übt deren Einsatz und verstößt mit dieser atomaren Teilhabe gegen den Atomwaffensperrvertrag. Die rot-grüne Regierung war offiziell gegen den Irakkrieg Dies war jedoch Wahltaktik und diente zudem wirtschaftlichen Interessen, denn faktisch wurde der Krieg sogar unterstützt: deutsche Bundeswehrsoldaten bewachten die US-Stützpunkte für den Krieg, es gab Start- und Überflugrechte für diesen völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Krieg, Bundeswehreinheiten entlasteten das US-Militär in Afghanistan und unterstützen die Koalition der Kriegswilligen im Mittelmeer. Rot-Grün unterstützt zudem den Ausbau dieser todbringenden Kriegsflughäfen finanziell und rechtlich.

Wir fordern von den Herren Struck, Schröder und Fischer: Nehmen Sie diese kriegspolitischen Richtlinien zurück, wir wollen zivile Konfliktbearbeitung statt weltweite Bundeswehreinätze.

Entmilitarisierung statt Sozialabbau!

Der dritte Finger schließlich zeigt auf Europa, denn die Militarisierung der Europäischen Union ist ein Irrweg, den die europäischen Regierungen, allen voran Deutschland und Frankreich, einschlagen - Deutschland wird bei der EU-Truppe das größte Kontingent und die Führung stellen. "Kerneuropa" nennt Fischer diese unsägliche Kriegscoalition mit der den USA - halb in Konkurrenz, halb in Kooperation - nachgeeifert wird. Die EU ist mit dem aktuellen Verfassungsentwurf neoliberalen Zuschnitts dabei, sich weiter in die falsche, militärische Richtung auszubauen. Es ist ein Unding: die erste Verfassung, in der es eine Aufrüstungsverpflichtung gibt. Zur militärischen Festung Europa gehören außerdem die Abschottungs- und Abschiebepolitik gegenüber Flüchtlingen, Demokratieabbau, Repressionen und der aktuelle Sicherheits- und Überwachungswahn.

Wir sagen daher klar: Nein zu dieser EU-Verfassung, Nein zur Militärmacht EU! Für ein ziviles Europa, das den Krieg verweigert! Bleibt noch der Daumen übrig, er steht für das kapitalistische Verwertungssystem in das diese Kriegspolitik eingebettet ist, er steht für die neoliberale Globalisierung mit Multis, Privatisierung und Freihandelsverträgen zulasten der Armen und Ausgebeuteten. Von Puebla bis Panama, von Genua bis München zeigt dieses System in dem wir leben seine hässliche Fratze.

Widersetzen wir uns diesem Krieg, denn wir wollen keine Weltmacht USA, wir wollen auch keine Weltmacht Europa oder Deutschland. Wir wollen eine andere, gerechte & friedliche Welt, ohne Atomwaffen und ohnesolche Kriegsflughäfen.

Der Problemlöser

Interview mit Joseph Stiglitz

Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Joseph Eugene Stiglitz über Wachstum, Witze, falsche Rezepte und seine Liebe zur Ökonomie

Herr Professor Stiglitz, der Klappentext Ihres neuen Buches nennt Sie den "zurzeit bedeutendsten und einflussreichsten Ökonomen".

Schön wär's.

Sind Sie es nicht?

Ich weiß nicht. Wenn ich schon der Einflussreichste bin, dann haben Ökonomen wohl nicht viel Einfluss.

Wir dachten immer, Politiker hören auf den Rat der Wirtschaftsexperten.

Das kann schon sein. Mir scheint aber eher, dass Politiker ihre eigenen Ziele verfolgen und sich zur Legitimation ihrer Politik den Ökonomen herausuchen, der die zu ihrer Praxis passende Theorie hat. Bei der Vielzahl von ökonomischen Sichtweisen dürften sie dabei kein Problem haben. Es ist eine dehnbare Wissenschaft.

Sie schreiben in Ihrem Buch, dass Sie sich als junger Mann in die Ökonomie verliebt haben. Nun kann die Wirtschaftswissenschaft viele Gefühle hervorbringen: Respekt, Verwirrung, Langeweile - aber Liebe?

Ich liebe komplizierte Dinge. Ich bin sozusagen eine Problemlöser-Natur.

Wie wärs mit Schach?

Schach ist nicht schlecht, hat aber einen Nachteil. Beim Schach gehts nur ums Gewinnen.

Wie in der Wirtschaft.

Sicher. Aber wenn die Schachpartie vorüber ist, was dann? Dann kann man nichts weiter machen, als wieder von vorne anzufangen, um abermals zu gewinnen. Schach ist folgenlos. Das reizt mich nicht. Bei der Wirtschaft dagegen geht es richtig um etwas: um die Beseitigung von Arbeitslosigkeit, Inflation, Hunger, Elend.

Aber wenigstens gelangt der Schachspieler ans Ziel, zumindest einer von beiden. Dagegen ist ein Ökonom, der den Weg zum allgemeinen Wohlstand sucht, wie Sisyphos. Kaum ist ein Problem gelöst, schon wächst das Elend an anderen Stellen nach, und er fängt wieder von vorne an. Seine Partie ist nie zu Ende.

Das kann schon sehr frustrierend sein. Viel Elend wird aber auch einfach von falschen ökonomischen Ratschlägen verursacht. Nehmen Sie zum Beispiel **Argentinien**. Das jahrelange Befolgen der Rezepte des Internationalen Währungsfonds **IWF** hat zu einem **beispiellosen Desaster** geführt. Heute lebt mehr als die Hälfte aller Argentinier unter der Armutsgrenze. Oder **Osteuropa**: Statt neuem Reichtum hat die schockartige Einführung der Marktwirtschaft zu dort nie gekanntem Elend geführt.

Sie sprechen von "falschen Wirtschaftsrezepten". Aber was ist in der Wirtschaftswissenschaft schon "falsch"? Die Ökonomie

ist eine Wissenschaft mit nur wenig gesicherten Erkenntnissen. Der Rest ist umstritten.

Sicher, viele Ökonomen glauben, der Niedergang in Argentinien sei unvermeidlich gewesen, mit oder ohne IWF. Und wieder andere meinen, Grund für das Desaster sei gewesen, dass Argentinien die IWF-Ratschläge nicht entschieden genug befolgt hat. Ja, es gibt viele Ökonomen-Witze, und bestimmt die Hälfte von ihnen funktioniert nach dem Muster: Zwei Ökonomen, drei Meinungen.

Erzählen Sie uns einen.

Einen guten?

Möglichst.

Die Ökonomie ist die einzige Wissenschaft, in der sich zwei Menschen einen Nobelpreis teilen können, weil ihre Theorien sich gegenseitig widerlegen.

Die Ökonomie stellt sich gerne als exakte Wissenschaft dar. Sie ist hoch **mathematisiert**. Gleichzeitig scheint es, als habe die Wirtschaftswissenschaft im Vergleich zu Wissenschaften wie Medizin oder Biologie in den vergangenen Jahrzehnten kaum Fortschritte gemacht.

Es ist ziemlich klar, dass wir einige der wichtigsten Probleme noch nicht gelöst haben. Aber von einem intellektuellen Standpunkt aus würde ich sagen, wir haben in den letzten Jahrzehnten doch immense Fortschritte gemacht. Durch **Informationsökonomie** oder **Spieltheorie** können wir bestimmte wirtschaftliche Abläufe und **Krisen heute besser verstehen**.

Wirtschafts-Experten präsentieren sich gern als Ingenieure und hantieren mit Maschinen-Metaphern wie dem "Konjunktur-Motor", der "stottert" oder - nach einer "Initialzündung rund läuft". Aber noch immer wissen sie nicht, auf welchen Knopf sie drücken müssen, damit unten **Wachstum** herauskommt. Was nutzt das Wissen, wenn man es nicht anwenden kann?

Dazu fällt mir noch ein Witz ein. Ist das okay?

Sicher.

Zwei Männer fliegen in einem Ballon. Sie haben den Kurs verloren. Sie gehen tiefer und sehen einen Wanderer. "Wo sind wir?", rufen sie. "In einem Ballon!", antwortet der Wanderer. "Dieser Mann muss ein Ökonom sein", sagt der eine Ballonfahrer zum anderen. "Seine Antwort war richtig und absolut nutzlos."

Der ist schön. Sie haben also einen Nobelpreis in einer nutzlosen Wissenschaft erhalten?

Eigentlich geht der Witz ja noch weiter: "Und Sie müssen Unternehmer sein!", ruft der Wanderer zurück. "Sie haben dort oben so einen guten Überblick und wissen nicht, wo Sie sind!"

Was ist die Moral von der Geschichte?

Unternehmer bleiben in ihrem **egoistischen Interesse gefangen**. Sie wollen zum Beispiel immer Lohnsenkungen oder Steuersenkungen. Es ist an den Ökonomen zu beurteilen, ob

solche Schritte der **Allgemeinheit** nützen. Das ist schwierig genug, und man muss sagen: Die Lücke zwischen den realen Problemen und dem, was wir zu ihrer Lösung beitragen können, bleibt sehr groß.

Unsere hiesigen Experten scheinen von solchen Zweifeln frei. Jeden Tag trauen sie sich, öffentlich Rezepte auszustellen wie "Steuersenkungen kurbeln das Wachstum an" oder "Lohnsenkung drückt die Arbeitslosigkeit".

Das Problem mit diesen ewigen Wahrheiten ist: Es steckt stets ein Körnchen Wahrheit drin. Dass dieses Körnchen Wahrheit sich oft zu einer ewigen **Wahrheit** auswächst, hat viel mit dem Wunsch von Ökonomen zu tun, Politik zu machen oder bestimmte Politiker zu unterstützen.

Ist das eine Vermutung oder eine Erfahrung?

Eine Erfahrung. In den neunziger Jahren zum Beispiel, als der Demokrat Bill Clinton an der Regierung war, haben konservative Ökonomen stets gesagt: Das **US-Staatsdefizit** ist ein großes Problem, die Regierung muss es beseitigen. Das haben wir damals geschafft. Dieselben Experten sagen heute, wo "ihr" Kandidat George W. Bush die Defizite in Schwindel erregende Höhen geschraubt hat: Ach, Defizite sind gar nicht so schlimm. Sie sehen also, es gilt nicht nur: Zwei Ökonomen, drei Meinungen, sondern auch: Ein Ökonom, zwei Meinungen. Das ist Politik und hat mit Wissenschaft nichts zu tun. Die **Wirtschaftswissenschaft** ist durch solche Aussagen **diskreditiert** worden.

In Ihrem Buch erzählen Sie von Ihrem ersten Job als Schuhverkäufer. Saß ein Schuh zu eng und drückte, erklärten Sie dem Kunden, das Leder atme und werde bald nachgeben. Saß er zu locker, betonten Sie den Tragekomfort und versicherten, der Schuh werde sich bald an den Fuß anpassen. Ziel sei es allein gewesen, den Schuh zu verkaufen. Haben Sie als Präsidentenberater von Clinton nie die Politik Ihres Präsidenten verkauft?

Um ehrlich zu sein: Ja, das habe ich. Als **Clinton**-Berater haben wir damals keine Gelegenheit ausgelassen zu behaupten, die wirtschaftliche Erholung sei unser Verdienst. Dabei war sie zu einem Teil Resultat von Kräften, die schon vor Clinton angefangen hatten zu wirken.

Und heute? Es ist kein Geheimnis, dass Sie statt Bush lieber einen Demokraten als Präsidenten hätten.

Ich bemühe mich, seriös zu bleiben und Politik von Wissenschaft zu trennen. Die Steuersenkungen von **Bush** habe ich zum Beispiel heftig kritisiert. Denn von ihnen profitierten vor allem die Reichen im Lande - ausgerechnet die, deren Vermögen in den vergangenen Jahren ohnehin stark gewachsen ist. Das war ein politisches Statement. Als Ökonom wiederum versuchte ich zu zeigen, dass solche Steuersenkungen der Wirtschaft nicht helfen.

Warum nicht?

Eben weil die **Steuersenkungen** vor allem den **Reichen** zu Gute kamen. Und da reiche Menschen dazu neigen, zusätzliches Einkommen eher zu sparen als auszugeben, steigt der Konsum nicht und damit auch nicht das Wachstum.

Warum hat Bush dennoch diese Steuersenkungen durchgesetzt?

Weil er eben den Reichen Steuersenkungen schenken wollte. Und er hat sich konservative Wirtschaftsexperten gesucht, die das für sinnvoll hielten oder das zumindest gesagt und damit

der Politik ein **wissenschaftliches Mäntelchen umgehängt** haben. Wissenschaftlich seriös wäre es gewesen, zumindest das Risiko dieser Maßnahmen zu betonen. Denn in der Wirtschaftspolitik gibt es **keine absolute Gewissheiten**.

Aber mit Sätzen wie: "Wir senken die Steuern, denn das könnte vielleicht unter Umständen gut für die Wirtschaft sein" würden Sie kein Vertrauen in der Öffentlichkeit schaffen. Und die will Vertrauen haben.

Ökonomen sollen ja auch gar keine Politik machen. Dafür haben wir Politiker.

Eine der Hauptaufgaben von Ökonomen ist es, Vorhersagen zu machen. Dabei machen Sie jedoch eine schlechte Figur. Ihre Vorhersagen treten allzu oft nicht ein. Eine neuere Studie zeigt zum Beispiel, dass die Prognosen des deutschen Sachverständigenrates in den vergangenen 40 Jahren schlechter geworden sind. Verzweifeln Sie daran?

Nein, ich glaube, unsere Prognosen im Beraterstab waren nicht schlecht - zumindest besser als die von anderen Instituten. Aber ob sie im Zeitverlauf schlechter geworden sind, ist nicht untersucht worden. Das sollte man mal tun.

Werden Ökonomen in 50 Jahren in der Lage sein, die wirtschaftliche Entwicklung akkurat vorherzusagen? Zumindest so wie Meteorologen das Wetter?

Nein.

In 500 Jahren?

Nein. Selbst wenn es Marktwirtschaft und Ökonomen dann noch geben sollte. Weil **Marktwirtschaft** einfach **zu kompliziert** ist: Millionen Individuen handeln nach ihren eigenen Plänen, und ihre Handlungen sind kaum zu prognostizieren. Es gibt zu viele Unsicherheiten. Es kann kein Modell geben, das diese Unsicherheiten berücksichtigt.

Wenn akkurate Prognosen nicht möglich sind - wie soll ein Ökonom dann überhaupt in der Lage sein, Empfehlungen für die Politik abzugeben? Wirtschaftspolitische Entscheidungen beruhen ja immer auf einer Prognose, wie eine Entscheidung wirken wird.

Es ist ja nicht so, dass wir nichts wissen. Die Realität ist nur so kompliziert. Nehmen Sie doch mal die in Deutschland derzeit sehr populäre Frage, ob Steuersenkungen die Wirtschaft ankurbeln. Nun, wenn man exzessiv hohe Steuern hat, so dass die Menschen nicht mehr arbeiten oder investieren wollen, lautet die Antwort: ja. Oder wenn man hohe Arbeitslosigkeit hat und man die niedrigen Einkommen von Steuern befreit, so geben diese Menschen mehr Geld aus, und das stimuliert die Wirtschaft. Wenn man aber nur die Reichen entlastet, hilft das der Wirtschaft kaum. Und wenn die Ökonomie Vollbeschäftigung hat und man die Steuern senkt, so sinken bloß die Staatseinnahmen. Dann steigt entweder das Budgetdefizit, was nicht gut ist. Oder der Staat muss Ausgaben senken, vernachlässigt seine Aufgaben und das behindert das Wachstum. Sie sehen: Steuersenkungen können alle möglichen Wirkungen haben. Die Sache ist kompliziert, aber nicht unlösbar.

Ein anderer hier zu Lande derzeit beliebter Ratschlag lautet: **Lohnsenkungen** oder Lockerung des Kündigungsschutzes stimulieren Konjunktur und senken so die **Arbeitslosigkeit**.

Dieses Argument ist derzeit weltweit beliebt. Nicht nur in Deutschland. Weltweit wird die Macht von Gewerkschaften bekämpft und Flexibilisierung durchgesetzt. Überall bangen Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz. Denn die Hemmschwel-

le für Entlassungen bei Firmen sinkt. Ein Ergebnis dieser Flexibilisierung ist, dass im Wirtschaftsabschwung die Zahl der Arbeitslosen viel schneller zunimmt und die sozialen Sicherungssysteme nicht Schritt halten können und daher abgebaut werden. Konservative Ökonomen halten das für gut. Denn sie meinen, ein geringeres Arbeitslosengeld stärke den Anreiz für Arbeitnehmer, sich Arbeit zu suchen. Dabei besteht das Problem eindeutig darin, dass es nicht genug Stellen gibt.

Was halten Sie von dem Patentrezept für Wachstum, das derzeit in Deutschland beliebt ist: Die Politik muss einfach das Vertrauen von Investoren und Konsumenten in die Zukunft stärken, dann sind die Leute zuversichtlich, konsumieren mehr, investieren mehr und das Land zieht sich selbst am Schopf aus dem Sumpf?

Wenn dem so wäre, müssten wir unsere Lehrbücher umschreiben. Weil dann Wirtschaft nichts mit Ökonomie zu tun hätte, sondern nur mit Psychologie.

Warum nicht? Wenn das der Wahrheit helfen würde.

Das Vertrauensargument ist aber falsch. Ein Beispiel: In der **asiatischen Währungskrise 1997** flüchteten die internationalen Investoren aus der Region und lösten damit eine Krise aus. Der Internationale Währungsfonds forderte daher von den asiatischen Ländern, die **Zinsen** zu erhöhen, um den internationalen Investoren Vertrauen zu geben. Das ist Unsinn. Denn Zinserhöhungen in der Krise drücken das Wachstum. Und das hilft weder der Konjunktur noch dem Vertrauen. Letztlich ist das Vertrauensargument ohnehin ein Zirkelschluss. Denn: Der einzige Weg, Vertrauen zu schaffen, ist Wirtschaftswachstum. Wir brauchen also Wachstum, um das **Vertrauen** zu stärken und Vertrauen, um Wachstum zu schaffen. Das führt doch nirgendwo hin. Die Wahrheit ist: Wenn Ökonomen nicht mehr weiter wissen, flüchten sie in die Psychologie.

Den deutschen Konsumenten fehlt es also nicht an Vertrauen?

Ihnen fehlt Geld. Gerade den Ärmeren. Es gibt historisch keinen einzigen Fall, in dem eine Krise durch stärkeres Vertrauen gelöst worden wäre.

Nun wächst die US-Wirtschaft derzeit wieder sehr stark. Amerika ist die Wachstumslokomotive der Welt. Macht der von Ihnen so kritisierte Präsident Bush einfach die bessere Wirtschaftspolitik?

Mit Bushs Politik hat der Aufschwung nicht viel zu tun. Jeder ökonomische Abschwung kommt mal zu seinem Ende. Die Unternehmen füllen einfach ihre inzwischen leeren Lager wieder auf - und schon gibt es Wachstum. Die Firmen machen wieder hohe Gewinne - aber nur, weil sie in den vergangenen Jahren hunderttausende Mitarbeiter entlassen haben. Die Steuersenkungen für Reiche hatten zwar eine Wirkung, aber nur eine kleine. Schauen Sie sich mal die Daten an: Billig-Discounter in den USA wie Wal Mart verzeichneten im Dezember ein Umsatzwachstum von vier Prozent. **Luxusgüter-Läden** wie Tiffany's dagegen verkauften 16 Prozent mehr.

Vier Prozent Umsatzplus - davon kann der deutsche Handel nur träumen.

Sicher. Die Frage ist aber: Wie viel kostet uns dieser kleine Aufschwung? Damit komme ich zum US-Budgetdefizit. Unter anderem wegen der Steuersenkungen ist der amerikanische **Staatshaushalt** mit über 500 Milliarden Dollar ins Minus gerutscht. Das ist **gigantisch** - und ein **Dauerproblem**. Überall werden Ausgaben gekürzt, für Forschung, Bildung, Infrastruktur und Soziales. **Nur das Militär bekommt immer mehr**

Geld. Dazu kommt das Milliarden-Defizit im **Außenhandel** und die hohe **Verschuldung der Privathaushalte**. Der Aufschwung basiert zum Großteil auf Pump.

Aber wo ist das Problem, solange die USA Geldgeber finden, die die Defizite finanzieren?

Wie lange wird die Welt dazu noch bereit sein, **den USA jeden Tag mehr als eine Milliarde Dollar zu leihen**? Vielleicht zwei Jahre, vielleicht nur ein Jahr. **Irgendwann** werden sich die internationalen Investoren sagen: Wir haben den USA **zu viel** Geld geborgt, wir haben einfach zu viele amerikanische Schuldscheine in unseren Tresoren. Und dann droht der **Ausverkauf: Der Dollar fällt, die Zinsen steigen. Und das wird ein Problem für die ganze Welt**. Denn die Weltwirtschaft hängt heute an den Vereinigten Staaten.

Welche Rolle spielt der Irak-Krieg für die US-Wirtschaft? Wohl die meisten Menschen in Europa hegen den Verdacht, der Krieg sei aus ökonomischen Gründen geführt worden. Was sagt der Ökonom dazu?

Gründe für den Krieg waren eher politische. Er war und ist eine Demonstration: Amerika hat die militärische Macht und ist bereit, sie gegen jeden erfolgreich einzusetzen, der Amerika schadet oder bedroht. Widerstand zwecklos.

Aber US-Firmen verdienen am Krieg.

Das stimmt schon. **Rein ökonomisch ist Krieg langfristig aber immer schädlich für die Wirtschaft**. Am Wiederaufbau kann kaum verdient werden, der Irak ist zu arm. Erst wurde er mit Milliardenkosten zerstört, jetzt muss er mit Milliardenkosten wieder aufgebaut werden. Das ist kein Geschäft. Zudem **belastet** der Krieg massiv den **Staatshaushalt**. Geld, das wir ökonomisch sinnvoll in Infrastruktur oder Forschung ausgeben könnten, wird zur Zerstörung von Material und Anlagensphären verschwendet.

Aber aus der militärischen Forschung finden doch viele Produkte ihren Weg auf den Markt, wie zum Beispiel Satellitentechnik oder das Internet?

Sehr wenige. Das ist ein extrem ineffizienter Weg zur Produktforschung. Man gibt 100 Milliarden Dollar aus und bekommt die eine oder andere Innovation. Von daher wäre es immer lohnender, das Geld gleich für zivile Forschung auszugeben.

Was ist mit den Ölreserven des Irak?

Ich denke, die Bush-Regierung hat zwar keine klare Vorstellung von ihrem ökonomischen Konzept. Unter ihren vagen Ideen jedoch spielt die Energiefrage eine Rolle. Wesentlich ökonomischer und ökologischer als ein Irak-Krieg wäre es jedoch gewesen, das Geld in Energieeinsparungen zu investieren. Aber so etwas verfolgt eine Regierung nicht, die so eng an die Öl-Industrie gebunden ist wie die Bush-Regierung.

Zumindest in der Ölfrage war sie doch erfolgreich. Das Öl gehört jetzt de facto Amerika, und der Nahe Osten ist mehr oder weniger unterworfen.

Aber zu welchem Preis? Die Iraker hassen uns. Selbst eine demokratische Regierung in Bagdad wird wahrscheinlich nicht dieselben Interessen haben wie Washington. Die USA müssten daher Irak dauerhaft okkupieren. Das ist teuer, und die Iraker hassen uns noch mehr. **Amerikas Einfluss schwindet oder ist nur mit Waffengewalt aufrecht zu erhalten**. Die ganze Welt ist gegen Amerika aufgebracht. Der Nahe Osten brodeln. **So sichert man gar nichts. Nicht mal die Inte-**

ressen der Öl-Industrie. Man kann ja nicht hinter jeden Politiker oder hinter jede Ölquelle einen US-Soldaten stellen.

Hat die Bush-Regierung also etwas anderes vorgehabt oder hat sie sich geirrt?

Man darf bei der Analyse ihrer Politik nicht versuchen, logisch zu denken. Das ist der Schlüssel, um Bushs Politik zu verstehen. Statt eines kohärenten Konzepts hatte sie einfach eine Serie von Mini-Gedanken in der Reihenfolge: **Öl - Nahost - Macht - Eroberung.**

Nun versucht die US-Regierung, die Iraker auf ihre Seite zu ziehen, indem sie einen wirtschaftlichen Wiederaufbau verspricht. Als Chef-Volkswirt der Weltbank haben Sie viele nationale Aufbaupläne mitverfolgt. Findet im Irak so etwas wie ein Erfolg versprechender Wiederaufbau statt?

Nein. Die Arbeitslosigkeit ist riesig. Mehr als die Hälfte der Iraker hat keinen Job. Das Sicherheitsproblem ist ungelöst, die **Investoren schrecken zurück** vor einem Land, in dem auf ihre Angestellten geschossen wird. Die einzige Boom-Branche ist die für Sicherheitspersonal. Und hier heuern Firmen ausländische Mitarbeiter an, weil sie Angst vor der einheimischen Bevölkerung haben.

Aber es gibt doch ein offizielles Programm zum Aufbau einer so genannten irakischen Marktwirtschaft.

Sollte dieses Programm durchgeführt werden, führt es den Irak ins Desaster. Geplant ist eine extreme Form der **Schock-Therapie**, die schon Russland ruiniert hat: Abbau aller Handelsschranken, **Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung** aller Sektoren - **außer Öl** natürlich. Was wird passieren? **Irakische Firmen werden in der Flut von Importgütern untergehen. Die Privatisierung wird zur Übernahme der irakischen Unternehmen durch ausländische führen.** Und die werden ihre Produktion zum guten Teil wohl ausla-

gern. Die einzige Hoffnung bleibt die Inkompetenz der US-Regierung, die dieses Programm nicht durchziehen wird.

*Aber immerhin versucht Amerika ja, die **Schuldenlast** des Irak zu reduzieren.*

Aber die Welt fragt sich doch: Warum werden Äthiopien nicht die Schulden erlassen? Oder Kongo? Die Antwort Amerikas: **Weil wir den Irak ruiniert haben, und jetzt sollen andere dafür zahlen.** Die USA, das reichste Land der Welt, steht da und sagt: Wir können alles zusammenbomben, aber den Aufbau sollen andere zahlen. Diese Politik der Dominanz hat Bush nicht erfunden, aber radikalisiert. Nach allem, was ich höre und lese, scheint mir klar: Amerika hat es in beeindruckender Weise geschafft, sich die Iraker, den Nahen Osten, die Welt zu **Feinden** zu machen.

Wird Bush wieder gewählt?

Möglich. Es gibt aber **drei Quellen der Unsicherheit**: Das **Wirtschaftswachstum** ist nicht schwach genug, um Bush zu schaden, und gleichzeitig nicht stark genug, um seinen Sieg zu garantieren. Es droht ein Aufschwung ohne zusätzliche Jobs. Und wenn nur die Reichen immer reicher werden, sieht das nicht gut aus. Zweitens **Irak**. Das ist weder eine Niederlage noch ein richtiger Sieg. Im Irak werden täglich Amerikaner getötet, der Wiederaufbau geht schleppend voran, und das Versagen der Geheimdienste im Vorfeld wird heftig kritisiert. Die einzige Frage ist: Waren die Geheimdienste inkompetent oder haben sie gelogen? Wahrscheinlich beides. Die Glaubwürdigkeit Amerikas ist jedenfalls dahin. Und drittens: Die **Wahlbeteiligung** in den USA ist sehr niedrig. Wenn sich nur ein paar Wähler gegen Bush mobilisieren lassen, dann wird es eng für ihn.

Das Gespräch führte Stephan Kaufmann.

Berliner Zeitung 6.3.04

Niedergang der USA und Neue Weltordnung

Giovanni Arrighi

Giovanni Arrighi ist einer der großen alten Analytiker des kapitalistischen Weltsystems. Seine Perspektive ist die der unterentwickelt gehaltenen Länder. Im Frühjahr hatte Z. (die Möglichkeit mit dem amerikanischen Soziologen Giovanni Arrighi zu sprechen. Das Gespräch fand am 22.3.2003 in Baltimore statt. Die Fragen stellten Amy Holmes und David Salomon. Die Übersetzung besorgte Ingar Solyt.

Z: Sei bitte so freundlich und berichte uns von deinen momentanen Forschungsinteressen.

A.: Meine aktuellen Forschungsinteressen hängen teilweise mit der Problematik des Nord-Süd-Unterschieds zusammen, d.h. warum hält sich trotz einer Annäherung des Unterschieds im Grad der Industrialisierung das ökonomische Nord-Süd-Gefälle bezüglich der Einkommensverhältnisse am Leben. Warum ist dem so, und was impliziert das für die Nord-Süd-Beziehungen im Politischen, Sozialen, Kulturellen und so weiter? Das ist mein Hauptinteresse. Allerdings bringen mich aktuelle Entwicklungen auch immer wieder zu Fragen der Globalen Politischen Ökonomie zurück. Gerade erst habe ich einen umfangreichen Aufsatz vollendet, der in der März/April-Ausgabe der New Left Review erscheinen wird *, und bei dem es sich um eine umfangreiche, kritische Beurteilung Robert Brenners Analyse der globalen Turbulenzen und deren Entstehungsgeschichte über die letzten 40 Jahre hinweg handelt. Im Grunde genommen habe ich also mein Interesse an der Globalen Politischen Ökonomie mit einem besonderen Interesse für den Graben zwischen dem Norden und dem Süden beibehalten.

Z: Am Anfang deiner wissenschaftlichen Karriere warst du Afrikanist und in diesem Zusammenhang verbrachtest du in den 60er Jahren sowohl als Lehrender als auch als politischer Aktivist sechs Jahren auf diesem Kontinent. Zu dieser Zeit spielte Afrika in linken Diskursen ja eine weitaus bedeutendere Rolle. Mittlerweile könnte man aber fast sagen, dass den afrikanischen Kontinent betreffend so eine Art von Amnesie herrscht. Heutzutage scheint die Linke sich vor allem dann mit dem afrikanischen Kontinent zu beschäftigen, wenn es sich um Afrika als Opfer der AIDS-Epidemie oder als Schauplatz von Staatszerfallsprozessen dreht, wohingegen in den 60er Jahren die afrikanischen antiimperialistischen Bewegungen für viele Linke einen Hoffnungs-schimmer darstellten. Jetzt kehrst du zurück zu einer Auseinandersetzung mit dem "verlorenen Kontinent". Wie hat sich in der Vorstellung der Linken die Rolle Afrikas in den letzten 30 Jahren verändert?

A.: Es ist ja nicht nur Afrika, sondern die gesamte Dritte Welt. In den 60ern und dem Großteil der 70er schien es, als verschoben sich - als ein Resultat des Dekolonisierungsprozesses und der "Revolte gegen den Westen" - die Kräfteverhältnisse in den internationalen Beziehungen zugunsten der südlichen Hemisphäre. Dieses Anschwellen von Stärke und die Herausforderung, die es darstellte, erreichten ihren Höhepunkt in den 70er Jahren. Was wir dann aber in den 80er Jahren beobachten konnten, war im Prinzip eine Konterrevolution, die monetaristische Konterrevolution Reagan und Thatchers, der es gelang, jegliche Form von Einheit, die auf der Südhalbkugel bzw. in der Dritten Welt existierte, zu zerstören, und die äußerst divergierende Tendenzen innerhalb

des Südens hervorbrachte. Hauptopfer dieser Konterrevolution waren die Völker Afrikas, und es ist nicht allein Afrika, sondern die ganze Dritte Welt, die aus der Vorstellungswelt der Linken verschwunden ist. Natürlich konnten wir auch den Untergang der Zweiten Welt beobachten, so dass am Ende dieser 20-jährigen Konterrevolution ein totales Chaos auf der Seite der linken Kräfte zu konstatieren ist. Ich glaube, dass erst seit etwa drei oder vier Jahren ein erneutes Auftauchen der Linken sowie ein wieder erstarkendes Interesse an globalen Fragen beobachtet werden kann. In der Tat verkörpern die globalisierungskritische Bewegung und die noch kürzer zurückliegende Antikriegsbewegung den Anfang einer neuen "Neuen Linken". Und es ist ganz klar und deutlich, dass in dieser neuen "Neuen Linken" Fragen nach der Trennung zwischen Nord und Süd wieder eine bedeutende Rolle spielen.

Z: In deinen Veröffentlichungen hast du geschrieben, dass die Trennung zwischen dem Norden und dem Süden insgesamt nicht gleich geblieben ist, sondern dass sich eine Verschiebung der weltweiten (Industrie-)Produktion und Wertschöpfung weg von den USA und Europa hin nach Asien ereignet hat. Der asiatische Anteil am weltweiten Bruttosozialprodukt ist zwischen 1960 und 1999 von 13 Prozent auf 26 Prozent angestiegen.

A.: Das ist die Wertschöpfung im Produktionsbereich. Der Anteil der weltweiten Wertschöpfung im industriellen Sektor, der im Süden und insbesondere in Ostasien produziert wird, hat sich gesteigert. Auch der Anteil des Südens an der Gesamtwertschöpfung ist angewachsen, allerdings aber vornehmlich aufgrund des größer werdenden Anteils des Südens an der Weltbevölkerung. Relativ Pro-Kopf gesehen, hat es keine Veränderung gegeben. Mit anderen Worten heißt das also, dass in Bezug auf Einkommen und Wohlstand der Graben trotz intensiver Industrialisierung des Südens derselbe geblieben ist. Daraus ergeben sich zwei Arten von Problemen, denn innerhalb des Südens selber hat sich eine äußerst ungleiche Entwicklung herausgebildet. Ostasien ist äußerst rasch aufgestiegen (im Übrigen bin ich Mitherausgeber eines Buches, das gerade erschienen ist und das sich mit dem Wiederaufleben Ostasiens - The Resurgence of East-Asia - beschäftigt); andererseits haben wir Katastrophen wie die in Afrika und in Lateinamerika. Diese Auseinanderentwicklung konfrontiert den Norden bzw. den Westen mit zwei Herausforderungen: einerseits die Herausforderung, die verkörpert wird durch die Zerrüttung von Regionen und ganzen Kontinenten, was deren Ausbeutung erheblich erschwert, und andererseits die Herausforderung, die manche ehemalige Dritt-Welt-Regionen, insbesondere Ostasien und dort wiederum vor allem China, durch ihre gestiegene ökonomische Zentralität darstellen. Es handelt sich hierbei also um eine doppelte Herausforderung: die Herausforderung durch das Versagen und die Herausforderung durch den Erfolg zur gleichen Zeit.

Z: Versagen in welchem Sinne?

A: Dem Versagen der Entwicklungsversprechen. Anstelle des "Reichtums für alle Länder" haben wir riesige Gebiete eines sozial-ökonomischen Chaos. Nun, und dann haben wir auf der anderen Seite den Aufstieg Ostasiens. Wenn sich diese Region so weiterentwickelt wie bisher - und natürlich ist China im Moment noch sehr arm und die meisten seiner Re-

gionen sind noch sehr arm -, dann werden wir in den nächsten 20 oder 30 Jahren beobachten können, dass diese Region als größter Markt die **Zentralität der USA in der Weltwirtschaft anfechten wird**. Das amerikanische Establishment ist äußerst beunruhigt, angesichts der Möglichkeit, dass China sich die realen ökonomischen Kapazitäten aneignen könnte, um die USA dadurch militärisch herauszufordern. Und selbst wenn China keinen Konkurrenten auf militärischem Gebiet darstellen sollte, ist die Untergrabung der zentralen Position der USA in der Weltwirtschaft ein Problem, denn tatsächlich beruht die Fähigkeit Amerikas, die Welt zu beherrschen, weitaus mehr auf seiner ökonomischen Zentralität als auf militärischer Stärke. Jeder fürchtet sich zum Beispiel im Moment vor einem Niedergang der US-Wirtschaft, denn wenn diese sich im Niedergang befindet, gilt das für alle anderen gleich mit. Folglich tun viele europäische und ostasiatische Regierungen das Äußerste, um einen Abstieg der US-Wirtschaft zu verhindern. Sollte nun aber in Ostasien ein neues Zentrum entstehen, das kontinuierlich an Bedeutung gewinnt, dann wird es mehr und mehr Regierungen gleichgültig sein, ob die US-Wirtschaft sich nach unten bewegt. Diese Tendenz stellt keine unmittelbare Bedrohung dar, aber sie bedeutet, dass eine Bedrohung der Stabilität nicht nur im Entwicklungsversagen im Süden, sondern eben auch im Entwicklungserfolg bestimmter Teile des Südens, insbesondere Ostasiens, verkörpert ist. **Ostasien** ist dieses mögliche Zentrum, weil es heute eben nicht nur die **Hauptwerkstätte** der Welt ist, sondern auch der **Hauptbereitsteller von Liquidität** für das Weltfinanzsystem. Das wird die am weitesten ausschlaggebende Fragestellung der nächsten zwanzig, dreißig Jahre sein, denn es ist nicht klar, wie die **Vereinigten Staaten** das **gigantische Defizit** in seinen **Zahlungsbilanzen** mit dem Rest der Welt, das sich mittlerweile auf 400 Milliarden Dollar beläuft, ausgleichen wird. Während der Phase der "new economy"-Blase war diese Blase mit spekulativem Kapital gefüllt, das in ungeheuerem Maße in die USA floss. Jetzt aber, da die Blase geplatzt ist, kann dieses Defizit nur auf zweierlei Art und Weise überwunden werden: entweder durch eine aktive **Schrumpfung** der US-Ökonomie mit erheblichen Ausmaßen, oder durch die Transformation von in die USA fließendem Kapital in eine Form von **Tribut**. Wie das erreicht werden wird, steht noch gar nicht fest.

Z: In "The Long Twentieth Century" sprichst Du darüber, wie Phasen der Hegemonie durch ein Ansteigen der Produktion charakterisiert werden, und Braudel schreibt davon, dass für den Herbst einer hegemonialen Phase eine finanzielle Expansion charakteristisch ist. Du hast dann auch geschrieben, dass die Vereinigten Staaten von Amerika das, was sie militärisch nicht erreichen konnten, mit finanziellen Mitteln erreichten. Könntest Du das Verhältnis zwischen militärischer und finanzieller Macht ein bisschen genauer erläutern?

A: "The Long Twentieth Century" und auch "Chaos and Governance" belegen, dass es sowohl Ähnlichkeiten als auch Unterschiede zwischen historischen Phasen der finanziellen Expansion gibt. Die Ähnlichkeit besteht darin, dass der sich im Niedergang befindende Hegemon in der Lage ist, seine Machtposition zu verstärken, da seine fortgesetzte Zentralität in der Weltwirtschaft ihn in eine besonders gute Position versetzt, von der finanziellen Expansion zu profitieren. Allerdings spielten in der Vergangenheit schwerwiegende Eskalationen im Rüstungswettlauf bei der Schaffung von Nachfragebedingungen für die Finanzexpansion eine maßgebliche Rolle, wohingegen heute kein wirklicher Rüstungswettlauf

existiert.

Z: Weil niemand da ist, gegen den man wettlaufen müsste?

A: Im Prinzip ja. In den 80er Jahren gab es eine Eskalation, die besonders für die Aufrechterhaltung der japanischen Finanzblase wichtig war, weil **Japan** der größte Finanzgeber der USA in ihrem Rüstungswettlauf mit der UdSSR war. Aber nachdem die UdSSR erst einmal bankrott war, platzte die japanische Blase. Die weitere Verschärfung des Rüstungswettlaufs sah sich mit einem Glaubwürdigkeitsproblem konfrontiert, es wurde schwerer, immer massivere Rüstungsausgaben zu rechtfertigen. Ich bin der Überzeugung, dass alle Kriege der 90er Jahre vor allen Dingen zu dem Zweck geführt wurden, eine neue Rolle für das US-amerikanische **Militär**, das die Hauptquelle der US-amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit ist, zu finden. Diesem Bereich entstammt die größte Anzahl hochtechnologischer Innovationen. Und es ist die einzig mögliche Grundlage für die Transformation der Kapitalströme in die USA in eine Form von Tribut.

Z: Was meinst du genau mit Tribut?

A: Ein Beispiel ist, wie andere Länder für Kriege bezahlen, von denen vor allen die Vereinigten Staaten profitieren - so wie das Deutschland und Japan während des Golfkrieges taten. Aber auf einer allgemeineren Ebene bestehen **Tribute** aus **Zahlungen an die USA im Austausch für realen oder imaginären "Schutz"**. Dementsprechend halte ich es für einen äußerst heiklen, meiner Meinung nach utopischen und letztendlich verheerenden Versuch, andere Staaten dermaßen einzuschüchtern, so dass diese die USA weiterhin finanziell unterstützen, **damit die USA weiterhin hohe Defizite in der ganzen Welt machen und einen Konsum über dem eigentlich Möglichen aufrecht erhalten können**. Bis dato wird dieser Prozess von einer sich verstärkenden Verschuldung der USA getragen. Wie lange aber werden die Verbündeten der USA und der wirtschaftlich mit den USA zusammenarbeitenden Regierungen Ressourcen in die USA pumpen, und das zu einer Zeit, in der sie von den USA als irrelevant bezeichnet und auch so behandelt werden? Diese Dinge entwickeln sich sehr langsam fort. Wenn man aber die heutige Situation mit der von vor zehn, zwanzig Jahren vergleicht, dann sieht man, dass die **US-Verschuldung unvorstellbare Dimensionen** erreicht hat und **keine Lösung in Sicht** ist. Das ist das ganze Problem mit "Empire". **Hardt** und **Negri** sind sich nicht nur absolut nicht im Klaren darüber, dass der Graben zwischen dem Norden und dem Süden fortbesteht, sondern sie vergessen auch völlig die Realität der **Machtstrukturen**, die den Beziehungen der USA mit dem Rest der Welt zugrunde liegen. Wir haben es tatsächlich mit einem Prozess der Schaffung von "Empire" zu tun, aber zunächst einmal dürfen wir nicht vergessen, dass es sich erstens nur um einen Prozess handelt, und dass zweitens das US-Projekt äußerst unrealistisch ist. Das viel wahrscheinlichere Resultat wird **Chaos** sein, **nicht Ordnung**. Und selbst wenn schließlich ein "Empire" auftauchen sollte, dann können wir trotzdem keineswegs sagen, um was für eine Art "Empire" es sich dann handeln wird.

Z: Hardt und Negri vernachlässigen auch den Nationalstaat, indem sie behaupten, dass Wettbewerb zwischen den Ländern des Zentrums politisch eigentlich keine Rolle mehr spielt, als wären wir in einer Situation des "Ultra-Imperialismus". Das "Empire", das sie beschreiben, ist ein doch recht harmonisches, obwohl wir Zeugen gehöriger Spannungen zwischen Deutschland, Frankreich und den

USA wurden.

A: An diesem Punkt müssen wir allerdings vorsichtig sein, nicht zwei unterschiedliche Arten von Wettbewerb miteinander zu vermischen. Es gibt **ökonomische Konkurrenz**, die zwischen den Ländern des Zentrums durchaus intensiv werden kann, und natürlich intervenieren Regierungen auf alle mögliche Art und Weise. Das Rauf und Runter der Wechselkurse ist ein kritisches Element dieser Konkurrenz, so wie ich das in meinem Aufsatz in der "New Left Review" diskutiert habe. Diese Konkurrenz ging und geht aber immer mit **Kooperation** einher, so dass Konkurrenz zwischen kapitalistischen Unternehmen auf dem (Welt-)Markt gleichzeitig von der Zusammenarbeit von Regierungen, insbesondere der amerikanisch-japanisch-europäischen Zusammenarbeit, flankiert wurde und wird. **Im Zentrum gab es politisch und militärisch bis heute eigentlich keine Konkurrenz.** Militärisch kooperierten die Länder des Zentrums im Rahmen der NATO und anderen Organisationen. Und es existieren wirklich überhaupt keine Anzeichen von momentanen Rüstungswettläufen zwischen den Ländern des Zentrums. Die existierenden Unterschiede beziehen sich in Wirklichkeit natürlich auf die Frage, wie mit dem **Süden**, mit der Herausforderung des Südens, umgegangen werden soll. Und diese **Differenzen** sind **erheblich**. Ich denke, dass im Grunde genommen alles, was im Augenblick passiert, sich in allen belle epoques zuge tragen hat, nämlich, dass **der im Niedergang befindliche Hegemon seine Macht überschätzt**. In den 80er Jahren gab es die Überzeugung, dass die USA der Institutionen der Vereinten Nationen bedurften, um Macht und Einfluss in der Welt auszuüben - schließlich waren die Vereinten Nationen halb durch die USA geschaffen worden. In den 90er Jahren wurde die UNO dann als Rivale angesehen, woraufhin sich die USA der NATO zuwandten. Mittlerweile ist die NATO ein Rivale, und folglich agieren die USA jetzt alleine; und selbstverständlich sind die USA in der Lage, alle Schlachten zu gewinnen, aber das schafft noch keine stabile Hegemonie. Die USA erklären, dass alle existenten Regelungen der internationalen Beziehungen keine Gültigkeit mehr haben, und sie versuchen, neue Regelungen auf der Grundlage ihrer militärischen Macht zu schaffen. Das ist ein Zeichen, dass Chaos und nicht Hegemonie einsetzt. **Chaos** ist nichts anderes als der Zusammenbruch von Regelwerken, die einer existierenden internationalen Ordnung zugrunde liegen.

Z: Nichteinhaltung der Regeln durch den Hegemon?

A: Das ist, wovon Beverly Silver und ich in "Chaos and Governance" sprachen. **Frühere Zusammenbrüche** von Hegemonie traten auf, weil es aggressive **neue** Mächte gab, die den untergehenden Hegemon herausforderten, und - zu einem geringeren Grad - weil der sich im Niedergang befindliche Hegemon seine Macht überschätzte und versuchte, die eigene Hegemonie in eine räuberische Dominanz umzuwandeln. **Heutzutage** ist die Situation genau umgekehrt. Es gibt **keine** glaubwürdigen aggressiven neuen Mächte, die den Zusammenbruch des Systems herbeiführen könnten, sondern die unangefochtene militärische Stärke der USA erscheint den herrschenden Gruppen - meines Erachtens fälschlicherweise - als ausreichend genug, die ganze Welt in ein Empire von Tributpflichtigen der USA verwandeln zu können. Ich halte das für eine Illusion, die - sollte sie mit Entschlossenheit verfolgt werden - eher Chaos als ein "Empire" hervorbringen wird. Was nach dem Chaos auftauchen wird, ist schwer zu sagen. Es könnte ein Weltreich mit einer breiteren Basis sein als nur der USA. Oder es könnte eine Weltmarktsgesellschaft sein, die ihr Zentrum in **Ostasien** hat. Das könnte für die USA aber

inakzeptabel sein. Also ist alles, was wir im Augenblick vorausahnen können, eine lange Epoche von Kämpfen zwischen der Tendenz der globalen Ökonomie, sich mit Ostasien ein neues Zentrum zu schaffen, und den US-amerikanischen Ansprüchen auf den Aufbau eines Weltreiches, die darauf abzielen, eben diese Tendenz zu stoppen.

Z: Würdest du behaupten, dass wir es mit einer Art Refeudalisierung zu tun haben?

A: Ich denke, feudal ist nicht der richtige Ausdruck, der richtige Ausdruck ist **imperial**. Es ist aber schwer, ein wahrhaft universales Weltreich aufzubauen, ganz gleich wie destruktiv die Stärke des Mächtigen-Zentrums des Imperiums ist. Beispielsweise wurde der Irakkrieg geführt, um neue Ressourcen für das US-amerikanische Weltreichprojekt zu mobilisieren. Die USA sehen aber schon allein bei der Befriedung und dem Wiederaufbau des **Iraks** enormen Kosten entgegen. Folglich **könnte sich der Irak, anstatt Tributquelle zu sein, zu einer zusätzlichen Belastung des US-Zahlungsbilanzausgleichs entwickeln**, so dass letztendlich die Vereinigten Staaten Deutschland, Japan und andere Länder bitten müssen, einzuspringen und zur Behebung des Chaos, das die Vereinigten Staaten im Irak und der angrenzenden Region verursacht haben, finanzielle und andere Hilfen zu leisten. Man wird dann um "humanitäre Hilfe" bitten und es wird auch "humanitäre Hilfe" geleistet werden, tatsächlich aber wird es sich um die **Extraktion von Tributen** handeln. Ich gehe nicht davon aus, dass die Verantwortlichen dieses Krieges sich über die Implikationen der Handlungen, in die sie sich und das eigene Land verwickelten, im klaren waren. Ich glaube **nicht** an **Verschwörungstheorien**; ich denke, sie **wursteln** sich einfach so durch. Für die Problematik des derzeitigen Übergangs gibt es aber aufgrund der Ausmaße und Reichweite der Probleme, die im Zusammenhang mit dem Aufbau eines wirklich universalen Weltreiches oder einer wirklich universalen Weltmarktsgesellschaft - die die einzige realistische Alternative zum Chaos oder der Form von Empire, das die USA aufzubauen versuchen, wäre - auftreten, tatsächlich keine historisch vergleichbaren Vorläufer.

Z: Wie denkst du könnte ein Weltmarkt dem Welt-Empire widersprechen?

A: **Es bedarf Formen globaler Regulation.** Ich weiß, dass die globalisierungskritische Bewegung sich auf die WTO konzentriert. Ich bin aber der Auffassung, dass dies unangebracht ist, weil multilateral zustande gekommene Vereinbarungen besser als bilaterale Abkommen sind, die im direkten Aufeinandertreffen notwendigerweise starke Länder gegenüber armen und schwachen Ländern begünstigen. Die **WTO** muss als der Ort, an dem die Schlacht um Regelungen und Regulationen geschlagen wird, verstanden werden. Bis dato hat sie den armen Ländern nicht gut gedient, aber die Alternative hierzu ist sogar noch schlimmer.

Z: Wir danken dir für dieses Interview.

*Der Aufsatz ist in der März/April-Ausgabe der New Left Review unter dem Titel „The political economy of global turbulence“ erschienen (Anm. d. Red.)

Bunte Ostermärsche - gemeinsame Ziele

Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag zu den bevorstehenden Ostermärschen

Pressemitteilung

- Über 60 Ostermärsche in ganz Deutschland
- Auftakt in Potsdam fand bereits statt
- Für "Abrüstung statt Sozialabbau"
- Gegen EU-Militärverfassung und "Hindukusch-Armee"
- "Schluss mit Krieg und Besatzung"

Kassel und Stuttgart, 6. April 2004 - Das Osterwochenende wird politisch wieder von den Demonstrationen der Friedensbewegung bestimmt. In mehr als 60 Städten und Regionen machen sich Tausende Menschen auf den Weg, um gegen die Kriege in der Welt, für mehr Frieden und soziale Gerechtigkeit zu demonstrieren. Den Anfang machte am vergangenen Sonntag traditionsgemäß der Potsdamer Ostermarsch. Rund 100 Demonstranten marschierten zur 10 km außerhalb der Stadt gelegenen "Henning-von-Tresckow-Kaserne" in Geltow, in der sich das "Einsatzführungskommando" befindet, jene Stelle, von der aus alle Auslandskampfeinsätze der Bundeswehr geleitet werden.

Einen schnellen Überblick über alle Orte, an denen demonstriert wird, erhalten Sie auf der Website des zentralen Ostermarschbüros:

www.ostermarsch.info;

zur Kontaktaufnahme mit lokalen Organisatoren ist der Terminkalender der Bonner Friedenskooperative nützlich: www.friedenskooperative.de

Der Bundesausschuss Friedensratschlag erwartet zwar nicht annähernd so viele Demonstranten wie im vergangenen Jahr, als die Empörung über den begonnenen Irakkrieg besonders groß war, aber die vielen Tausend, die sich auch diesmal von Freitag bis Montag auf den Weg machen, erreichen mit ihren Botschaften Millionen von Menschen. "Ostermarschierer gehen stellvertretend für all die Menschen auf die Straße, die vor einem Jahr gegen den Irakkrieg waren und es heute immer noch sind", sagte der Sprecher des Friedensratschlags, Peter Strutynski.

Dabei geht es dieses Mal nicht nur um den **Irak**. Ein Jahr nach dem Beginn des Irakkriegs eskalieren zwar die Auseinandersetzungen in der Nahostregion: Der **Widerstand gegen das Besatzungsregime** im Land nimmt zu und im israelisch-palästinensischen Konflikt verschärft sich der Kampf zu einem regelrechten Krieg, in dem es nur Verlierer auf beiden Seiten geben kann.

Aber auch in Europa sieht sich die Friedensbewegung neuen Herausforderungen gegenüber: Unter dem Deckmantel der **Terrorismusbekämpfung** wird die Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee umgestaltet und soll aus der EU ein ebenfalls interventionsfähiges Militärbündnis gemacht werden. Das wird nach Ansicht des Friedensratschlags "viel Geld kosten". Gleichzeitig sollen soziale Leistungen abgebaut, öffentliche Dienste eingeschränkt, Arbeitszeiten erhöht und Löhne und Gehälter gekappt werden: "In einem der reichsten Länder der Erde droht einem zunehmenden Teil der Bevölkerung soziale und kulturelle Verarmung, während die Reichen noch reicher werden" kritisiert Anne Rieger vom "Gewerkschaftlichen Netzwerk gegen den Krieg".

Aus diesem Grund haben der Friedensratschlag und das Gewerkschaftliche Netzwerk vor einiger Zeit einen Unterschriftenappell "**Abrüstung statt Sozialabbau!**" gestartet, der mittlerweile im ganzen Land Verwendung findet. Bis zum Mai wollen die Friedensaktivisten 100.000 Unterschriften gesammelt haben. "Abrüstung statt Sozialabbau!" gehört auch zu den Forderungen, die in allen Ostermarschaufrufen genannt werden.

Das zweitwichtigste Thema in diesem Jahr ist die Ablehnung der **EU-Militärverfassung**. Was in der Öffentlichkeit noch viel zu wenig bekannt ist, soll durch die Ostermärsche skandalisiert werden: Der EU-Verfassungsentwurf verpflichtet die EU-Staaten zur permanenten "Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten".

Des Weiteren wird in vielen Aufrufen die Umwandlung der Bundeswehr in eine Interventionsarmee angeprangert. Verteidigungsminister Struck hat die nach dem Grundgesetz allein zulässige "Landesverteidigung" (Art. 87a GG) zu den Akten gelegt und sieht die Hauptaufgabe der Bundeswehr nur noch in weltweiten Einsätzen: am Hindukusch und anderswo. Das ist ein offener Bruch mit der gültigen Verfassung unseres Landes - aber kein Verfassungsrichter schreitet hier ein! "Also müssen wir das übernehmen", sagt Strutynski.

So bunt die Ostermärsche auch sind, sie bringen die gemeinsamen Ziele der Friedensbewegung zum Ausdruck.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:

Anne Rieger (gleichzeitig Sprecherin des Gewerkschaftlichen Netzwerks gegen den Krieg)

Peter Strutynski (Sprecher)